Antifaschistische NRW zeitung

Ausgabe 13
Frühjahr '97
Preis 3,- DM

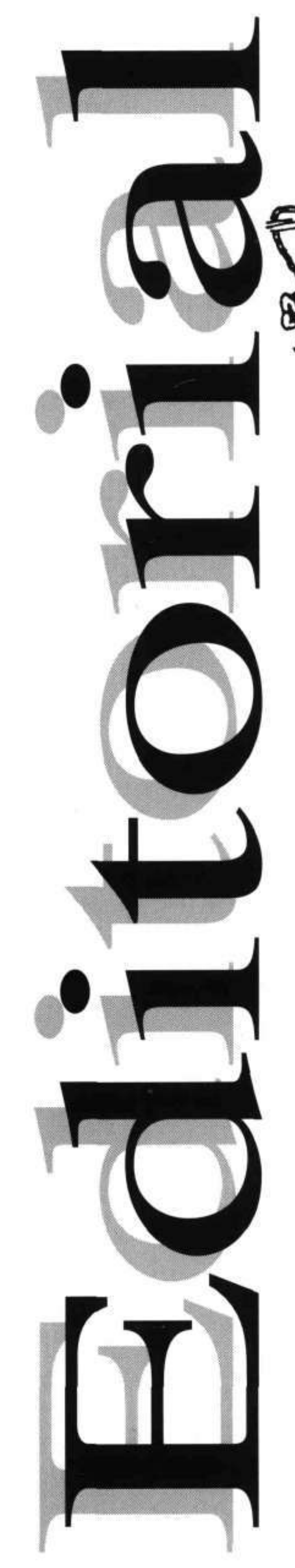


Kein schöner Land in dieser Zeit?

Liebe Leserinnen und Leser
Ersteinmal einen verspäteten Gruß zum Neuen Jahr.
In dieser Ausgabe gehen wir mal wieder den neuesten Entwicklungen in NRW nach. Sei es den Aktivitäten der JN, Manfred Rouhs oder der Revanchisten. Überregionale Themen wie „Graue Wolfe“, braune Bestrebungen im Dark Wave und Nazis auf dem Datenhighway werden auch angesprochen. Aber wie gesagt unser Schwerpunkt, gerade auch durch die Städteberichte, ist NRW. Wir hoffen, daß trotzdem auch LeserInnen außerhalb NRWs Interesse an dem Recherchierten finden.
In diesem Sinne

ciao

die Redaktion



IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: P. Schulze
Kontakt:
Antifaschistische Zeitung NRW
c/o Infoladen
Brunnenstr.41
42105 Wuppertal

Bankverbindung:
Geschichtswerkstatt Dortmund,
Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301 0375 603
BLZ: 441 600 14
Dortmunder Volksbank

Auflage: 1000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abobedingungen:
Wegen der hohen Portokosten kostet ein Jahresabo 18,-DM, also 4,50 DM pro Ausgabe.
Bei Bestellungen ab 5 Einzelexemplaren pro Ausgabe gibt es Rabatt.
Bestellungen bitte an die oben angegebene Kontaktadresse. Zahlungen mit Absenderadresse bitte auf das oben genannte Konto überweisen oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an unsere Kontaktadresse.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habenahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

Volk und Heimat gegen Rouhs

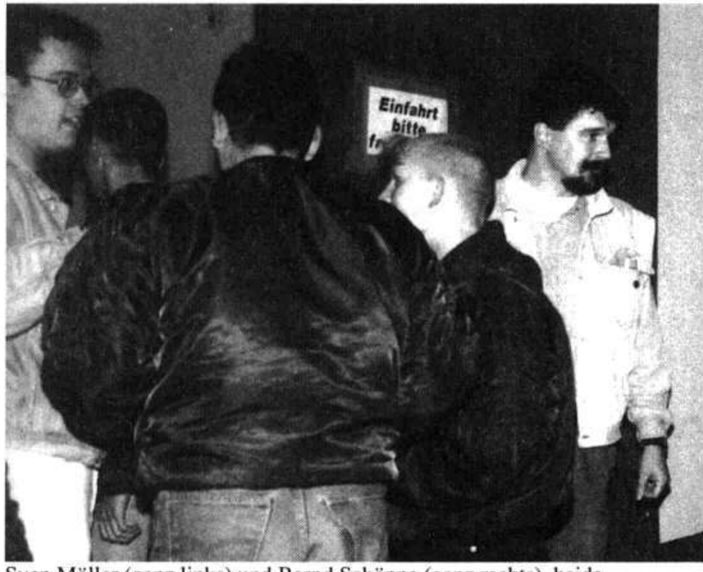
Die neue Niederlassung der Europa Vorn in Eschweiler stößt auf Widerstand

Im Eschweiler Stadtteil Dürwiß findet der Kölner Neonazi Manfred Rouhs nicht das ruhige Hinterland, das er nach langjährigen Protesten gegen seine Kölner Aktivitäten gesucht hat. Seit Oktober mußte er zwei antifaschistische Demonstrationen, eine Resolution des Stadtrats, zahlreiche Negativschlagzeilen, sowie die Gründung zweier Initiativen gegen sich hinnehmen, eine weitere, diesmal landesweite Demo wird er am 1. Februar mitansehen können. Gründlicher hätte das frühere Stadtratsmitglied der Deutschen Liga für Volk und Heimat seinen Rückzug in die Provinz nicht vermasseln können. Und das, obgleich schon ähnliche Proteste und juristische Querelen es ihm bereits in Köln unmöglich gemacht hatten, weiterhin Räumlichkeiten für seinen Verlag mit angeschlossenem Vertrieb für neofaschistische Literatur und Musik zu unterhalten.

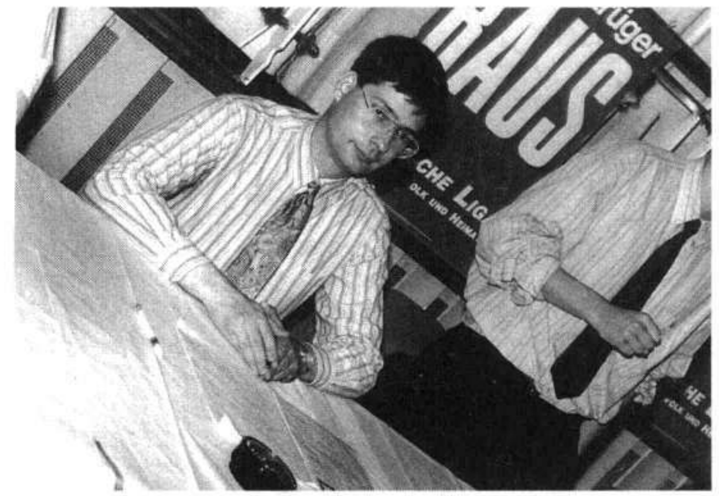
Für seinen Umzug in einen ehemaligen Bauernhof im verschlafenen Dürwiß (Jülicherstr. 247, linke Hälfte) kamen ihm langjährigen Kontakte zur Naziszene im Grenzland zugute. Bereits in den 80er Jahren hatte er Kontakt zur neofaschistischen Burschenschaft Libertas Brünn in Aachen. Anfang der 90er Jahre unterstützte er die in Würselen und Herzogenrath erscheinende "neu-rechte" Schülerzeitung „Endzeit". Ende 1993 referierte er vor dem Aachener Junge Freiheit-Leserkreis, der das gesamte rechte Spektrum der Region bündelt - vom biederen Rep-Anhänger über die örtlichen NPD- und JN-Kader bis bin zu militanten Anti-Antifa-Aktivisten. Wiederholt leistete einer der Initiatoren dieses Kreises, der damalige JN-Bundesgeschäftsführer Sascha Wagner, Ordnerdienste für DL-Veranstaltungen in Köln, wofür dieser 1994 in Aachen vor Gericht stand - wegen Mitführens von Waffen.

Rouhs' Rückzug nach Dürwiß wurde AntifaschistInnen bekannt, als er seine Eschweiler Telefonnummer als Bestelladresse für seinen Versand angab. Nachdem seine Aktivitäten öffentlich gemacht wurden, schlossen sich im September verschiedene Organisationen zum Eschweiler Bündnis gegen alte und neue Nazis zusammenschlossen. Einen Monat später veranstaltete Rouhs nach einem eher halbherzigen Versuch, sich als Konservativer zu geben, eine neonazistische Machtdemonstration:

Für den 26. Oktober lud er rund 250 Neonazis - er selbst spricht von 500 - aus dem gesamten Bundesgebiet zu einem Konzert des



Sven Möller (ganz links) und Bernd Schöppe (ganz rechts), beide Deutsche Liga Köln, als Empfangspersonal.



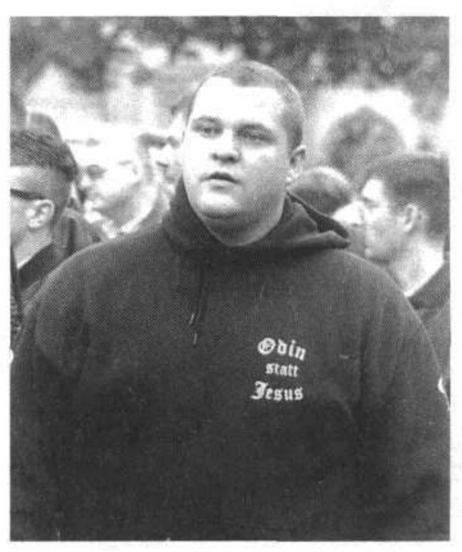
Manfred Rouhs gerät in Schieflage

Hardcore-Heino Frank Rennicke und der Nazibands Ervolk und Sleipnir in seine Dürwißer Räumlichkeiten. Was unter dem Motto "Patriotisch, freiheitlich, dem Grundgesetz verpflichtet" als private "Firmen-Präsentation" angekündigt wurde, geriet zum Aufmarsch von Naziskins und anderen Faschisten. Organisiert hatte ihn Sascha Wagner, einer der Mitorganisatoren bundesweiter Naziaufmärsche, der mittlerweile einer der engsten Mitarbeiter von Rouhs ist und bei ihm ein- und ausgeht. Seit dem Vormittag hielt Wagner zusammen mit jugendlichen Neonazis das Rouhs-Haus besetzt, stellte Posten in der Umgebung auf und leitete einen militanten Ordnertrupp während der Veranstaltung; noch am nächsten Tag wurde ein Anwohner von einer Autostreife verfolgt.

Die Polizei hatte den Ortskern samt Kirche frühzeitig mit einem Großaufgebot abgeriegelt, Antifaschisten erhielten Platzverweis, Kirchgänger mußten Polizeiketten passieren und eine Gegendemonstration wurde mit Schlagstöcken daran gehindert, zum Veranstaltungsort zu ziehen. Weitgehend ungehindert zogen indes Skin-Trupps umher, die laut Polizeiangaben drei Passanten zusammenschlugen. Rouhs bedankte sich im Lokalfernsehen ausdrücklich bei der staatlichen Ordnertruppe. "Der kooperative Stil der Polizei machte es uns leicht, unsererseits Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um Straßenkämpfe mit der Wochenend-'Antifa' zu verhindern", schrieb er in der nächsten Ausgabe der Europa Vorn. Dort kündigte er zugleich an, "aufgrund der guten Erfahrungen vom 26. Oktober" nun jedes Jahr ein "EUROPA VORN-Pressefest" mit Nazi-Bands und -Referenten zu veranstalten, zunächst am 28./29 Juni diesen Jahres "voraussichtlich in Mitteldeutschland".

Auf lokaler Ebene hält Rouhs feste Kontakte zur neofaschistischen Burschenschaft Libertas Brünn in Aachen und - neben Wagner - zu weiteren JN-Funktionären aus der Region. So etwa zu Michael Prümmer, der mittlerweile einen eigenen Buch- und CD-Vertrieb betreibt und das Geschehen in Dürwiß kollegial im Internet kommentiert. Anfang November leistete er Rouhs allerdings einen Bärendienst, als er im Zusammenhang mit einem Wochenendseminar des JN-Arbeitskreises Internet (das in der früheren Zentrale der Wiking-Jugend im benachbarten Stolberg abgehalten wurde) eine "nationale Großveranstaltung" für den Jahrestag der Pogromnacht ankündigte. Die Folge war eine antifaschistische Demonstration vor Rouhs Haustür, an der mehrere hundert Menschen teilnahmen, darunter erstmals auch eine

Reihe von Anwohnern. Die Großkundgebung fand im Raum Aachen nicht statt. Die Polizei allerdings karrte das größte Aufgebot nach Dürwiß, das es in Aachen und Umgebung seit Jahren anläßlich einer Demonstration gegeben hatte.
Rouhs verfolgte zu diesem Zeitpunkt offenbar großspurige Pläne. Eine in der NPD-Zeitung "Deutschen Stimme" geschaltete Anzeige, in der Handwerker für ein neues Zentrum "Junger Nationalisten" gesucht wurden, gab als Kontaktmöglichkeit Wagners Handynummer an. Dies ließ darauf schließen, daß in den renovierungsbedürftigen Dürwißer Räumen ein überregionales Nazizentrum entstehen sollte. Auf Initiative der Aachener VVN verbot das Bauordnungsamt jedoch die weitere Nutzung für Großveranstaltungen. Im Dezember schließlich bot der Vermieter einen Teil der Räumlichkeiten zur Weitervermietung an. Gleichzeitig kündigte die Postbank das von Rouhs geschäftlich genutzte Konto, was seinem Verlag zumindest mittelfristig Finanzierungsprobleme bereiten wird. Die Kündigung kam für ihn denkbar ungünstig, denn sie fiel "in einen Zeitraum, in dem wir zu teuren Investitionen in Computer, Nebengeräte und Software gezwungen sind. Denn EUROPA VORN soll schon ab Ende dieses Monats [Dezember, d.Verf.] mit einem neuen, ansprechenderen Gesicht erscheinen," klagte Rouhs in einem Kundenrundbrief. Verfrühte Zeitungsmeldungen, er habe aufgegeben, erwiesen sich zwar als falsch - er unterhält dort weiterhin Wohn- und Lagerräume für seinen Verlag. Das Konzept eines neuen Nazi-Zentrums dürfte sich jedoch zerschlagen haben.
Nichtsdestotrotz finden in Dürwiß weiterhin Wochenendtreffen mit angereisten Funktionären statt. Rouhs scheint entschlossen, den Stützpunkt in Dürwiß zu halten, und will zum 1. März sein Gewerbe in Eschweiler anmelden. Außerdem firmiert unter seiner Dürwißer Adresse neuerdings eine recht ominöse Neugründung. In ihrer ersten Anzeige im Rouhs-Blatt nennt sie sich mal "Deutsche Notstands-Volksgemeinschaft", mal ein wenig größenwahnsinnig "Deutsche Volksgemeinschaft". Ihr Ziel bleibt unklar, angegeben werden deutsche Kulturpflege, Information, Hilfe und Nahrungsmittelbeschaffung, für wen oder was auch immer! Eine nicht minder dubiose Organisation namens "FAST-Transporte" soll "arbeitslose und ehrenamtliche Helfer" für "den Aufbau" rekrutieren.
Seit Rouhs sich mit dem Aufmarsch im Oktober als offenkundiger Nazi outete, ist sein "braunes Haus" in Eschweiler in aller Munde und stößt auf nahezu einhellige Ablehnung. Selbst vielen, die gegen rechte Parolen eigentlich nichts einzuwenden hätten, dämmerte angesichts pöbelnder Naziskins und einiger von Antifas beschädigter Autos angereister Konzertbesucher, daß Europa vorn besser aus dem Dorf verschwinden solle, damit wieder Ruhe und Ordnung einkehrten. Dennoch überwiegt das ehrliche Entsetzen über den so offensichtlich gewordenen Neonazismus in der eigenen Nachbarschaft, gepaart mit der nicht unbegründeten Angst vor weiteren Naziübergriffen.
So hat Rouhs wider Willen einen ungeahnten Politisierungsschub in Dürwiß und ganz Eschweiler ausgelöst. Auf einer Informationsveranstaltung des Eschweiler Bündnisses fanden sich eine Woche nach dem Aufmarsch rund 200 AnwohnerInnen ein. Spontan gründeten sie die Bürgerinitiative Gemeinsam gegen Neonazis, deren Treffen nach wie vor von ca. 60 Leuten besucht werden. Die Zusammensetzung ist höchst heterogen und reicht von Hausfrauen über Betriebsräte und Vereinsfunktionäre bis hin zu einzelnen Mitgliedern des nicht unbedingt als links bekannten Schützenvereins. Ziel ist die Schließung der Europa Vorn-Niederlassung. Anwälte aus der BI wollen juristisch gegen die Hetze der Zeitschrift vorgehen. Einzelhandelsgeschäfte im Ort überlegen, durch Aushänge bekanntzugeben, daß Rouhs samt Anhang als KundInnen unerwünscht ist. Auch wurde andiskutiert, soziale Themen aufzugreifen, um diese nicht den Rechten zu überlassen. Vor allem aber besteht Informationsbedarf über die Nazistrukturen und ihre Arbeitsweise. Wie sich die BI weiter entwickelt, ist offen, aber es ist durchaus wahrscheinlich, daß sie aufgrund ihrer konkreten Erfahrungen weiter politisieren und ein eigenes Verständnis von Antifaschismus entwickeln wird.



Sascha Wagner

Das Eschweiler Bündnis - es reicht von der örtlichen Antifa-Gruppe AK gegen Rechts und FlüchtlingsbetreuerInnen über die Aachener VVN bis hin zu Grünen und SPD - sammelte in kürzester Zeit knapp 1000 Unterschriften, um eine Resolution des Stadtrates zu initiieren. Der Rat griff die Initiative auf und verurteilte am 4. Dezember "nachdrücklich jede Form von Gewalt und Hetze gegen ausländische Mitbürger und andere Minderheiten unserer Stadt" und rief zu "gemeinsamen friedlichen Aktionen gegen Neonazismus und Rassismus" auf.
Trotz zahlreicher Unterschiede zwischen den Gruppen hat sich vor Ort also eine breite Front gegen Rouhs etabliert, die von der Bevölkerung durchweg positiv aufgenommen wird und weiterhin aktiv bleiben wird.

NPD
demonstriert in Bonn

Am "Tag der Deutschen Einheit" (3.Oktober) fand in Bonn das "gesamtdeutsche Treffen" der NPD statt. Etwa 150 Nazis konnten unter Polizeischutz aufmarschieren. Nachdem der Bonner Polizeipräsident die Veranstaltung verboten hatte, klagte die NPD dagegen. Daraufhin wurde das verbot vom Oberlandesgericht aufgehoben. Der Polizeipräsident verzichtete wegen angeblicher "Aussichtslosigkeit" auf weitere juristische Schritte. Auch die knapp 300 antifaschistischen GegendemonstrantInnen konnten den unter starkem Polizeischutz stattfindenden Naziaufmarsch nicht mehr verhindern.

An der bundesweit organisierten Demonstration beteiligten sich vor allem NPD-Aktivisten aus Bonn, Köln und Aachen, aber auch aus Ostdeutschland. Allein aus Gotha, wo gleichzeitig eine Demo der NPD angemeldet war, kam ein Bus mit 50 Faschisten. Anwesend waren u.a. der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der WJ-Altbundesführer Wolfgang Narath (NPD-Bundesvorstandsmitglied, kommissarischer Vorsitzender des Bonner NPD-Kreisverbandes), die sich bei der anschließenden Kundgebung auf dem Bonner Münsterplatz als Redner betätigten, sowie der JN-Kader Michael Prümmer, Helmut Braun (ehem. Stv. Vorsitzender und Kassenwart der NF), Rene Rodriguez-Teuffer (ex-DA, ex-Aktionsfront Nationaler Kameraden, Deutscher Freundeskreis der Afrikaneer Widerstandsbewegung), Frank Schwerdt (Die Nationalen e.V., Herausgeber der "Berlin Brandenburger Zeitung"), Sascha Wagner (ehem. JN-Bundesgeschäftsführer, Beisitzer des JN-Bundesvorstandes), Frank Amberg (JN-Bundesgeschäftsführer), Frank Golgowski (thüringischer NPD-Vorsitz ender), Schöpp (Initiator des Kölner Runden Tisches, DL) und Jörg Hähnel aus Frankfurt/Oder, der die "Kameraden" musikalisch unterhielt. Den Ordnerdienst leitete Achim Ezer (stv. JN-Bundesvorsitzender, JN-Landesvorsitzender von NRW, NPD-Bundesvorstandsmitglied, Vorsitzender des NPD-KV Bergisches Land), der den Anti-Antifa-Fotografen die Instruktionen gab. Anschließend trafen sich noch etwa 45 Nazis in einer Gaststätte in Bonn-Duisdorf.

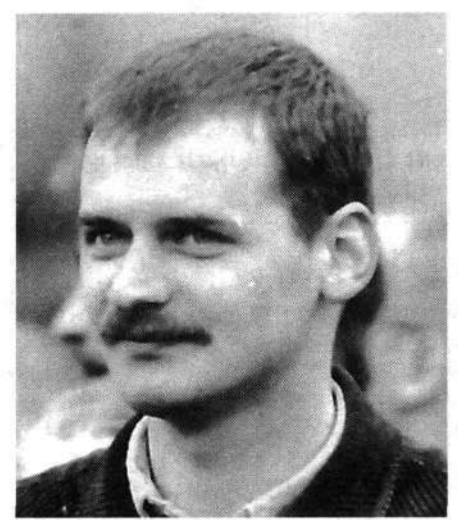
Krieger und Spruck

Unter der Bonner Naziprominenz befanden sich Hans-Peter Krieger und Marcus Spruck, die beide eng befreundet sind. Beide können auf eine über zehnjährige Nazi-Karriere zurückblicken. Hans-Peter Krieger (Jahrgang 1968) startete seine Laufbahn bei der Wiking Jugend. Von 1985 bis zum Oktober 1990 war er Kreisvorsitzender der Bonner FAP. Wenig später leitete er bereits die am 3. November 1990 gegründete Initiative Gesamtdeutschland (IG), die etwa 60-70 Aktivisten an sich binden konnte. Bei der mittlerweile aufgelösten IG handelte es sich um einen regionalen Zusammenschluß von Aktivisten der Jungen Union und "Republikanern" bis hin zur FAP, WJ und NF. Zur Hauptaktivität der IG gehörten Veranstaltungen mit hochrangigen und bekannten Nazis, so z.B. ein Vortrag des Revisionisten David Irving am 16.März 1992 in Bonn-Tannenbusch, wodurch des öfteren ein größeres Publikum von bis zu 200 Personen erreicht wurde. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Aufbau und Betrieb der Germania Mailbox Bonn, die dem Thule-Netz angehört. Der Mailbox-Betreiber ist, wie könnte es anders sein, Hans-Peter Krieger. Im August 1993 nahm er zusammen bei mit Spruck am Rudolf Heß-Marsch in Fulda teil. Zur Kommunalwahl 1994 kandidierte er als Spitzenkandidat für die Bonner NPD, deren eigentlicher Initiator er ist. Neben ihm ließen sich auch Wolfgang Narath und Marcus Spruck als Kandidaten aufstellen. Alle drei kennen sich noch aus alten WJ-Tagen. Ende 1995 verlagerte Krieger seine Aktivitäten nach Köln, wo er sich maßgeblich am Aufbau des JN-Stützpunktes beteiligte. Seine neueste Beschäftigung ist jedoch eine andere: Er ist Mitarbeiter und Redakteur der seit April 1996 erscheinenden "Westdeutschen Volkszeitung", die von Rüdiger Kahsner aus Hagen herausgegeben wird. Bei der WVZ, die angeblich mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren erscheint, handelt es sich um eine von insgesamt sechs Regionalausgaben des Zeitungsprojektes der "Berlin Brandenburger Zeitung" der Nationalen. Davor betätigte er sich bereits als Leserbriefschreiber der Zeitschrift "Der Scheinwerfer" des WJ-Aktivisten und "Einblick"-Druckers Eberhard Hefendehl.

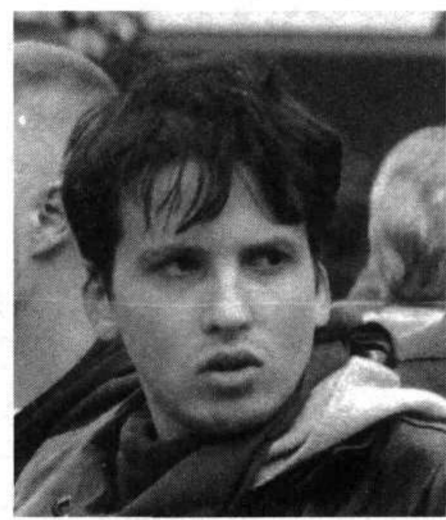
Beo Marcus Spruck (Jahrgang 1966) aus Sankt Augustin verhält es sich ähnlich. Von September 1983 bis 1987 gehörte er der WJ an. 1987 wurde er zusammen mit Stefan Niermann (Aktivist der Initiative Gesamtdeutschland) beim Verkleben von Rudolf Hess Plakaten erwischt. Zwischenzeitlich mischte er auch bei der Deutschen Volksunion, der NPD, dem Ring freiheitlicher Studenten und natürlich der Initiative Gesamtdeutschland mit. 1990 war er Horstführer des Sturmvogel in Rheinbach. Danach betrieb er den völkischen Versand "Ragna Röck". Bei der NPD, für die er 1994 ebenfalls kandidierte, ist er immer noch aktiv. Mittlerweile ist er NPD-Kreisvorsitzender im benachbarten Rhein-Sieg-Kreis, der vor allem durch seine massiven Flugblattverteilaktionen auffällt. Spruck besitzt besonders gute Kontakte zu JN/NPD-Kreisen. Da verwundert es auch nicht, daß er am 1.Mai zusammen mit drei Kameraden aus dem Rhein-Sieg-Kreis beim JN-Aufmarsch in Berlin/Marzahn dabei war. Zudem fuhr zusammen mit Hans-Peter Krieger und weiteren Gestalten zum diesjährigen Rudolf Heß-Marsch nach Worms. In Worms selber marschierten sie jedoch nicht mit. Wahrscheinlich mußten sie ihre Fahrt vorzeitig beenden.



JN - Kader Michael Prümmer



Marcus Spruck,
NPD-Kreisvorsitzender Rhein-Sieg



Frank Amberg, rechts
JN - Bundesgeschäftsführer

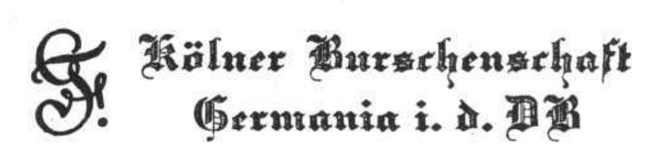


Achim Ezer, JN-Landesvorsitzende NRW
stv.JN-Bundesvorsitzende
NPD-Bundesvorstandsmitglied

Rechte Aktionen in Bonn

Parallel zu den Aktivitäten von Krieger und Spruck haben die Versuche der rechten Szene, in Bonn und Umgebung erneut Fuß zu fassen, gegenüber 1995 erheblich zugenommen.
Am 20.April 1996, Hitlers Geburtstag, wollte eine "Kampfgemeinschaft Nationalsozialistische Aktionsfront '96" ein Feuerwerk in der Bonner Rheinaue veranstalten. Das Ereignis wurde bereits Tage vorher per Fax angekündigt, unterzeichnet mit "Hagen Kreuz". In der Beueler Rheinaue erschienen jedoch "nur" acht Nazis, die von der vorbereiteten Bonner Polizei gestoppt wurden. Neben Propagandamaterial der NSDAP/AO trugen sie eine Gaspistole, Messer und Feuerwerkskörper bei sich. Gegen sie wurden Strafverfahren wegen des Verdachts der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, der Volksverhetzung und Beleidigung eingeleitet. Daraufhin erfolgten am 29.April Hausdurchsuchungen ihrer Wohnungen in Bonn, dem Rhein-Sieg-Kreis, München und Belgien, die offiziell mit dem Verdacht auf Fortführung der verbotenen NSDAP begründet wurden. Der IG-Aktivist Stefan Wiesel, ehemals Nationale Offensive und DJBW, soll das geplatzte Feuerwerk organisiert haben.
Kurze Zeit später, am 26.4., trafen sich etwa 150 Nazis in Bonn-Kessenich zu einem Vortrag von NPD-Chef Udo Voigt mit anschließendem Konzert Frank Rennickes.
Veranstalter war das "Bonner Kulturwerk", dessen Leiter Hans-Peter Krieger ist. Unter den Besuchern befanden sich unter anderen die Kameradschaft Rhein-Sieg um Ralf Tegethoff (ex-WJ, ehem. Stv. FAP-Landesvorsitzender von NRW) aus Bad Honnef.
Eine von Achim Ezer für den 4.August in Bonn angemeldete Versammlung des NRW-Landesverbandes der JN wurde vom Bonner Polizeipräsidenten verboten. "Mit Straftaten, etwa Volksverhetzung oder Verunglimpfung von Verfassungsorganen, mußte gerechnet werden", so die Verbotsbegründung der Polizei. Für dieses Wochenende wurde in über 90 deutschen Städten Kundgebungen und Demonstrationen der JN angemeldet. Zu einem kleineren Aufmarsch von Faschisten kam es in Bad Harzburg.
Ebenfalls Anfang August tauchten in der Nachbarstadt Siegburg mehrere Dutzend Spukkies der Jungen Nationaldemokraten auf. Diese bezogen sich auf den bevorstehenden Rudolf-Heß-Marsch.
Die Ereignisse lassen erkennen, daß es den Kadern Krieger und Spruck gelungen ist, trotz Verboten und über Organisationsgrenzen hinaus weiterhin Faschisten an sich zu binden und bundesweit zu agieren und zu mobilisieren. Um dies zu verhindern muß der antifaschistische Widerstand offensiver als bisher Funktionäre und Kader bekämpfen.

Profil der Burschenschaft Germania Köln



Die Korporation in NRW, die am weitesten rechts steht, ist die Burschenschaft Germania Köln. Sie sieht Burschenschaften als "national- revolutionäre Reformbewegung an den deutschen Hochschulen"(1) . Die Germanen sind tief in der rechtsextremen Szene verwurzelt. Ein Mitglied der Germanen ist Bernhard Knapstein, nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender der revanchistischen Jungen Landmannschaft Ostpreußen. Der Erstchargierte im Sommersemester 1993 Marcus Kremers war Mitglied der "Deutschen Liga für Volk und Heimat". Am 17. 4. 1994 verteilte die rechtsextreme Partei "Deutsche Liga für Volk und Heimat" ein Flugblatt mit einem Steckbrief inklusive voller Adresse von Ralph Giordano, der schon vorher aus der Kölner Naziszene Morddrohungen erhalten hatte. Verantwortlich für dieses Flugblatt zeichnete eine "Birgit Müller", als Adresse war Bayenthalgürtel 3 in Köln angegeben. Bayenthalgürtel 3 ist seit dem Wintersemester 1956/57 die Adresse des Verbindungshauses der Kölner Germanen. Im in Köln ansässigen "Volksbund Deutscher Ring", der 1963 gegründet wurde, arbeiteten oder arbeiten die Germanen mit verschiedenen faschistischen Gruppen bzw. Parteien, zum Beispiel mit NPD, FAP, "Deutscher Liga für Volk und Heimat", Wikingjugend und DVU zusammen. Vom 18. bis 20. November veranstaltete die Junge Landsmannschaft Ostpreußen eine Tagung in dem Germanenhaus. Bei dieser Tagung referierten u. a. Harald Rüdenklau, Bundesvorsitzender des "Neuen Deutschen Nationalvereins", Martin Schmidt, zu dieser Zeit Chefredakteur der *rechten Zeitung "Junge Freiheit" und Rüdiger Goldmann, u.a. Mitglied im rechtsextrem* durchsetzten Witikobund. Zum Sommersemester 1995 gaben die Kölner Burschenschafter ein Flugblatt heraus, auf dem sie mit ehemaligen Referenten, für ihren Bund werben. "Kein Tabuthema und kein Tabureferent! Uns ist kein Eisen zu heiß!", ist darauf zu lesen. Auf der Referentenlist finden sich verschiedene bekannte Köpfe aus dem rechtsextremen Lager, u. a. die Mitglieder der "Republikaner" Hans Hirzel und Rudolf Krause, die Revisionisten David Irving und Karlheinz Weißmann und der inzwischen verstorbenen Norbert Burger, der in Italien wegen verschiedenen rechtsextrem motivierten Terroranschlägen in Abwesenheit zu 2 X lebenslänglich und 28 Jahren verurteilt wurde.



1 Braasch, Sönke, 'Deutsche Burschenschaften', in: Der Rechte Rand, Nr. 34, April/ Mai 95, S. 13-15

DIE UNTERTANEN

- STUDENTISCHE VERBINDUNGEN IN DEUTSCHLAND

Wolfgang Schäuble, Thomas Gottschalk, Jörg Haider und der katholische Bischof Johannes Dyba haben zumindest eines gemeinsam - Sie sind Alte Herren einer studentischen Korporation, die im "Volksmund" auch gerne - aber trotzdem falsch - allgemein als Burschenschaften bezeichnet werden. Die Burschenschaften, zumindest jene, die sich im Dachverband der Deutschen Burschenschaft zusammenschlossen, sind bei ihren Kollegen zur Zeit nicht gut angesehen. "Man wird uns Korporierte immer und ewig als Burschenschafter bezeichnen. Was wir daher lernen sollten, ist bewußter und vorbereiteter den Medien entgegenzutreten"(1), plädiert der Pressesprecher eines Zusammenschlusses verschiedener Korporationen für eine verbale Distanzierung von der Deutschen Burschenschaft (DB). Seit die DB im Bundesverfassungsschutzbericht aufgetaucht ist, streiten sich die Korporationen darum, wer sich am besten von ihr distanzieren kann. Einen Wettstreit, den die Bundesregierung am Rande bemerkt nicht mit macht: Sie erklärte noch am 18. 7. 1995, zu einem Zeitpunkt als die DB schon lange vom Bundesverfassungschutz beobachtet wurde, auf eine kleine Anfrage der PDS, daß sie die DB "für eine wichtige gesellschaftliche Gruppe" halte (2).

Wie gefährlich sind die Korporationen wirklich und wo liegen die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede zwischen der Deutschen Burschenschaft und anderen Korporationen?

Geschichte

Es war der Wunsch nach der Befreiung von der französischen Besetzung und der Deutschen Einheit der zur Gründung der Urburschenschaft führte (3). 1815 gründeten Studenten, hauptsächlich Rückkehrer aus den Napoleonischen Kriegen, in Jena die Urburschenschaft. Sie wollten, daß es statt vieler verschiedener Landsmannschaften in Zukunft nur noch eine Burschenschaft in Jena gebe. Nach dem Jenaer Vorbild gründeten sich in den Folgejahren in den meisten deutschen Universitätsstädten ebenfalls Burschenschaften. 1817 trafen sich diese Burschenschaften zum 1. Wartburgfest, um erstens den vierten Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig, in der Napoleon entscheidend geschlagen wurde, zweitens den 300. Reformationstag zu feiern. Auf diesem Fest fand eine Bücherverbrennung statt, bei der die Ambivalenz zwischen fortschrittlichen und reaktionären Zügen deutlich wurde. Es wurden nämlich nicht nur, wie oft behauptet, die Bücher der Anhänger der feudalstaatlichen Zersplitterung verbrannt, sondern auch fortschrittliche Bücher, wie der Code Civil, in dem die durch die französische Revolution erkämpften bürgerlichen Rechte ihren Ausdruck fanden. Die nationale Einheit sollte, wenn es nach den Willen der Burschen ging, als obrigkeitsstaatlicher Verwaltungsakt vollzogen werden und nicht analog zur französischen Revolution als ein von der Nation als historische Einheit zu vollziehender Prozeß. Obwohl sie gar nicht so fortschrittlich war, wie die heutigen Korporationen behaupten, zog die Urburschenschaft schnell den Argwohn der Obrigkeit auf sich. Als der Burschenschafter Karl Ludwig Sand den Schriftsteller August von Kotzebue, der als Zuträger des Zaren galt, ermordete, nutzte die Reaktion ihre Chance gegen die Burschen vorzugehen. Mit den Karlsbader Beschlüssen wurden die Burschenschaften verboten. Die Burschenschaften arbeiteten zwar in der Illegalität weiter und nahmen auch an verschiedenen Aktionen der bürgerlichen Revolution teil, trotzdem nahm ihr Einfluß in dem Maße ab, in dem die Bourgeoisie sich an der Demokratisierung beteiligte. Die Niederlage der Revolution war auch der Schlußpunkt der ursprünglichen burschenschaftlichen Bewegung, die neben ihren nationalistischen Zügen auch fortschrittliche aufweisen konnte. In den Jahren nach der Revolution änderte sich das Korporationswesen stark. Einerseits wurden die Burschenschaften zunehmen apolitisch, auf der anderen Seite begann der Kösener- Senioren- Konvents-Verband (KSCV), der Dachverband der Corps, die Szene zu dominieren. In den Corps wurde ein autoritären Studententypus erzogen, der bald als Idealbild der Wilhelminischen Ära galt. Die Corps schaffte es bald auch die anderen Korporationen in ihre Richtung zu bringen. So konnten sie angesichts des 1881/ 82 als Dachverband der Burschenschaften gegründeten Allgemeinen Deutschen Deputierten Convents erfreut feststellen: " Was nun die jetzigen Burschenschaften von den früher unterscheidet, dürfte in folgenden Punkten (...) liegen:

1. eine einheitlichere Bundesverfassung;
2. eine strammere Zucht in den einzelnen Couleuren;
3. die unbedingte Satisfaction (Bestimmungsmensur);
4. die Wandlung des früheren demokratisch angehauchten Liberalismus in monarchisch-konservative Gesinnung;
5. die Zurückdrängung der Juden, die vor nicht so langer Zeit einen nicht unwesentlichen Bestandteil der Burschenschaften bildeten, und starke Neigung zum Antisemitismus"(4).

1880 wurde der "Verein deutscher Studenten" mit dem Ziel, Antisemitismus und völkisches Denken unter den Korporationen zu verbreiten, gegründet. Diese Politik setzte sich bis 1914 durch. Der Ausbruch des ersten Weltkrieges wurde von den meisten Korporierten bejubelt. Nach Ende des ersten Weltkriegs profitierten die Korporationen von einem Rechtsruck innerhalb der gesamten Studentenschaft.. Korporierte bildeten mit einigen freien Studenten einen Marburger Zeitfreiwilligenverband und nahmen am Kapp-Putsch und am Hitler-Putsch teil. Auch zu den Gründungsmitglieder des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund gehörten Korporierte. Trotzdem kam es lange Zeit zu großen Reibereien zwischen diesen Verbänden, die aber lediglich auf Machtkämpfe zurückzuführen waren. Schließlich bejubelten die Burschenschaftlichen Blätter die Machtübergabe an Hitler: "Was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt und wofür im Geiste der Burschenschafter jahraus jahrein an uns und in uns gearbeitet haben, ist Tatsache geworden."(5).



Da es aber in der Natur eines totalitären Regimes liegt, sämtliche Lebensbereiche zu kontrollieren, wurden auch die Korporationen - trotz ihre Nähe zum Regime - gleichgeschaltet. Durch geschicktes Kungeln hauptsächlich der Altherrenschaft konnten sie allerdings ein Großteil ihres Vermögens in Sicherheit bringen.
Schwieriger wurde es für die Korporationen nach Ende des zweiten Weltkriegs. Die Alliierten hielten sie - zu recht - für Wegbereiter des Faschismus und sorgten dafür, daß alle Verbindungen aufgelöst wurden. Trotzdem schafften sie es mit der Wirtschaftsreform und der gleichzeitig stattfindenden Rückkehr der Alten Herren in ihre Positionen in Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Politik, sich zu restaurieren. Bis Mitte der 60iger Jahre erreichen die Korporationen wieder eine hohe Mitgliederzahl und hohes gesellschaftliches Ansehen. Die 68er Bewegung bedeutete wieder einen Rückschlag, von dem sie sich, was die Mitgliederzahlen angeht, bis heute nicht erholt haben. Trotz geringer Mitgliederzahlen genießen die Verbindungen aber hohes gesellschaftliches Ansehen und Macht, was nicht zuletzt auf das Seilschaftsprinzip zurückzuführen ist.

Das Seilschaftsprinzip

Die Mitgliedschaft in einer Korporation endet nicht, wie mensch bei einer studentischen Verbindung annehmen könnte, mit Abschluß des Studiums. Korporierter bleibt Mann bis zum Grab und eigentlich auch darüber hinaus, da Mann mit den Farben seines Bundes begraben wird. Eine der wichtigsten Funktionen dieses Lebensbundes ist Protektion. Korporierte helfen sich gegenseitig bei dem Einstieg in die berufliche Laufbahn und sie überlassen hierbei nichts dem Zufall. So trafen sich am 27. August 1988 in Hamburg korporierte Unternehmer, Vorstände, Geschäftsführer sowie leitende Mitarbeiter aus Konzernen, um darüber zu diskutieren, wie die Beziehungsschiene am effektivsten genutzt werden kann. Unter dem Motto der Tagung "Wir haben den folgenden Spruch vergessen: Können ist gut, kennen ist besser" wurden verschiedene Empfehlungen gegeben: 1. Bessere Möglichkeiten der Kontaktaufnahme untereinander durch ein bundesweites Mitgliederverzeichnis. 2. Ein neues Selbstverständnis durch stärkeres Selbstbewußtsein zu schaffen. Hierzu gehört die Einführung der Anwesenheitspflicht und der Couleurpflicht bei allen offiziellen Veranstaltungen der Verbände. 3. Kontakt- und Beziehungspflege untereinander. "Beziehungen sind dafür da, daß man sie nutzt. Lassen wir also das ungeheure Energie- Potential der Beziehungen nicht ungenutzt. Leistung plus Beziehungen bringen den Erfolg".(6)
Aber das Seilschaftsprinzip ist kein Selbstzweck, es gilt, wie Innenminister Kanther, Alter Herr der schwarzen Westfalen, es ausdrückt. Es geht darum, daß "auch weiterhin national gesinnte Menschen in alle führenden Berufe unserer Gesellschaft"(7) entsandt werden. Das Seilschaftsprinzip wird gerne falsch als ganz normales Nutzen von Beziehungen, wie es in jedem Verein vorkommt, dargestellt. Das normale Nutzen von "Vitamin B" ist aber nicht, wie bei den Korporationen, besonders organisiert und schließt auch nicht eine ganze gesellschaftliche Gruppe, nämlich Frauen, aus.

Männerbund

Für Frauen ist in Korporationen kein Platz. Sie verstehen sich als bewußte Reproduktion der patriarchalen Verhältnisse, wie ein Zitat aus den Burschenschaftlichen Blättern zeigt: "Unser Burschenbrauchtum ist immer auf eine bestimmte männliche Gruppe abgestimmt. Die menschliche Weltordnung ist auf das männliche ausgerichtet."(8). Das soll natürlich nicht heißen, daß Frauen bei Korporierten nicht gerne gesehen sind. Als Schmuck beispielsweise für Veranstaltungen sind sie in diesen Kreisen durchaus beliebt, wie nachstehendes Zitat belegt, nur als selbstständig denkende Menschen scheinen Frauen Korporierten Angst zu machen. "Oder morgens in der Frühe im Hörsaal, wie langweilig würde doch so manche Vorlesung verlaufen, hätten wir nicht wenigstens einen optischen Anreiz in Gestalt einer Dame, so ungefähr in der vierten oder fünften Hörsaalreihe? Nebenbei bemerkt, einig e Kommilitonen gehen eben nur aus diesem Grund in die Vorlesung."(9) Nun geht es natürlich nicht darum zu fordern, daß Frauen in die Korporationen aufgenommen werden, sondern darum die Korporationen langfristig abzuschaffen. Zwei Bräuche, die nach Ansicht der meisten Korporierten Frauen sowieso von einer Korporation ausschließen, sind die Mensur und die studentische Kneipe.

Mensur und Kneipe

Die Mensur (studentisches Fechten), die übrigens mit dem Fechtsport, bei dem Ausweichen erlaubt ist, wenig zu tun hat, dient in erster Linie dazu, zwischen echten Kameraden und Mitläufern, oder wie Carl Schmitt sagen würde, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden. Außerdem soll der einzelne Bundesbrüder lernen, sich unter eine Situation unterzuordnen. Während der Mensur ist die Gruppe wichtiger als der Einzelne. Ziel ist es, die individuelle Schwäche durch die Stärke der Gemeinschaft zu überwinden, sich selbst ganz dieser Gemeinschaft zu unterstellen.



Eine Olympen - Mensur

Während nicht alle Korporationen schlagend sind, finden die ritualisierten Besäufnisse in Form einer Kneipe in allen Bünden statt. Ziel dieses Rituales ist das selbe wie bei der Mensur, die Erziehung eines autoritären Charakters. Besonders deutlich wird dieses an einem Zitat aus dem Jahr 1917: " Die Kneipe ist für uns, was der vielgelästerte Kasernenhofdrill, der Parademarsch für den Soldaten. So wie dort das hundertmal wiederholte Knie beugt nacheinander Faulheit, Wurstigkeit, Trotz, Wut, Schlappheit und Ermattung überwindet und aus dem Gefühl hilfloser Ohnmacht und völliger Willenslosigkeit vor dem Vorgesetzten die Disziplin hervorgehen läßt, so bietet bei uns [...] Dem Älteren vor den Jüngeren immer Gelegenheit, seine unbedingte Überlegenheit zu zeigen, zu strafen..."(10).

1. CDA- Pressesprecher Gerhard Serges, zitiert nach EB, Extremismus- Debatte verschärft sich, in: SK-Studentenkurier, 2/ 96, S. 23 Der Studentenkurier ist eine korporationsübergreifende Korporationszeitung.
2. Jelpke, Ulla, Unerträgliche Beschwichtigung, in: Der Rechte Rand, Nr. 41, Juli/ August 96, S. 4-5, hier: S. 5
3. Die Wurzeln des Korporationswesen liegen zwar im Mittelalter, sind aber für die heutigen Korporationen irrelevant.
4. Akademische Monatshefte, zitiert nach Burschenschaftliche Blätter, Nr.12/1895, S. 327
5. Burschenschaftliche Blätter, H. 6/1933, S. 130
6. vgl. Junkers, J., Wer heute den Kopf in den Sand steckt, in: Der Convent, Heft 2/ 1989, S. 45- 48
7. zitiert nach Oberhessische Presse v. 28. 5. 1990, S.5
8. Burschenschaftliche Blätter 5/ 1980
9. Schrader, Thomas, Damenrede zum 135. Stiftungsfest, zitiert nach Asta der TU Braunschweig, Korporationen - die elite der nation bekennt farbe, S. 14
10. Deutsche Corps Zeitung Nr. 428/1917

Den Revanchisten heimleuchten!

Aktionen der Antifa in NRW gegen die Revanchistenverbände

Ermittlungen gegen Bielefelder Revanchisten in Sachen Volksverhetzung

Wie die 'Antifaschistische-NRW-Zeitung' in ihrer letzten Ausgabe berichtete, wurden in der Bibliothek der 'Kreisvereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften, Heimatgruppen und Ortsverbände im Bund der Vertriebenen in Bielefeld e.V.' von Studenten diverse faschistische Publikationen gefunden. Unter ihnen auch die 'Auschwitz-Lüge' Thies Christophersens. Nachdem über diesen Fund auch durch den WDR berichtet wurde, schaltete sich noch am Tag der Ausstrahlung des Berichts im WDR die Staatsschutzabteilung der Bielefelder Polizei ein. Sie durchsuchte die Räume der Revanchisten, mit dem Ergebnis, daß nunmehr in Sachen Volksverhetzung gegen die Bielefelder Revanchisten ermittelt wird.

Im Folgenden versuchte der Vorsitzende der Bielefelder Revanchisten Dr. Eckart Wallenberg alle Schuld von seiner Organisation abzuwälzen und begann damit, seine Gruppierung in den lokalen Zeitungen und im Ostpreußenblatt als Opfer einer PDS-Kampagne darzustellen. Aber auch mit der Schutzbehauptung, die 'Auschwitz-Lüge' stamme nicht aus der Bielefelder Vertriebenenbibliothek, konnte Wallenberg nicht verhindern, daß seiner Organisation die städtischen Räumlichkeiten entzogen wurden. Nunmehr wird wohl auch die Bielefelder Ortsgruppe der 'Jungen Landsmannschaft Ostpreußen' (JLO), die sich bislang in den Räumen der Bielefelder Revanchisten traf, auf die Suche nach einem neuen Domizil machen müssen.

Keine Auftritte Bernhard Knapsteins und Alfred Schickels beim 'Tag der Heimat'

Ebenso wie der Auftritt Alfred Schickels, der im Rahmen des 'Tages der Heimat' in Wuppertal geplant war, mußten auch die Auftritte Bernhard Knapsteins beim Bielefelder und Detmolder 'Tag der Heimat' abgesagt werden. Wie in Wuppertal konnte auch hier antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit die Veranstalter soweit unter Druck setzen, daß diese dazu gezwungen waren, entweder den gesamten 'Tag der Heimat' abzusagen oder die belasteten Referenten auszuladen. In Detmold mußte der Referent gar zweimal ausgewechselt werden. Nachdem Bernhard Knapstein zurückgezogen wurde, ward den Detmolder Revanchisten, offensichtlich durch den BdV, Rüdiger Stolle als Referent zugewiesen. Selbstverständlich war auch Stolle nicht akzeptabel, denn er war für den Inhalt des 'Fritz' (Verbandsorgan der JLO) verantwortlich, als jener die Pogrome von Rostock wie folgt kommentierte: "Die Unruhen von Rostock waren von einer breiteren Koalition getragen als von einer Handvoll geschickt in Scene gesetzter Rechtsradikaler", um dann folgende rhetorischen Fragen zu stellen: "Stellt Zwangseinquartierung einer unerwünschten, fremdartigen Bevölkerung mit einer anderen Eigentumskultur und mit einem anderen Verständnis von Hygiene nicht einen gewaltigen Eingriff dar, der auch als Gewalt empfunden werden kann?" Und: "Haben die Bewohner von Rostock ein Recht auf die Bewahrung ihrer Heimat, oder müssen sie sich damit abfinden, daß an der nächsten Ecke der Balkan beginnt?" Erst nachdem auch Rüdiger Stolle auf Druck der antifaschistischen Öffentlichkeit ausgeladen wurde, konnte in Detmold der 'Tag der Heimat' über die Bühne gehen.

'Freiheit, die ich meine'?

Unter diesem Motto wollte vom 22.- 24.11.96 in der Landesstelle Unna-Massen die 'AG Junge Generation im BdV-LV-NRW' ein Seminar veranstalten, das offensichtlich aus Mitteln des BdV und damit auch aus öffentlichen Töpfen finanziert werden sollte. Für die inhaltliche Leitung des Seminar zeichnete Bernhard Knapstein und für die organisatorische Leitung Karsten Weder, JLO-Landesvorsitzender NRW und Mitglied der Burschenschaft Frankonia Münster. Als Referenten waren folgende Personen eingeladen worden:

- der Vorsitzenden der LM Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg,
- der ehemaligen Pressesprecher und Landtagskandidaten der nieder sächsischen 'Republikaner' und Autor der 'Jungen Freiheit', Klaus Kunze, der sich auch als Anwalt Hans Michael Fiedlers, Karl Polaceks und Thorsten Heises einen Namen gemacht hatte.
- der Hetendorf-Referent Dr. Heinrich Piebrock
- der Leipziger Aktivist des 'Hofgeismarer Kreises' in der SPD Sascha Jung
- der Anti-Antifaschist Prof. Dr. Hans Helmuth Knütter
- der CDU Rechtsausleger Heinrich Lummer

Sprechen wollten diese Referenten über Freiheit, wie sie sie verstehen. Und diese Freiheit beinhaltet nicht anderes, als daß sie die Möglichkeit einfordern, offen (neo)-faschistische und revanchistische Positionen vertreten zu können, ohne in der Öffentlichkeit als Neofaschist kritisiert zu werden. Nichts anderes hat ihr Wehklagen über 'pc' zum Hintergrund. Und nichts anderes steckt hinter ihrer Hetze gegen Ulla Jelpke, die auch Inhalt dieses Seminars sein sollte.

Genau jene Ulla Jelpke wurde den Initiatoren dieses Seminars zum Verhängnis, intervenierte sie doch beim Sozialministerium, das die Aufsicht über die Landesstelle Unna-Massen führt, gegen die Durchführung des Seminars. Hektische Aktivitäten im Ministerium führten dann zur schnellen Absage des Seminars.

Zum Hintergrund Bernhard Knapsteins und der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen

I. Bernhard Knapstein und die 'Junge Landsmannschaft Ostpreußen'

Die 'Junge Landsmannschaft Ostpreußen' (JLO) wurde am 7.4.1991 gegründet und besitzt nach eigenen Angaben heute 1.000 Mitglieder. Sie entstand 30 Jahre nach der Gemeinschaft Junges Ostpreußen (GJO), und löste diese als offizielle Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) ab. Hintergrund der Trennung von GJO und Landsmannschaft Ostpreußen (LO) war die Kritik der GJO am ostpolitischen Kurs ihrer Mutterorganisation. Mit der Gründung der JLO wurde die ostpreußische Jugend wieder auf stramm revanchistischen Kurs gebracht. Von Beginn an war der Kölner Bernhard Knapstein eine der tragenden Personen der JLO. Zunächst als deren Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen organisierte und leitete er ein Herbstseminar der JLO-NRW vom 18.-20. November 1994 zum Thema 'Der Deutsche Osten - Perspektiven im neuen Jahrtausend'. Auf diesem Herbstseminar der JLO, das bezeichnender Weise im Haus der rechtsextremen Burschenschaft Germania1 in Köln stattfand, referierten Vertreter der sog. Neuen Rechten. So der damalige stellvertretende Chefredakteur der 'Jungen Freiheit' Martin Schmidt und Dr. Harald Rüddenklau, der Vorsitzende des 'Neuen Deutschen Nationalvereins'. Weiter referierten Guido Mathes von der revanchistischen Paneuropa-Union um Otto von Habsburg und Dirk Adlung von der extrem rechten Münchener Burschenschaft Danubia. Letzterer beteiligte sich am Regermanisierungsprojekt des Neofaschisten Dietmar Munier in Jasnaja Poljana (ehem. Trakehnen) und berichtete auf dem Seminar über seine diesbezüglichen Aktivitäten. Daß mit Rüdiger Goldmann (MdL-NRW für die CDU) ein Funktionär des Witikobundes (Traditionsvereins der ehemaligen sudetendeutschen NS-Funktionäre, Schanierorganisation zwischen dem organisierten Neofaschismus in der

BRD und rechten Kreisen in der CDU und der Sudetendeutschen Landsmannschaft) zu den jungen Bekenntnisostpreußen sprach, bestätigt die Linie dieses Seminars, für dessen Durchführung Knapstein verantwortlich zeichnete. Die Auswahl der Referenten belegt, daß es sich bei der JLO erstens um eine revanchistisch ausgerichtete Organisation handelt, die auch den Kontakt zu alten und neuen Faschisten nicht scheut und die sich zweitens im Fahrwasser der sog. 'Neuen Rechten' befindet.

Der neurechte Einfluß in der JLO wird durch die Besetzung ihrer Vorstandsebenen bestätigt. Bis 1995 waren Michael Paulwitz (Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft Danubia München, Autor des neurechten Theorieorgans 'Criticon') und Ansgard Graw (ebenfalls Autor in 'Criticon') für die JLO auf Vorstandsebene tätig.

Seit 1995 ist Bernhard Knapstein als Bundesvorsitzender der JLO verantwortlich für die gesamten Aktivitäten dieser Organisation. 1995 war ein Zeitpunkt, zu dem die JLO zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik geraten war. Kritisch beleuchtet wurden insb. Äußerungen im Verbandsorgan der JLO 'Fritz'. Selbst das Bundesamt für Verfassungsschutz und mit ihm die Bundesregierung konnten nicht umhin, das JLO-Verbandsorgan als rechtsextremistisch einzustufen.2 Zuspruch bekam die JLO mit ihrem Verbandsorgan aber vom spektrenübergreifenden Presseorgan des bundesdeutschen Neofaschismus 'Nation Europa'. Ein "herzhaftes Festhalten am deutschen Osten" wurde den Nachwuchsrevanchisten im März 93 von Nation Europa attestiert und die Ermunterung "Weiter so!" mit auf dem Weg gegeben.

Abhilfe bezüglich der rechtsextremen Ausrichtung versprach die Bundesregierung zu schaffen, indem der BdV angewiesen wurde, mäßigend auf die JLO einzuwirken. Wie zu erwarten ist dieser Versuch via BdV mäßigend auf die JLO einzuwirken gescheitert. Im Gegenteil: Angesichts der Wahl Knapsteins zum neuen Bundesvorsitzenden der JLO muß befürchtet werden, daß sich der Kurs der JLO weiter radikalisiert. Knapsteins Einbindung in die rechtsextreme Kölner 'Burschenschaft Germania' und sein Versuch innerhalb der Jusos einen nationalrevolutionären 'Hofgeismarer Kreis' zu organisieren, geben allen Anlaß zu dieser Befürchtung. Zudem steht der neuen Bundesvorstand der JLO mit dem Beisitzer Michael Paulwitz noch immer unter dem Einfluß der sog. Neuen Rechten.

Daß der Versuch der Bundesregierung mittels des BdV auf die JLO mäßigend einzuwirken von vorn herein zum Scheitern verurteilt war, läßt sich auch damit belegen, daß Knapsteins Position demonstrativ vom BdV gestützt wurde, indem er in den Landesvorstand-NRW des BdV gewählt wurde. Auch von der Bundesführung der LO, die zugibt die JLO bereits unter deren früheren Vorsitzenden Rüdiger Stolle angeleitet zu haben, bekam Knapstein Rückenstärkung für seine Politik. "Das Verhältnis der LO zur JLO sei harmonisch,"3 so der Vorsitzende der LO Wilhelm von Gottberg.

II. Bernhard Knapstein und der Hofgeismarer Kreis bei den Jusos

Am 11.4.1992 wurde auf Initiative einiger Leipziger Jusos der Hofgeismarer Kreis gegründet. Dieser bezieht sich schon durch die Wahl seines Namens auf eine gleichnamige Gruppe in den 20er Jahren. Der historische Hofgeismarer Kreis wird der völkisch-deutschnationalen 'Konservativen Revolution' zugerechnet, welche den Nationalsozialismus ideologisch vorbereitete. Seine Treffen waren germanische Lichtfeste, geprägt von Lagerfeuerromantik mit markigen Gedichten in denen der 'Geist von 1914' beschworen wurde. Einer der Führer dieser Gruppierung war der Nationalbolschewist Ernst Niekisch, welcher Hitler als "zu legalistisch" und "ungermanisch" kritisierte. Große Teile der Hofgeismarer gingen dann nahtlos in den NS-Staat über, während andere Jusos in den Widerstand gingen.

Burschenschaft im Hintergrund

Interessant ist die Rolle von Dr. Wolfgang Traxel bei der Wiedergründung des Hofgeismarer Kreises. Traxel, alter Herr der Burschenschaft Germania Köln, zog nach 1989 nach Leipzig. Dort war er an der Wiedergründung der Burschenschaft Wartburg-Köln-Germania-Leipzig beteiligt. Diese hatte die Zeit des Verbots in der DDR bei der Germania Köln überlebt. Traxel schrieb mehrfach in der Jungen Freiheit über den Hofgeismarer Kreis und wurde deren politischer Ziehvater. Bei dieser Verbindung wundert weder der angekündigte Vortrag von Sascha Jung, Kopf der Hofgeismarer Jusos noch das spätere Engagement von Bernhard Knapstein, ebenfalls Mitglied der Burschenschaft Germania Köln.

"Uns wesensfremde Kulturen, wie die türkische"

So steht es im 'Politischen Rundbrief', dem Mitteilungsorgan der Hofgeismarer. Die Bundesrepublik habe "keine deutschen Politiker: Denn von solchen erwarten wir, daß sie das Nationalbewußtsein und deutsche Werte wie Solidarität, Treue und Pflichterfüllung im Volke wachzurufen im Stande sind", heißt es weiter. Sie hetzen gegen Flüchtlinge, die angeblich unser Land überfremden, beschwören die "nationale Identität" und die Volksgemeinschaft. Sogar das Wort "indogermanisch" als "Rassen"-Bezeichnung führen sie wider ein. Für die rassistischen Krawalle in Rostock äußern sie Verständnis. Ihr Verbleiben in der SPD ist nur durch den Schutz einiger älterer, nationalrevolutionär orientierten Personen zu erklären.

"Mehr ein Verräter Deutschlands"

Mehr hat der Hofgeismarer Bernhard Knapstein für Willy Brandt nicht übrig. Immerhin verriet nach Knapsteins Meinung dieser mit seiner Ostpolitik die 'deutschen' Ostgebiete. Knapstein, welcher sich an die Spitze einer kleinen Personengruppe als Hofgeismarer Kreis-NRW setzte, interessierte sich schon lange für nationale Politik und für die Jusos erst, als es dort eine extrem national ausgerichtete Gruppe gab. Die richtige Zugehörigkeit blieb ihm jedoch verwehrt, die SPD lehnte sein Begehren auf Mitgliedschaft kategorisch ab. Zu offensichtlich war sein gegen die Interessen der SPD gewandtes Engagement.

1 vgl. zur Burschenschaft Germania Köln auch den Artikel zu Burschen schaften in dieser Ausgabe der Antifaschistischen NRW-Zeitung
2 vgl. Frankfurter Rundschau vom 18.4.95
3 Wilhelm von Gottberg in seiner vor der Ostpreußischen Landesvertretung, zitiert nach: Ostpreußenblatt vom 25.11.95

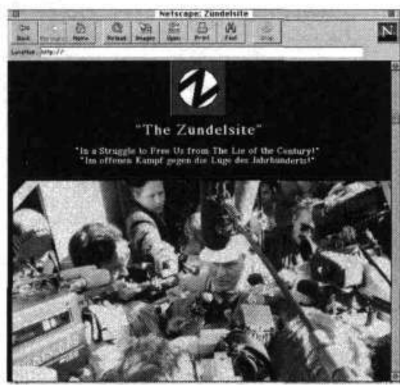
Nazis online

von Thomas Pfeiffer

Auf seiner World-Wide-Web-Seite präsentiert sich Neonazi Ernst Zündel in der Lieblingspose: Die "Zündelsite" begrüßt Netsurfer mit einem Foto des Deutsch-Kanadiers im Blickpunkt der Öffentlichkeit - umringt von Kameras und mit unzähligen Mikrofonen auf ihn gerichtet. Zündel, so verkündet ein Schriftzug auf deutsch und englisch, sieht sich "im offenen Kampf gegen die Lüge des Jahrhunderts", und damit meint er den Massenmord an den europäischen Juden. Wer es genauer wissen möchte, kann per Mausklick aus einer üblen Propaganda-Bibliothek auswählen. Darin findet sich der vollständige "Leuchter-Report", der den Holocaust pseudowissenschaftlich leugnet, oder Schriften aus dem kalifornischen "Institute for Historical Review", der Top-Adresse für Auschwitz-Leugner in Nadelstreifen.

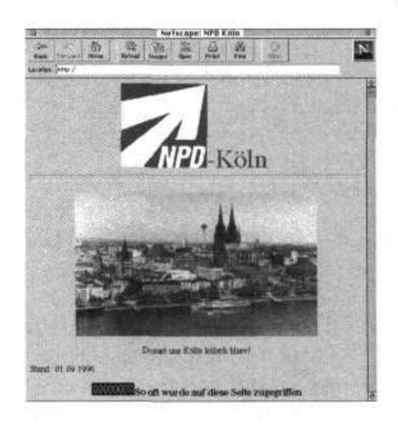
Das Ziel, seine Homepage zur Informationsbörse für alle Flügel des deutschen Rechtsextremismus zu entwickeln, hat Zündel nicht erreicht: Zu sehr spaltet der exzentrische Neonazi die Szene. Spätestens nach seinen - unter dem Pseudonym Christof Friedrich vertriebenen - esoterischen UFO-Schriften ist er für viele deutsche Ultrarechte kein ernstzunehmender Partner mehr. Texte von Ex-NPD-Chef Günter Deckert sind auf der Zündelsite dagegen regelmäßig zu lesen. Auch der Auschwitz-Leugner und ex-NPD-Bundesvorständler Udo Walendy, der auch schon vor Gericht zu Zündels Gunsten auftrat, sowie die Neonazis Oliver Bode ("Komitee zur Vorbereitung des 100. Geburtstags Adolf Hitlers") und Christian Worch ("Nationale Liste" Hamburg) haben sich auf der WWW-Seite des Deutsch-Kanadiers zu Wort gemeldet.

Über mangelndes Interesse in Amerika kann Zündel nicht klagen. Auf Anfrage teilte seine Mitarbeiterin Ingrid Rimland mit, die "Zündelsite" habe zwischen 300 und 400 Lesern täglich, davon seien die meisten Nordamerikaner - schätzungsweise die Hälfte Studierende, vor allem der Fächer Jura, Geschichte und Journalismus. "Ohne das Internet", schwärmt Frau Rimland, "könnten wir niemals so viele junge Menschen für unsere Theorien und Ideen interessieren. Es ist billig, schnell und sauber. Wir lieben es."



Deutsche Rechtsextremisten gehen online

Seit dem Frühjahr dieses Jahres und verstärkt in den vergangenen Wochen und Monaten bauen immer mehr Rechtsextremisten in Deutschland eigene Web-Angebote auf. Zur Zeit sind deren Homepages noch nicht sehr umfangreich, in der Regel bestehen sie aus einer Selbstdarstellung, einigen wenigen grundlegenden Texten, Adressen und Verbindungen (Links) zu gleichgelagerten Seiten. Überwiegend sind sie mit weniger graphischen Finessen ausgestattet und mit weniger Sachverstand programmiert, als es bei nordamerikanischen Neonazi-Seiten der Fall ist. Im Internet tummeln sich die "Republikaner" mit mehreren Landesverbänden, die NPD und die "Jungen Nationaldemokraten" (JN). Vertreten ist der rechtsextremistische "Michael Prümmer Buchdienst" ebenso wie der esoterische "San Casciano Verlag", der nicht nur eine lange Literaturliste über den Schriftsteller und Hitlerverehrer Julius Evola anzubieten hat, sondern auch eine Direktverbindung zum virtuellen "Arno Breker Sculpture Garden". Auch Personen und Gruppen aus dem Scharnierspektrum zwischen Rechtsextremismus und etablierter Politik fühlen sich im Cyberspace wohl, wie der ex-grüne Nationalist Alfred Mechtersheimer und die Herren vom "Konservativen Gesprächskreis Hannover", einem Lesezirkel der "Jungen Freiheit" (JF). Die JF erscheint seit neuestem auch als dürftige Online-Ausgabe.



Eine Internet-Filiale hat auch der neonazistische Mailbox-Verbund "Thule-Netz" aufgemacht. Die Thule-Macher, die überwiegend im Umfeld der JN zu Hause sind und die ihre Boxen "Widerstand", "Propaganda", "Dissident" oder "Germania" nennen, pflegen seit mindestens anderthalb Jahren Computer-Kontakte zu gewaltbereiten Rassisten in den USA. Die "Stormfront"-Page - die Homepage des ex-"Ku Klux Klan"-Funktionärs Don Black in Florida - hat im vergangenen Jahr eine kleine Internet-Bibliothek mit deutschsprachigen Texten eröffnet. Die Schriften stammen aus der Zeitschrift "Vorderste Front", dem Organ des "Nationaldemokratischen Hochschulbundes", und sind dem "Stormfront"-Betreiber aus Thule-Kreisen zugespielt worden. Don Black dankte artig: Er nahm einen Werbehinweis auf das deutsche Nazi-Netz in seine Homepage auf. Das Thule-Netz macht mit einer zentralen Homepage im Internet auf sich aufmerksam, über die jeder und jede online den Aufnahmeantrag zum Netz stellen kann. Außerdem umfaßt die Seite eine Darstellung des Kasseler Thule-Seminars um Pierre Krebs, dem sich das Netz verbunden fühlt. Abrufen läßt sich auf der Thule-Seite auch ein selten blöder Aufkleber, der vier Gesichter von Frauen aus verschiedenen Kontinenten zeigt, versehen mit dem Schriftzug "Rasse ist Klasse". Darüber hinaus haben mehrere Thule-Boxen separate WWW-Seiten aufgebaut.

Rechtliche Sondersituation des Internets

Zündel gehörte nicht nur zu den ersten deutschsprachigen Neonazis, die sich die weltumspannenden Datenfernübertragungs-Technik zu Nutze gemacht haben, wie kein zweiter nutzt er auch die rechtliche Sondersituation des Internets. Von Toronto aus versorgt er den computerversierten Teil der deutschen Szene mit Material, das in Deutschland verboten, über das Internet aber jederzeit zugänglich ist. Zwar läuft gegen Zündel ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Mannheim wegen Volksverhetzung - darunter fällt auch die Leugnung des Holocausts - doch vor dem Urteil braucht ihm im fernen Kanada nicht bange zu sein. Zwar könnten ihn deutsche Gerichte in Abwesenheit zu maximal einem Jahr Haftstrafe verurteilen, solange er aber die Bundesrepublik nicht betritt, hätte das Urteil keine Konsequenzen. Anders sieht es bei deutschen

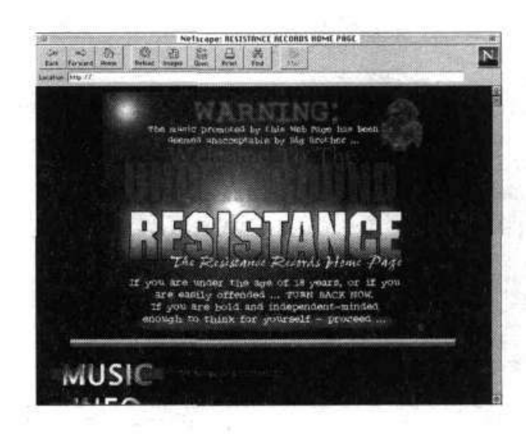
Cybernazis aus: Im Juli wurde in Dortmund das erste Urteil gegen rechtsextremistische Internet-Propaganda aus Deutschland bekannt: Das Amtsgericht verurteilte einen 26jährigen Studenten zu einer Geldstrafe von 1.500 Mark, weil er antisemitische Sprüche in ein virtuelles Diskussionsforum (Newsgroup) eingespeist hatte.
Die "Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften", die dem Familienministerium angegliedert ist, hat die "Zündelsite" Ende September indiziert. Jetzt müssen Internet-Provider dafür sorgen, daß die Seite für Kinder und Jugendliche nicht zugänglich ist. Wie das genau gehen soll, weiß die Bonner Behörde nicht zu sagen. Für die praktische Umsetzung der Indizierung sei sie nicht zuständig. Wirksam sperren lassen sich WWW-Seiten kaum. Der Online-Dienst der Telekom "T-Online" sperrte im Februar 1996 den Zugang zum US-Provider "Webcom", der neben der "Zündelsite" etwa 1.500 weitere Angebote ans Internet anschließt. Dutzende US-amerikanischer Internet-Benutzer sahen darin einen Akt der Zensur, kopierten Zündels Materialien in ihre Accounts und schon war die Propaganda auch für "T-Online"-Kunden wieder zugänglich. Den Indizierungsbescheid aus Bonn hat Zündel umgehend und nicht ohne Stolz auf seiner Seite veröffentlicht und angekündigt, er wolle rechtlich dagegen vorgehen. Damit beauftragt hat er den Hamburger Rechtsaußen-Anwalt Jürgen Rieger.

Vorreiter: Neonazis in USA

Wie Zündel sind nordamerikanische Neonazis schon länger als die deutschen im Cyberspace aktiv. Gruppen im Dunstkreis des Ku Klux Klans - vor allem die "Knights of the Ku Klux Klan" (KKKK) - gehörten zu den Vorreitern. Nach einem Bericht der Menschenrechtsorganisation "Anti-Defamation League" sind im Internet altbekannte Rechtsextremisten aufgetaucht; als Net-Propagandisten haben sich aber auch Personen hervorgetan, die vorher noch nicht im Zusammenhang mit Neonazi-Aktivitäten in Erscheinung getreten sind. Einer von ihnen ist der Student Reuben Logsdon, der Verfasser der "Aryan Crusader's Library".

> Anfang der 80er Jahre haben Neonazis in den USA und in Kanada begonnen, sich mit Hilfe von Mailboxen zu vernetzen. Anhänger des rassistischen Ku Klux Klans richteten das "Aryan Liberty Net", später das Netz der "White Aryan Resistance" (W.A.R.) ein. Als erste neonazistische Seite im World Wide Web gilt die "Stormfront Page" aus Florida, die im Mai 1995 ans Netz ging und über einen deutschsprachigen Teil sowie eine Verbindung (Hyperlink) zur Web-Seite des deutsch-kanadischen Neonazis Ernst Zündel verfügt. Seit dem Frühjahr 1996 ist eine Reihe deutscher Neonazis und anderer Rechtsextremisten im Internet vertreten.

Don Blacks "Stormfront"-Page und die mit ihr durch Links verknüpften Seiten zeigen die Bandbreite ultrarechter Propaganda im Internet: Stormfront umfaßt eine Grafik-Bibliothek, die NS-Symbole für alle Gelegenheiten enthält (SS-Runen, Hakenkreuze, Totenköpfe); die Seite bietet äußerst plumpe rassistische Texte an und ruft zu Spenden für militante südafrikanische Rassisten auf. Verbindungen bestehen zur Homepage von David Duke - ex-"Great Dragon" bei den KKKK -, der sich mittlerweile als rechtspopulistischer Politiker im US-Bundesstaat Louisiana positioniert hat. Im Präsidentschaftsvorwahlkampf hat Stormfront den erzkonservativen Pat Buchanan unterstützt und einen Link zu dessen Homepage eingefügt. Buchanan, so schrieb Don Black, sei in der Lage, einen Politikwechsel nach rechts in den USA herbeizuführen und so den Weg für radikalere Positionen zu ebnen.
Eine Vielzahl von Gruppen propagiert im Internet Rassismus - insbesondere Antisemitismus -, der sich auf ein eigentümliches Bibelverständnis stützt. Dazu gehören die "Aryan Nations", die sich auch "The Church of Jesus Christ Christian" nennen und deren Anführer Richard Butler sich auf der Homepage der Organisation beim Hitlergruß zeigt. Zum Rechtsextremismus im religiösen Mantel zählt auch die Seite "Christian Identity Online" des selbsternannten "Reverend" Ron Schoedel. Wie Propaganda und Kommerz Hand in Hand gehen können, demonstriert die Seite der "Resistance Records" des Skinheads George Burdi, der sich hier Eric Hawthorne nennt. Burdi ist Leadsänger der Band RAHOWA ("Racial Holy War"). Von seiner Seite aus können CDs seiner Band und anderer Nazi-Skin-Bands per Mausklick - unter Angabe der Kreditkartennummer - geordert werden. Kaum jemand tritt im Internet so aggressiv auf wie Ober-Skinhead Tom Metzger und seine Organisation W.A.R. (White Aryan Resistance). Eine Karikatur auf seiner Seite stellt Juden als Spinnen dar, die ein blonder Jüngling freudig mit Insektiziden vernichtet.



Alte Kontakte fester geknüpft

Der Austausch zwischen den Seiten deutscher Rechtsextremisten und denen ihrer Gleichgesinnten in anderen Teilen der Welt erscheint zur Zeit eher gering. Das Internet hat internationale Kommunikation auch für Rechtsextremisten leichter gemacht als je zuvor. Offenbar hat es bisher aber im wesentlichen dazu geführt, daß bereits bestehende Kontakte gefestigt wurden und weniger dazu, daß neue aufgebaut wurden. Mit der computergestützten Kommunikation hat sich die Szene eine neue, zukunftsträchtige Kommunikationsform erschlossen, die auf absehbare Zeit wohl keine bestehenden Medien - auch nicht die "Nationalen Info-Telefone" - verdrängen wird. Eines hat sich allerdings grundlegend verändert: Daß rechtsextremistische Propaganda, die im Ausland nicht verboten ist, von dort aus auch nach Deutschland gelangt, läßt sich im Zeitalter der Datenfernübertragung kaum noch verhindern.





Schwarze, wallende Kleider, weißgeschminkte Gesichter, hochgestilte Haare, so tauchten Mitte der 80er die ersten "Gruftis" oder Dark-WaverInnen auf. The Cure, Anne Clark oder New Model Army waren die Vorreiter dieses Musikstils. Heute hat sich die "Scene" weiterentwickelt, die ca. 100.000 AnhängerInnen fallen weniger durch ihr Outfit auf, aber immer noch sind Mystik, Romantik, Todessehnsucht Bestandteile dieser Scene.
Als "Zillo", das mit 70.000 Exemplaren auflagenstärkste Blatt der "schwarzen Scene", im Februar 1996 eine Anzeige der rechtsradikalen Jungen Freiheit abdruckte, glaubten viele an einen Ausrutscher des Herausgebers Rainer Ettler. Schätzen sich die AnhängerInnen der Scene doch selbst zumeist als unpolitisch oder eher links ein. Bei genauerem Hinsehen entpuppte sich die Anzeige nur als die Spitze des Eisbergs, oder besser gesagt, als Ausdruck einer rechten Strömung innerhalb der Scene, welche von Teilen der sog. "Neuen Rechten" gefördert wird. Im folgenden Artikel werden wir einige Organisationen und Personen nennen, welche zur rechten Dark-Wave Scene gehören bzw. von rechts versuchen diese zu politisieren. Wir wollen aber auch auf einige inhaltliche Punkte aufmerksam machen, welche die Scene für solche rechte Ideologie empfänglich macht.



Jenseits von Mob und Vermassung

Innerhalb der Scene hat sich eine Strömung herausgebildet, welche die scenetypischen Fragmente wie Mystik, Tod, Identität oder das Thema Blut in völkischer bis rechtsextremer Weise präsentieren. Es sind die Bands wie Forthcoming Fire, Death in June (DiJ) und Allerseelen, welche mit ihren Liedtexten und Interviews aus der Scene heraus diese nach rechts drängen. Da tritt DiJ, deren Namen sich auf den Todesmonat von Ernst Röhm bezieht, in SS-Uniformen auf, als Bandsymbol dient, wie auch bei der SS der Totenkopf. Da glaubt Josef W. M. Klumb, Sänger von Forthcoming Fire, in einem Interview mit der Jungen Freiheit an "die Reinheit und den Lichtgehalt dieser geschändete Nation" Deutschland. Geschändet durch die Alliierten, welche am 8. Mai 1945 nicht die Befreiung vom Faschismus brachten, sondern, wie Klumb meint, "eine Eroberung, eine Unterwerfung und eine Unterdrückung des Geistes". Er jedoch will in einem "Bewußtseinssturm" das Volk wieder zusammenschweißen zu einem "Geheimen Deutschland". Dabei beruft es sich auf völkisch/romantische Ideologen wie Stefan George. Wie einige andere auch, knüpft Kadmon, Kopf der Wiener Band Allerseelen, an der Mystik der SS an. Das Cover seiner CD ist das zwölfarmige Sonnenrad, wie es als Bodenmosaik in der Wewelsburg bei Paderborn eingelassen ist. Die Wewelsburg war von Heinrich Himmler als okultes Machtzentrum für die SS geplant worden. Für ein Konzert von Allerseelen in Dresden wurde mit einem Bild der Wewelsburg geworben, veranstaltet wurde das Konzert von einem Ahnenerbe Kulturzirkel. Das Ahnenerbe war im Nationalsozialismus die Forschungsorganisation der SS. Neben Germanentümelei wurden hier für "Forschungszwecke" Menschen vergast und bei Versuchen zu Tode gequält. Daran knüpfen also die rechten Teile der Szene an.

Revolte gegen die moderne Welt.

SS-Mystik und Bezug auf den Nationalsozialismus sind jedoch nicht die verbindenden Bezüge, viel wichtiger ist die Ablehnung der "Moderne". Hier ist nicht die Ablehnung von Ausbeutung und Umweltzerstörung gemeint, sondern die der Aufklärung, also Werten, wie Freiheit, Gleichheit und eine Brüder/Schwesterlichkeit, welche nicht an Landes- oder angeblichen Volksgrenzen endet. Auch hier wird an Denker und Ideologen des Faschismus angeknüpft. So z.B. an dem italienischen Mussoliniberater Julius Evola, welcher in seinem Buch "Revolte gegen die moderne Welt" die Herrschaft einer spirituell und mystisch erleuchteten Elite propagiert. Hier werden Sehnsüchte und berechtigte Kritik an den Zuständen in dieser Gesellschaft benutzt, um antidemokratische bis faschistisches Ideengut zu verbreiten.

Die Rolle der "Neuen Rechten"

Die sogenannte "Neuen Rechten" versucht die alten rechten Inhalte in neuen Verpackungen zu präsentieren, in denen sie nicht gleich als rechts bzw. faschistisch zu erkennen sind. Ihnen geht es nicht zuerst um Wahlen oder andere direkte Einflußnahmen auf die Politik, sondern darum, rechtes Gedankengut in die Köpfe der Menschen zu bringen. Dabei greifen sie zurück auf eine Strategie, welche von dem Kommunisten Antonio Gramsci in den 30er Jahren entwickelt wurde. Diese Strategie der "Metapolitik" und der "kulturellen Hegemonie" besagt, daß sich die Macht in einem Staat nicht allein in der Regierung und der militärischen Macht ausdrückt, sondern daß sie in den Köpfen und den Gedanken der Menschen anfängt. Und daß dieses Denken nicht nur durch Wahlkämpfe und politische Reden, sondern vielmehr auch durch den kulturellen Bereich und die allgemeinen Erfahrungen auf der Straße gebildet wird. Diese Strategie, also die Agitation im sog. "vorpolitischen" Bereich, griff die "Neue Rechte" auf und versucht so breiteren Einfluß zu erlangen und ihr Gedankengut weiter zu verbreiten. Wohl aktivste Organisation bei dieser Erneuerung der Rechten war das Thule-Seminar aus Kassel, in dessen erlesenem Kreis auch ein gewisser Peter Boßdorf Mitglied war oder ist.

Peter Boßdorf

Heute ist der Bonner Peter Boßdorf ständiger Mitarbeiter bei Zillo und schreibt gleichzeitig als freier Mitarbeiter Artikel, vor allem im Musikbereich, für die Junge Freiheit. Zwar beteuert Boßdorf, daß sein Wirken im Musikbereich "nicht politischer Art" sei und es "ein Zeichen totalitären Denkens (sei), wenn man die Gesellschaft und so auch die Musikszene durchgängig politisieren will", betrachtet man jedoch seinen Lebenslauf, erscheint dies absolut unglaubwürdig.
Peter Boßdorf, Jg. 62, engagierte sich als Jugendlicher in der Schüler- und Studentenunion Ostpreußen, übernimmt später Funktionen im Ostpolitischen Deutschen Studentenverband (ODS), der offiziellen Studentenvertretung der Vertriebenen. Dort wird er 1981 stellv. Vorsitzender, was er auch über dessen Umbenennung in gesamtdeutscher Studentenverband (GDS) bis 1989 bleibt. Erste journalistische Erfahrung sammelt er als

verantwortlicher Herausgeber der Jugendzeitung des ODS "Aktion". Seit 1980 ist er Autor der "Mitteilungen - VDA, Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen in Ausland e.V." des VDA- NRW. Noch 1992 war er hier tätig. 1985 wird er Mitglied im Witikobund, einem elitären Hardliner Braintrust der Sudetendeutschen, 1992 ist er Mitglied im Thule Seminar, parteipolitisch engagiert er sich für die REP´s. 1991 wird er Wirtschaftsredakteur der JF, seit 1993 schreibt er in der JF die Kolumne "Neue Geräusche des Jahres".(1)
Es ist wohl eher politische Strategie, das Boßdorf im Musikbereich tätig ist, als "Zufall". Dies bestätigte auch Gerlinde Gronow. Diese kam über ihr Interesse an Dark-Wave zur Jungen Freiheit und bezeichnet es als Strategie der JF, daß sie so viel über die Dark-Wavescene berichtet, und versucht diesen Bereich ideologisch von rechts zu beeinflussen. Daß Peter Boßdorf weiterhin für Zillo schreibt, ist eigentlich schon ein Skandal an sich. An verschiedenen Punkten fassen Rechte in der Dark-Wave Szene Fuß. Zwei Beispiele werden sollen hier vorgestellt sein.

Vom Skinhead Rechtsrock zum Darkwave-Label

Seit Jahren ist der Plattenladen "Take Off Music" AntifaschistInnen bekannt, bestand sein Angebot doch nicht nur aus seltenen Independent Platten, sondern zu einem großen Teil aus Nazi-Rock. Neben Platten und T-Hemden der Bonehead Kultband "Screwdriver" fand sich alles was in der Scene einen Namen hatte. Aber nicht nur durch Verkauf machte der Laden auf sich aufmerksam. Gute Kontakte bestanden auch zur Gütersloher Skinband "Wehrwolf", als deren Kontaktadresse der Laden im Schweizer Hammerskinfanzine "Totenkopf" noch 1992 angegeben wurde. Aber nicht nur in der Skinhead-Rechtsrockscene sind die Besitzer, welche seit 1987 auch das Label KM-Musik betreiben, aktiv. Seit einiger Zeit bildet Gothic ihr neues Standbein. Auch hier sind sie unter anderem im ganz rechten Teil der Scene aktiv. So schalteten sie z.B. Anzeigen in Scenemagazin "Sigill" aus Dresden, welches dasHärteste der Scene ist.

Der Zillo Szene Report

Im Mai 1996 widmete Zillo Take Off und dem angeschlossenen Label ganze zwei Seiten. Der Bericht, der wohl nicht zufällig gerade von Peter Boßorf verfaßt wurde, strotzt nur so vor Lobhudelei. Wobei selbstverständlich kein Wort über rechte Tendenzen oder auch nur über das früher starke Engagement für die Skinheadmusik fällt. Der Bericht kann nur als Schleichwerbung für dieses rechten Vertreters der Dark-Wave-Szene bezeichnet werden. Allerdings scheinen die Besitzer von Label und Laden dies nicht vor allem aus politischen Gründen zu tun, zumindest haben sie keine Probleme damit, auch politische eindeutig linke Bands in den Regalen zu haben, sondern sind eher auf der Suche nach Marktnischen, in denen sie sich dann allerdings ohne Rücksicht auf vertretene, auch rechtsextreme Inhalte engagieren.

Zillo die Zweite

"Und jetzt will ich von dem ganzen verdammten Thema kein Wort mehr hören". So hatte Zillo Herausgeber Rainer Ettler die Debatte über rechte Einflüsse auf die Scene und vor allem die über seinen Mitarbeiter Peter Boßdorf nach der Veröffentlichung der Anzeige der Jungen Freiheit abgewürgt. Doch damit war der Einfluß der rechten Strömungen auch im Zillo nicht beendet. In der Ausgabe Dez.96/Jan.97 findet sich eine halbseitige Werbeanzeige für eine "Riefenstahl CD Compilation". Die Veröffentlichung dieser, der Nazi Propagandaikone Leni Riefenstahl gewidmet CD, war schon seit Monaten von Werner Symanek aus Bingen angekündigt worden. Zwar wird in der Anzeige "Heliocentric Distribution, Moränenstr. in Mülheim" als Kontaktadresse genannt, aber Ettler hätte sofort klar sein müssen, daß sich dahinter Werner Symanek verbirgt, hatten doch verschiedene Labels ihren Bands die Mitarbeit an dieser Compilation untersagt und das Vorhaben Symaneks und die Tatsache, daß es sich um einen Rechtsextremisten handelt, in der Scene bekannt gemacht. Überhaupt: Warum veröffentlicht Zillo eine Anzeige in der ganz offensichtlich Leni Riefenstahl gehuldigt wird? Auch die auf den CD's vertretenen Bands lesen sich wie ein Who ist Who des rechten Teils der Scene, so finden sich Forthcoming Fire, Stregst through Joy, Death in June präsentiert sein neues Projekt namens "Kapo". Ebenfalls vertreten sind die eng mit der Zeitung Sigill verbundenen "Voxus Imp" und "Turbund Sturmwerk".

1 Alle Informationen aus H. Kellershohn (Hg.): Das Plagiat, Duisburg 1994 S. 98 zit. nach Alfred Schobert in Spex 5/96

Ein kleine Zusammenstellung der braunen Dark Wave Szene findet mensch auf der CD **„Im Blutfeuer"**.



Auf dem Sampler spielen **Blood Axis**, **Ernte**, **Sol Invictus**, **Allerseelen** und **Death in June**. Die CD ist von dem Moerser Label **„cthulhu records"** produziert worden, das von einem **Willi Stasch** und seiner Freundin Rosie betrieben wird.

Das Cover ist von Franz von Stuck 1889 gemalt worden und wird im Innenteil mit dem Spruch *"Kein Schwert der Welt kommt dem Balmung gleich. Im Blutfeuer schweißten es die Nibelungen!"* garniert.

• Das erste Lied von **Blood Axis** (Blutachse) ist eine Verfremdung eines Joy Devision Lieds. Es heißt „Walked in Line" und beginnt mit marschierenden Stiefeln, unterlegt mit einer Ansprache von Adolf Hitler. Stiefel und Ansprache begleiten den Düsterrock. Stiefel lassen das Lied ausklingen. Während Joy Division damals „They walked..." sang, heißt es hier „We walked...". Das zweite Lied "The Storm before the Calm. Part one." widmet Bandchef **Michael Moynihan** Ernst Jünger. Regenprasseln und Pianoklängen begleiten das von Morynihan vorgetragene Gedicht „Auf den Marmorklippen" , das ergänzt wird durch eine O-Ton Ansprache von Corneliu Zelea Codreanu. Corneliu Codreanu war der rumänische Faschistenführer der 20iger und Gründer der „Eisernen Garde". Das booklet weist zu dieser Band zwei Fotos auf. Eine Aufnahme von 1936 des Ludwig Nissen Hauses in Husum. Garniert mit dem Nissen-Spruch: *"Nie entschläft, wer einmal wach gelebt"*. Und eine Aufnahme von Michael Moynihan, der an dem Grab von Karl Willigut steht, dem „Rasputins Himmlers". Dieser SS-Theoretiker entwarf seinerzeit den SS-Totenkopfring. Als Kontakt für Blood Axis gibt der US-Amerikaner Moynihan seinen **„storm"-Vertrieb** in Denver an. Moynihan, Mitglied des heidnischen „wolfing" Ordens, vertreibt von hier auch seine Bücher. Z.B. das Buch „Siege", in dem er die Texte des inhaftierten US-Nazis James Mason veröffentlicht, der sich auf den Satanisten Charles Manson bezieht und damit eine Debatte auch in Resistance(nr.5) auslöste. Moynihans Label arbeitet eng mit „cthulhu records" aus Moers zusammen.

• **Ernte** gibt ein vertontes „Blut und Boden" Gedicht zum Besten. Das Gedicht mit angeblich unbekannten Ursprungs wird von **Willi Stach** und seiner Freundin Rosie zum Besten gegeben, die auch in „Mental Measuretech" zusammen spielen . Tony Wakeford, Kopf der Band SOL INVICTUS griff für die beiden begleitend zur Klampfe. Neben Betreiber eines Labels und Sänger blutig völkischer Weisen, ist W. Stasch auch permanter Mitarbeiter des rechten Dark Wave Magazins **„Sigill"**.

• **Sol Invictus** gibt auf der CD einen Remake von John Cale wieder. Einen Text über Hedda Gabler und ihr Verhältnis zu Adolf Hitler. **Tony Wakeford** spielte früher bei Death in June. In der Zillo 8/93 gibt er in einem Interview zum Besten:*„Ich unterstütze weder Faschismus noch eine andere Art von Gemeinschaftsdenken. ... Die Gemeinschaft ist nur ein Alibi der Schwachen und Dummen."*

• **Allerseelen**, das Wiener Ein Mann-Projekt gibt das Stück „Santa Sangre" wieder, daß sich auf den gleichnamigen Film von Alejandro Jodorowsky bezieht. **G. Petak** garniert das Ganze im booklet mit einem Spruch von Ernst Jünger aus „Feuer und Blut":*"Hier redet das Leben selbst, und der Urgrund des roten Blutes zaubert seine bunten Bilder"*. Petak, der auch die Schriftenreihe „Aorta" vertreibt, läßt sich bei Auftritten von Willi Stasch und Rosie begleiten.

• **Death in June** ist wohl die bekannteste Band der CD. Sie steuert der CD „My black diaries" bei. Auf ihrer Kroatientournee Anfang der 90iger Jahre besuchte Bandleader **Douglas Pearce** das Hauptquartier der HOS. Die **HOS** ist die Miliz der faschistischen Partei HSP, die für viele der „Ethnischen Säuberungen" im Balkankrieg verantwortlich ist und bei der sich europaweit die Nazis ihre Söldnerausbildung organisieren. Ihre CD „Live in Zagreb" vertreibt der wohl wichtigste Dark Wave Vertrieb der BRD: DISCORDIA, aus Willich. Discordia vertreibt auch Produkte von „cthulhu records".

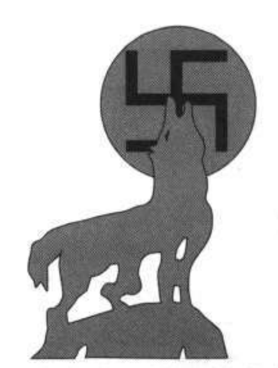
Das Aufleben des türkischen Nationalismus

Die 1969 vom Ex-Oberst Alparslan Türkes gegründete "Partei der Nationalen Bewegung" (MHP; Milliyetci Halk Partisi), die aus der CKMP (Republikanische Bauern- und Nationalpartei) hervorging, ist nicht nur ideologisch mit dem deutschen Faschismus verwandt: A. Türkes, der immer noch amtierende Vorsitzende der faschistischen MHP, gehörte schon während des Zweiten Weltkrieges zu den V-Männern Hitlers. Die Beziehung zu deutschen rechten- und rechtsextremistischen Parteien und Organisationen ging auch nach dem Kriege weiter. Türkes pflegte enge Kontakte zu F.J. Strauß, Michael Kühnen,... So geht aus einem Artikel von Michael Kühnen (aus Altenaer Echo) hervor: "Wir haben zu ihnen im In- und Ausland gute Kontakte. Wir kennen die Grauen Wölfe und haben Achtung vor ihnen. Wir sympathisieren mit ihren Zielen..."

Neues Image, alte Ideologie

Sowohl die MHP als auch ihre Jugendorganisation "Graue Wölfe", (Bozkurtlar) waren in den 60er und 70er Jahren eine Arm der US- und BRD-Imperialisten und verantwortlich für Tausende von Morde an linken Studenten, Gewerkschaftern, Journalisten, Politikern etc. Durch Strassenterror, Massaker und Provokationen mordeten die "Grauen Wölfe" von 1974 bis zum Militärputsch von 1980 mehr als 5.000 Menschen. Der von ihnen inszenierte Terror sollte nicht nur die Linken einschüchtern, sondern auch die Voraussetzung für den Militärputsch vom September 1980 schaffen. Die sich etablierende Militärjunta konnte den Putsch als Akt zur Schaffung von „Ruhe und Ordnung" verkaufen.Von den neuen Machthabern wurde Türkes für einige Zeit in Haft genommen (bis 1985), und wie alle anderen Parteien wurde auch seine Partei verboten. Damit wollten die Militärs zeigen, daß sie gegen den "Terror von links und rechts" gleichermaßen vorgehen.

Als die Militärs im Jahre 1983 wieder Parteien zuließen, wurde die "Konservative Partei" (MP;Muhafazakar Parti) als Nachfolgerin der MHP gegründet. 1985 wurde diese Partei in die "Nationale Arbeitspartei" (MCP-Milliyetçi Çalisma Partisi) umbenannt. Bis 1987 kam sie jedoch nicht über 3%. Ab 1987 wollten die jungen Kader die Partei Islamisieren. Bekannte Islamisten wie Mehmet Pamuk und Abdulkerim Dogru wurden in den Parteivorstand gewählt. Dies führte mit der Zeit zu internen ideologischen Auseinandersetzungen. Sie kam jedoch durch die Betonung des Islams bei den Regionalwahlen 1989 auf 4,1%. 1992 hat sich der islamisch-fundamentalistische Flügel die MCP verlassen und gründete die "Große Einheitspartei" (BBP-Büyük Birlik Partisi). Bei den Wahlen von 1992 ging die MCP ein Bündnis mit der "Refah-Partei" ein und kam mit 19 Abgeordneten ins Parlament. Anfang 1993 hat die Partei wieder



ihren alten Namen MHP erhalten. Obwohl sie bei den Wahlen vom Dezember 1995 an der 10 % - Hürde scheiterte, erhielt sie mit 8,2 % das höchste Wahlergebnis ihrer Geschichte. Die BBP ging ein Bündnis mit der ANAP ein, und ist seit den letzten Wahlen im türkischem Parlament vertreten.

Anfang der 90er Jahre formierte sich die faschistische Bewegung der Türkei neu. Hierzu ging sie eine "Versöhnung" mit dem Staat ein. Türkes meint dazu: "Zu solch einem historischen Zeitpunkt, in dem die territoriale Integrität des Landes gefährdet ist, darf kein wahrer Nationalist im Streit mit seinem Staat sein." (T.Bora/K.Can). Türkes wurde von offizieller Seite zum Garant der "nationalen Einheit" erhoben, da er die aggressivste Politik gegen die kurdische Freiheitsbewegung vertritt, und der Staat in dieser Frage ausweglos scheint. In dieser Hinsicht gingen die bisherigen Koalitionsregierungen eine inoffizielle Koalition mit der MHP ein. Da sich die Angehörigen der Konterguerilla bzw. "Spezialarmee" fast

ausschließlich aus den Reihen der MHP rekrutiert, fühlt sich das reaktionäre türkische Regime abhängig von der faschistischen Bewegung. Schließlich beträgt die Zahl der Angehörigen der "Spezialarmee" inzwischen weit über 50.000. Neben dem Militärapparat ist heute auch der Staats- und Polizeiapparat voll mit MHP-Angehörigen aufgestockt.
In einer Wahlanalyse vom 27. Dezember 1995 macht die türkische Tageszeitung "Hürriyet" die Bedeutung der MHP für das türkische Regime deutlich: "Daß die MHP nicht mehr im Parlament vertreten ist, bedeutet nicht das Ende dieser Partei. Solange der Terror anhält, wird auch ihre Mission weitergehen."
Daß die Türkei weder jetzt noch in Zukunft wirtschaftlich und militärisch in der Lage sein wird, eine Großmacht im Sinne der MHP zu werden, ist auch den Funktionären dieser Partei klar. Die wahre Aufgabe der MHP - wie alle faschistoiden Parteien und Organisationen auch - besteht darin, Handlanger für das In- und ausländische Großkapital zu sein. Genau wie in der Vergangenheit versucht die MHP auch heute mit Mord und Einschüchterungen die demokratische linke Oppositionen der Türkei und Kurdistans im In- und Ausland zum Schweigen zu bringen. Sie ist die Schaltstelle für den Terror. Jedes Mal, wenn die Situation für die Herrschenden brenzlig wird, steht die MHP bereit, mit "bewährten Methoden" wieder Ordnung und Ruhe zu schaffen.

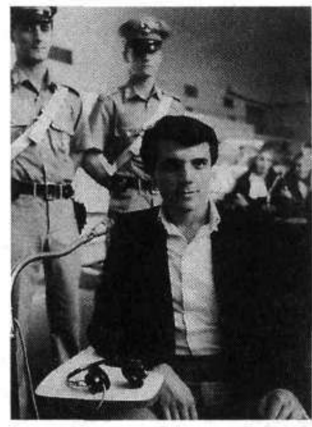
MHP, Staat, Mafia - Hand in Hand

Am 3. November 1996 kam es bei Susurluk, 300 Kilometer südlich von Istanbul zu einem "einfachen" Verkehrsunfall, der die Verfilzung zwischen "MHP, Mafia und Politik" ans Tageslicht brachte. Aus einem Lastwagen, der mit einem Mercedes kollodierte, kamen drei von vier Insassen ums Leben.



Hier funktionierte die eingebaute Vorfahrt für die Herren und Damen aus Politik, Mafia und Polizei nicht.

Bei dem Unfall starben der ehemalige stellvertretende Polizeichef von Istanbul, Hüseyin Kocadag, die Schönheitskönigin Gonca Uz und der von Interpol gesuchte Mafiaboß und ehemalige Militante der "Grauen Wölfe", Abdullah Çatli, der u.a. 1978 wegen des Mordes an sieben linken Studenten in Ankara angeklagt war. 1979 befreite Çatli den späteren Attentäter von Papst Johannes Paul II., Mehmet Ali Agca, aus einem Istanbuler Militärgefängnis. 1982 wurde Çatli in Zürich festgenommen und nach Italien ausgeliefert, jedoch bald wieder - wegen mangelnder Beweise - auf freiem Fuß gesetzt. In den folgenden Jahren stand er auf der roten Fahndungsliste von Interpol. Als einziger Überlebender wurde schwerverletzt der Abgeordnete Sedat Bucak von der "Partei des Rechten Weges" (DYP) geborgen, der seit 1978 mit mehreren zehntausend sogenannten "Dorfschützern" einen unerbittlichen Krieg gegen die kurdische Nationalbewegung führt. Diese werden vom türkischen Staat bewaffnet und bezahlt, um gegen die PKK zu kämpfen.
Aus dem Unfallwagen kamen vier Pistolen, zwei Maschinengewehre, Schalldämpfer, Abhörgeräte und Nummernschilder zutage. Außerdem stellte sich heraus, daß Çatli im Besitz eines gültigen speziellen Polizeiausweises, eines Diplomatenpasses eines Führer- und eines Waffenscheines war, die auf den Tarnnamen Mehmet Özbay ausgestellten waren. Beweismittel belegten, daß der Polizeiausweis und der Diplomatenpaß auf Anordnung des Innenministers, Mehmet Agar, (ehemaliger oberster Polizeipräsident der Türkei) ausgestellt wurden. Als sich Agar schließlich in widersprüchliche Kommentare verstrickte, trat er fünf Tage nach dem Unfall zurück.



MHP-Kader und Mafia-Kliller: Abdullah Çatli von Interpol seit 17 Jahren „vergeblich“ gesucht

Inzwischen kamen auch Berichte des türkischen Geheimdienstes (MIT) zutage, die die Existenz einer geheimen Zusammenarbeit zwischen Mehmet Agar, Mafiosen und "Grauen Wölfen" sowie der Außenministerin Tansu Çiller belegen. In diesen Berichten heißt es u.a., Agar spielte bei der Gründung einer Geheimorganisation zur Bekämpfung von militanten linken Organisationen (PKK, Dev Sol,...) eine Schlüsselrolle. Diese Geheimorganisation arbeitet mit Mafiamethoden, lasse durch ehemalige "Graue Wölfe", denen man neue Identitäten besorge, Attentate verüben und sei Agar unterstellt. Diese Organisation betreibe auch internationale Waffenhandel und Droggenschmuggel.
Agar erklärte inzwischen, daß die von ihnen gegründete geheime Organisation bis heute mehr als 1000 Operationen durchgeführt hätte, und im Falle der Enthüllungen dieser Operationen der Staat zusammenbrechen würde.

Das türkische Regime hat die Politik der MHP übernommen

Insbesondere seit Anfang der 90er Jahre hat das türkische Regime seine ohnehin praktizierte rassistische Ideologie ans Tageslicht gebracht. Das "Institut für Türkische Normen" (TSE-Türk Standartlari Enstitüsü) hat 1994 unter dem Titel "Türken und Türkentum" ein Buch veröffentlicht, in dem die physischen und gesellschaftlichen Eigenschaften (Normen) der TürkInnen definiert werden. Um ein "waschechter Türke" zu sein, muß man folgende charakteristische Merkmale hervorbringen: "türkisch sprechen; Moslem sein; gegen Separatisten kämpfen; die türkische Fahne, die türkische Nation und den türkischen Staat als eigene zählen; nach türkischer Erziehung und Brauch leben,.."
Außerdem werden in diesem Buch die physischen Merkmale eines Türken beschrieben: "Die Haut ist weiß (leicht zuggelb), mittelgroß, kurze Schädel, schwarze Haare, schwarze Augen (aber nicht Schlitz wie bei den Mongolen), die Nase ist normal (aber nicht stumpf), normale Schulterbreite, Gesicht länglich (oval), die Backenknochen leicht vorstehend, dicke Lippen und kurzer Hals."
In weiteren Passagen werden in der Türkei lebenden Minderheiten, vor allem Kurden und Armenier diskriminiert und als Diebe bezeichnet und der Militarismus verherrlicht: "Türken, Militär und Kriege bilden eine untrennbare Einheit", heißt es in dem Buch.
Das Türkische Regime vertritt heute wahrscheinlich als einziges Regime auf der Welt offen die klassische Rassentheorie. Dieses Buch wurde von offizieller Seite ("Kommission für Unterricht und Erziehung") als "sehr wissenschaftlich" gepriesen und als Lehrmaterial für Schulen empfohlen.
Daß in der Türkei von offizieller Seite offene rassistische Propaganda betrieben kann, liegt in der Tatsache begründet, daß in (fast) allen im Türkischen Parlament vertretenen Parteien einen starken rechtsextremistischen Flügel (Refah, Anap, DYP) gibt, deren Mitglieder in den 70er

Jahren MHP-Aktivisten waren. Dazu sagt Türkes: "Die MHP hat sehr viele politische Persönlichkeiten hervorgebracht. Da die anderen Parteien Angst vor uns haben, nehmen sie unsere Leute in ihre Parteien auf. Wenn sie uns ärgern sollten, werden wir unsere Leute einfach zurücknehmen" (Milliyet, 11.11.95).
Egal wo auch immer eine Veranstaltung der MHP stattfindet, dürfen die offiziellen Vertreter des türkischen Staates nicht fehlen: So nahm z.B. an der Jahreshauptversammlung der "Türk-Föderation" (Auslandsorganisation der MHP) in Sindelfingen, auch der damalige türkische Botschafter Onur Öymen als Ehrengast teil, damalige Ministerpräsidentin Tansu Çiller schickte Glückwünsche. Als im August 1995 Türkes sein 30. Jahr in der Politik in Ankara feierte, waren als Gäste u.a. anwesend Çiller und der Vorsitzende der ANAP, Mesut Yilmaz. Yilmaz hat in seiner Rede darauf hingewiesen, daß doch Türkes in seinem politischen Leben für seine Überzeugung sehr viel Unrecht erleiden mußte. Çiller sagte: "Türkes hat in meinem demokratischen Leben eine wichtige Rolle gespielt. Türkes trägt die Qualität eines Staatsmannes, der die nationalen Interessen stets über andere Interessen gehalten hat" (Türkiye, 3.8.95).
Auch an der Jahreshauptversammlung der "Türk-Föderation" Anfang Oktober 1996 in Essen war der Türkische Botschafter Volkan Vural und der Essener Generalkonsul als Ehrengäste anwesend.

Türkische FaschistInnen in der BRD

In den letzten Jahren ist eine verstärkte Aktivität der faschistischen MHP auch im Ausland, und hier insbesondere in der BRD zu verzeichnen. Immer offener können die "Grauen Wölfe" und ihr nahestehenden zahlreichen Tarnvereine ihr Unwesen treiben. Trotz zahlreicher Gewalttaten wird nichts gegen sie unternommen. Getarnt als Kulturvereine erhalten sie sogar massive staatliche Unterstützung. Die Einflüsse der Islamisten und Nationalisten auch in den Ausländerbeiräten sind seit den letzten Wahlen vom Frühjahr 95, besonders in Nordrhein-Westfalen, sehr groß. Sie erhielten bis zu 60 Prozent der Wählerstimmen. Es waren vor allem die "Grauen Wölfe" und die "Milli Görüs" (AMGT), die stärkeren Einfluß auf die Ausländerbeiratswahlen nahmen. Der Einfluß der türkischen Rechtsradikalen insbesondere auf die Jugendlichen ist enorm groß. Die MHP und ihre nahestehenden Vereine versuchen hier aufgewachsene „türkische“ Jugendliche mit türkischen Nationalismus und Militarismus, sowie dem Traum von einem Großtürkischen Reich zu begeistern. Immer wieder werden Linke, Türken wie Kurden, von den faschistischen "Grauen Wölfe" bedroht, brutal angegriffen oder sogar getötet. So gehen z.B. die Ermordung des Kurden Seyfettin Kalan in Neumünster im September 95 oder der brutale Angriff auf den Direktor des kurdischen Fernsehens MED-TV im November 96 in Duisburg auf das Konto der MHP.
Ungeachtet der Tatsache, daß bisher unzählige Ausländer, darunter viele TürkInnen - wie die fünf türkische Frauen in Solingen - Opfer von deutschen Faschisten wurden, wird die türkische Übersetzung von Hitlers "Mein Kampf" durch die türkischen Nazis verbreitet. Die türkischen Rechtsextremisten glauben, daß sie in der Bundesrepublik Deutschland nichts mehr zu befürchten hätten. Durch die Haltung der bundesrepublikanischen Behörden fühlen sie sich dabei ermutigt.
Beim Blick in den Verfassungsschutzbericht NRW von 1995 wird die Haltung der Behörden zur MHP deutlich. In dem Bericht stehen über die Auslandsorganisation der MHP, der ADÜTDF (Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.), die sog. "Türk Föderation" lediglich zwei Sätze, die die Faschisten sogar verharmlost. In dem Bericht heißt es: "Auf einer Vorstandssitzung der ADÜTDF am 11. März 1995 in Frankfurt/Main wurde die bisherige Linie, gegen die PKK keine Gewalt anzuwenden, bestätigt. Allerdings sollen angesichts der jüngsten Anschlagsserie ADÜTDF-Vereine von den Mitgliedern bewacht werden. Außerdem wurde beschlossen, die Gründung der Frauengruppen und den Ausbau von Jugendorganisationen zu forcieren".

Türkische Rechtsextremisten in die CDU

Anfang Oktober rief der „Oberwolf“ und "Führer" Türkes in der Essener Grugahalle , auf dem Kongreß der ADÜTDF, seine Gefolgsleute dazu auf, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Er verlangte von seinen AnhängerInnen, auch als deutsche StaatsbürgerInnen weiterhin den türkischen Nationalismus zu verfechten und in die CDU einzutreten. Die NPD und die Republikaner seien gegenwärtig "zu einflußlos und negativ gegenüber Türken eingestellt".
Neben der MHP ruft auch die AMGT, die Ableger der islamischen "Refah-Partei", ihre Anhänger dazu auf "so schnell wie möglich die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben" und Mitglied in der CDU zu werden, um sich eine Lobby zu sichern. Insbesondere in Großstädten wie Berlin, Köln und Dortmund gibt es inzwischen zahlreiche TürkInnen , die in der CDU eine "Heimat" gefunden haben. Die AMGT wird in den Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz regelmäßig als "extremistisch-islamistisch" eingestuft.

Unsere Spaltung ist unsere Schwäche! Nur gemeinsam sind wir stark!

Es gibt sicherlich keine absolute Antwort auf die Frage, wie am besten gegen Rechtsextremismus vorzugehen ist. Aus der Tatsache heraus, daß die (meisten) BekämpferInnen des Rechtsextremismus dem linken Spektrum zuzuordnen sind, sollte man davon ausgehen, daß die Bekämpfung des Rechtsextremismus auch ihr gemeinsames Anliegen ist. Bei fast allen Gruppierungen herrscht zwar die Einigkeit darüber, daß dem Rechtsextremismus entgegenzutreten sei, aber wie das genau geschehen soll, darüber gibt es keinen Konsens.
Hinsichtlich der Bekämpfung des türkischen Nationalismus/Rassismus kann man in diesem Lande vom hilflosen Antifaschismus reden. Obwohl manchmal sogar der gute Wille für die Bekämpfung (auch) des türkischen Rechtsextremismus vorhanden ist, fehlt allzuoft die Bekämpfungsstrategie.
Eigentlich müßte der Kapitalismus völlig abgeschafft werden, um den Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus grundlegend zu beseitigen. Denn, solange der Kapitalismus herrscht, werden die Rechtsextremisten den Interessen der reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals als Reservetruppe für den Ernstfall dienen. Da die Abschaffung des Kapitalismus jedoch nur ein langfristiges Ziel sein kann, müssen praktische und wirkungsvolle Bekämpfungsstrategien ausgedacht werden. Da inzwischen (auch) türkische Rechtsextremisten, ob islamischer oder nationalistischer Prägung, schlagkräftige Organisationsstrukturen entwickelt haben, können diese auch nur mit aktivem antifaschistischem Widerstand bekämpft werden.
Während in den 70er Jahren die aktiven GewerkschaftlerInnen, engagierte DemokratInnen und vor allem AntifaschistInnen ein Verbot der Aktivitäten der "Grauen Wölfe" und fanatisch-religiösen Organisationen forderten, ist in den 90er Jahren völlig still um diese berechtigte Forderungen geworden. Eine der wichtigsten Forderungen der Linken in diesem Lande, sollte deshalb sein, die in der "Türk-Föderation" zusammengeschlossenen "Idealisten"-/"Kulturvereine" sofort aufzulösen. Ebenso muß auch den faschistoiden Indoktrinationen in den "Moscheen" entschieden Einhalt geboten werden.Das ist die Mindestforderung nach Schutz für die rund 2 Millionen Kurden und Türken in diesem Lande.
Man kann sicherlich den Rechtsextremismus auch auf originelle Weise bekämpfen, z.B. indem man provozierende Plakate klebt, Veranstaltungsankündigungen mit "ausverkauft", "verlegt" etc. überklebt bzw. unleserlich macht oder aber zu Versammlungen geht, und rechtsradikale Redner auspfeift. Diese zeigt - wie oft bewährt - auch seine Wirkung.
Auch wenn die meisten türkischen und kurdischen linken Organisationen und Vereinigungen die selbständige Organisierung bevorzugen, ist es dennoch notwendiger denn je, in gleichen Forderungen und Zielen eine gemeinsame Front zu entwickeln. Weder die Deutschen noch die Nichtdeutschen dürfen sich zu Opfern der Politik "Teilen und Herrschen" machen und müssen erkennen, daß die Grenzen nicht zwischen AusländerInnen und Deutsche, sondern zwischen oben und unten verlaufen. Deshalb muß der antifaschistische Widerstand gemeinsam und international geführt werden.

(F.A)

„Kruzi Türken" in Duisburg

Was in Bayern eine historisch rassistischer Fluch ist, erlebt in Duisburg eine ungeahnte Renaissance.

Seit einigen Monaten wird in Duisburg ein Streit ausgetragen, dessen Vehemenz und inhaltlichen Positionen ein weiteres Schlaglicht auf den grassierenden Rassismus in der deutschen Gesellschaft wirft. Mittlerweile hat der Konflikt auch bundesweit für Schlagzeilen gesorgt.

Es geht um die Anträge zweier Moscheen in den Duisburger Stadtteilen Laar und Marxloh, den Ezan auszurufen. Der Ezan ist der 2 bis 3 minütigen Gesang des Muezzins, mit dem er die Gläubigen zum Gebet ruft. Der Inhalt wird mehrere Male hintereinander gesungen und lautet übersetzt: „Allah ist groß. Allah ist der Größte. Es gibt keinen Gott außer Allah und Muhammed ist sein Prophet. Steht auf zum Gebet. Steht auf zur Arbeit. Allah ist der Größte. Es gibt keinen Gott außer Allah." Vor über einem Jahr wurden die Anträge bei der Stadt Duisburg eingereicht. Die Duisburger Vereine beantragten dabei, den Ruf, statt jeden Tag dreimal, nur einmal jeden Freitag erschallen zu lassen. Sowie während des Fastenmonats Ramadan einmal pro Tag. Übertragen werden soll der Ruf mittels Lautsprecher. Lautstärke: 70 Dezibel. Mehr läßt das Gesetz nicht zu. Das entspricht der Lautstärke eines vorbeifahrenden Pkws.

Der Mob schreibt

Während die Stadtverwaltung von Duisburg die Anträge erst einmal auf die lange Bank schob, braute sich in Laar eine üble Mischung aus religiösen Eiferern und Rassisten zusammen, die gegen den Muezzinruf zu Felde zogen. Kreuzzugsstimmung kam auf. Die Heerschar gegen den islamischen Glaubensruf präsentierte sich in ca 400 Unterschriften. Eine katholische und eine evangelische Gemeinde fanden sich in ihrer Not zur Ökumene und die Evangelische sprach die Bannbuhle . Das Presbyterium und ihr Feldgeistlicher, Dieter Reuter, proklamierten sie Mitte November in der Neuen Ruhr Zeitung. Die, wie die WAZ, RP, Stadtpanorama und Wochenanzeiger, ein publizistisches Schlachtfeld in und um die Leserbriefseiten bot. Überschrieben ist die Buhle mit: *Kein islamischer Gebetsruf über Lautsprecher!* und kernig folgen die Aussagen der Retter des christlichen Abendlandes: ...„*Der Islam ist eine antichristliche und nachchristliche Religion. Der muslimische Gott ist ein Zerrbild des wahren Gottes.*";...das"*islamische Gebet ist Unterwerfungsdemonstration*" ..."*Inhaltlich trägt der Gebetsaufruf einen antichristlichen Charakter und stellt einen Affront gegen glaubende Christen dar.*"

Und damit klar wird, was die christlichen Streiter unter „*Den Muslimen in Liebe begegnen!*" verstehen: "*Die Berufung auf das Recht auf die freie ungestörte Religionsausübung gemäß Grundgesetz Artikel 4 kann offenkundig nicht unbeschränkt erfolgen.*"



„Dieu le veult ! - Gott will es !"
Stimmungsmache in Duisburg, nachdem Peter der Eremit den Zeitsprung schaffte.

Die Katze aus dem Sack lassen sie aber, als es heißt: ..."*die Verwirklichung der Idee einer multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft ist kein biblisch-christliches Gebot*"..."*Auch die Forderung nach einer uneingeschränkten Gewährung staatsbürgerlicher Rechte für Ausländer, bei gleichzeitig nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, ist kein biblisch-christliches Gebot.*"

Da die Bannbuhle den christlichen Verkündern fast 10 000,- DM kostete, ist unter ihr verzeichnet, wo gegen Spende ein Ablasszettel, sprich Spendenquittung, zu erwerben ist.

Bei so viel religiöser Munitionierung, läßt sich der deutsche Standardbürger nicht lumpen. Geschult durch die Propaganda der westlichen Staatengemeinschaft, die seit dem Wegfall des „Reich des Bösen" den Islam als die drohende Gefahr an die Wand malt, wird der Stift zum Schwert, der Leserbrief zum Ausfall.

Ein kleiner Ausschnitt aus diesen Leserbriefen: „*Ich frage mich, woher eine Minderheit das Recht nimmt, der deutschen Bevölkerung islamische Riten und Gewohnheiten aufzuzwingen und damit das öffentliche Leben eines fremden Landes in drastischer Art und Weise verändern zu wollen. ...wirft bei mir die Frage auf, wie weit wir unsere christlich geprägte abendländische Tradition und Identität noch preisgeben sollen und werden.*"(14.11. NRZ); „*...aber sie dürfen nicht dominieren, die eigene Kultur, unsere Identität, verwischen, so daß man zum Fremden im eigenen Land wird.*" (9.11. WAZ); „*Es kann doch nicht wahr sein, daß wir mit ansehen, wie ein Ausverkauf des Christlichen Abendlandes stattfindet. Zweimal haben die Türken auf kriegerische Weise versucht, Europa zu erobern und wurden zurückgeschlagen. Nun versuchen sie es auf leisen Sohlen;...*"(7.11.RP); „*...die Angst der Einheimischen vor Überfremdung ihres Stadtteils wächst.*"(4.11.RP); „*Die „religiöse" Offenbarung durch das Moscheenfenster verstehe ich als provokatives Sendebewußtsein einer fremden, einer fremdartigen Kultur. Man hat den Eindruck, als sähen ihre Vertreter in unserer Demokratie lediglich ein Bergwerk, aus dem es rauszubrechen gilt, was nur irgendwie möglich ist. Zu allem Überfluß gibt es in Duisburg noch politische Kräfte, die sich zum Zeitvertreib darüber Gedanken machen, wie man es wohl anstellt, daß sich Deutsche freiwillig in die überfremdeten Stadtflächen zurückbegeben. Um es mal deutlich auszudrücken-dieser Boden ist längst schon verloren, ist zu einem Stück Fremde in der Heimatstadt geworden*"(2.11.WAZ); „*...Auch haben wir sie nicht gezwungen, sich auf Dauer bei uns häuslich einzurichten...*"(30.11.NRZ); „*..bin ich dafür, daß den Muslimen mit Deutschem Paß, die hinter dem Muezzinruf stehen, die Deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt wird,...*"(21.11.WAZ); „*...das...Grundgesetz wurde von Deutschen für Deutsche gemacht. ..., daß er und seine Landsleute hier in diesem Land nur Gäste sind. Sie genießen hier zwar das Gastrecht, aber nicht mehr und nicht weniger, aber keine Rechte, die sich aus dem Grundgesetz ableiten lassen. In der Bundesrepublik leben wir seit Jahrhunderten in abendländischer und christlicher Tradition und Kultur, also nicht im Morgenland. Sollten die moslemischen Gäste in unserem Land nicht damit einverstanden sein, steht es ihnen doch jederzeit frei, in ihre Heimatländer zurückzukehren und dort dem Ruf des Muezzin zu folgen.*" (2.11.WAZ)

Da zieht sie los, die Sturmabteilung gegen „Überfremdung". Zur Abwechslung mal unter dem Vorzeichen der Religion. Der massiven Präsenz deutsch/christlicher Hetzer steht eine kleine Schar Aufrechter gegenüber, die zumeist recht hilflos auf das Grundgesetz verweist, das Religionsfreiheit als Individualrecht allen garantiert. Die Wenigsten parieren die Schläge und nennen Roß und Reiter: Ethnozentrismus, Kulturchauvinismus und Rassismus. Präsentieren sie sich offen, hetzen die Übelsten der RassistInnen mit verschlossenem Visier. Die WAZ wirft Bodennebel und gibt die Unterschriften der HetzerInnen nicht bekannt, sondern schreibt: Name und Anschrift der Redaktion bekannt. Die WAZ

ist es auch, deren Schreiberling völlig unreflektiert von „Überfremdung" schreiben darf. (2.11.WAZ)

Die Parteien

Wie weit die demokratischen Parteien den öffentlichen Willensbildungsprozess mitgestalten, läßt sich an den publizistischen Feldschlachten gut nachvollziehen. Bei diesem christlichen „Schlagedrauf" dürfen sie natürlich nicht fehlen. Die „Jungen Union" erkennt mit als Erstes, daß der Muezzinruf grundlegend abzulehnen sei, da dadurch die *„Verfremdung des Stadtteils"* fortgesetzt würde. Ihr Jungrecke Marc Buchholz sieht das *„friedliche Zusammenleben zwischen Deutschen und Nichtdeutschen gestört"*. Hans Borowski, Ratsherr der CDU und Vorsitzender der Katholischen Arbeiterbewegung(KAB) findet, daß Toleranz keine Einbahnstraße sei. Und gegen den Willen der Menschen eine *„pure Rechtsposition* (gemeint ist der Ezan) *durchzuboßen*" sei nicht akzeptabel. Sein Fraktionsvorsitzender Dr. Jürgen Kämpgen: *„Die Bürger haben schon ohne diesen Ruf genug Angst vor Überfremdung."* Der CDU-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Horst Günther: *" Die Toleranzgrenze droht überschritten zu werden. Wenn die deutsche Bevölkerung den öffentlichen Aufruf zum islamischen Gebet nicht akzeptiert und sich in ihrer Freiheit eingeschränkt fühlt, ist dies vorrangig, da die bisherigen Freiheiten der Muslime nicht eingeschränkt waren. Die Freiheit-auch die Religionsfreiheit-des einen hat ihre Grenzen, wo die Freiheit des anderen eingeschränkt wird."*

Ist die Meinung der CDU fast einhellig, ist die rassistische Phalanx bei der SPD noch nicht ganz so formiert. Die „Genossen" sind da wohl noch in Klausur. In die Reihen der Retter des Abendlandes will sich auf jedenfall der SPD-Bezirksvertreter August Haffner einreihen: *"...Die Glaubensfreiheit nach dem Grundgesetz gilt nur für Bürger der Bundesrepublik Deutschland und nicht für Nichtdeutsche....Wir wollen kein zweites Jugoslawien...Wir bitten aufgrund der Bedenken nicht mit Gewalt die Lautsprecheranlage zu fordern, sondern den Antrag zurückzuziehen."*

Der Rassismus entsteht halt in der Mitte der Gesellschaft.

Die Kirchen

Auch die Kirchen tun sich schwer. Zwar ist die Anzeige der Laarner Kirchengemeinde die einer evangelikaalen Gemeinde. Also einer Glaubensrichtung innerhalb der Evangelischen Kirche die äußerst rechts steht. Deren Verband hat seit 1993 die Bekämpfung der islamischen Religion und einer Multikulturellen Gesellschaft zu ihren Hauptaufgaben gewählt. Sie stellen nicht das Gro der Evangelischen Kirche dar. Dies wurde auch auf der Synodensitzung des Evangelischen Kirchenkreises Nord im November sichtbar. Die Synode lehnte den Antrag der Kirchengemeinde aus Laar ab. Aber gleichzeitig beschloß die Synode eine Stellungsnahme: *"...die ... auch die mögliche Überforderung einer mit hohen Anpassungsleistungen und eigenen sozialen Belastungen schon sehr beanspruchten Bevölkerung bedenken müsse..."*. Als ob die „sozialen Belastungen" der größtenteil ausländischen Muslime nicht größer betreff Arbeitslosigkeit, Wohnsituation und soziale Stellung innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft wäre und erheblich mehr Anpassungsleistungen durch sie zu vollbringen seien. Als ob nicht seit über 30 Jahren Muslime in der BRD leben. Teilweise schon in der 4. Generation. Hier beweist die evangelische Kirche ihre Ignoranz. Für sie gilt es dazuzulernen. Schon einmal hat sie in diesem Jahrhundert gegenüber einer Glaubensgemeinschaft, den JüdInnen, versagt. Das die Ausnahme die Regel belegt, beweisen dabei 25 HochschullehrerInnen der Evangelischen Fachhochschule in Bochum, die der Gemeinde in einem Brief vorwerfen, Ignoranz, Abgrenzung und Ablehnung zu schüren. Sowie einige einzelne Pfarrer und evangelische Einrichtungen. Im Großen und Ganzen herrscht aber Schweigen in der Rheinländischen Kirche.

Soziale Ursachen des „Kreuzzugs"

Nur bei den allerwenigsten öffentlichen Reaktionen schwingt mit worum es eigentlich in Duisburg geht.

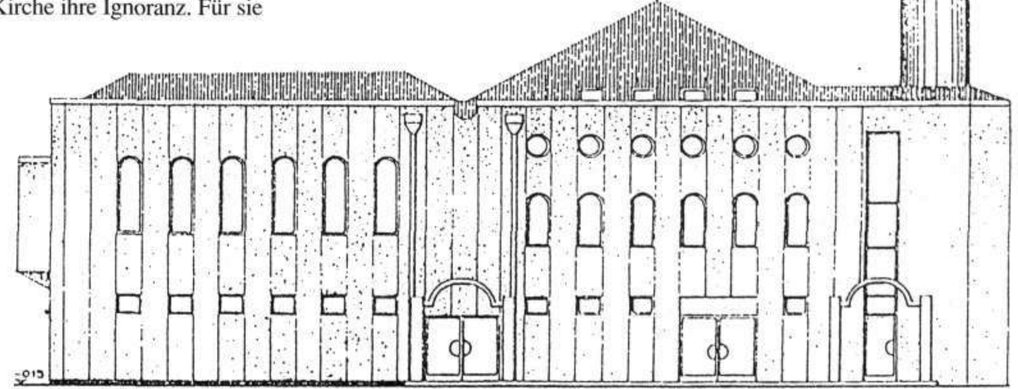
In Duisburg leben ca 60000 Muslime. Zumeist aus der Türkei. Das sind 10 Prozent der Bevölkerung Duisburgs, die zumeist im Duisburger Norden leben. Die Stadt Duisburg verzeichnet eine Arbeitslosigkeit von 16,8 %. Diese trifft vor allem AusländerInnen und Frauen. Gerade im Norden hat die Kohle- und Stahlindustrie viele Arbeitsplätze vernichtet. Zusätzlich haben dort seit Jahren die Wohnungsgesellschaften keine Mark in die Wohnungen investiert. So herrscht bei der dortigen Bevölkerung Existenzangst und die deutsche Volksgemeinschaft tritt nach „unten", was das Zeug hält, um sich „oben" zu halten. Die REPs machen Stimmengewinne. Aber nicht allzuviel, haben sich doch in den letzten Jahren die etablierten Parteien in Sachen Ausländer- und Flüchtlingspolitik den deutsch-nationalem Standpunkt fast schon zu eigen gemacht. Der Streit um den 2minütigen Ezan pro Woche bietet für die einen einen willkommenen Anlass, ihren Rassismus auszuleben, für die anderen, von den kapitalistischen Ursachen der Krise abzulenken. Religiöse Motive sind zumeist vorgeschoben. Und wenn, stammen sie aus dem Zeitalter der Inquisition.

Jetzt wirds kompliziert

In Duisburg gibt es 37 Moscheen und Gebetshäuser. 13 davon gehören zum DITIP (Diyanet Isleri Türk Islam Birgligi) Verband. Die kleine Sultan-Ahmed-Moschee an der Friedrich-Ebert-Str. gehört zu Ihnen. Während die Marxloher Moschee an der Wolfstr. zum Türkischen Kulturzentrum gehört.

DITIB Moscheen unterstehen dem staatlichen Ministerium für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet Isleri). Der DITIP Verband wurde 1984 in Köln speziell zur Einflußnahme und Kontrolle auf die EmigrantInnen durch den türkischen Staat gegründet. So steht (laut Focus) in der DITIP Zentrale die gesamte erste Etage dem türkischen Geheimdienst MIT zur Verfügung, der über die DITIP Moscheen sein Agentennetz führt. Die türkische Regierung ist eine Koalition von Erbakans nationalistisch ausgerichteter islamistisch-fundamentalistischen Wohlstandspartei (RP) und der Partei des Rechten Weges (DYP) der Außenministerin Tansu Ciller. Auf die antialevitische Hetze seitens der RP ist unter anderem das sunnitische Pogrom von Sivas 1993 zurückzuführen. Im zentralanatolischen Sivas zündete ein islamischer Mob nach dem gemeinsamen Freitagsgebet das Hotel Madimak an, in dem ein alevitischer Kongress stattfand. 37 Aleviten verbrannten bei lebendigem Leibe.

Ungeachtet dessen sind Gebetshäuser und Moscheen Rekrutierungsbereiche der faschistischen „Grauen Wölfe". So verwundert es nicht, daß Gürsel Dogan, Mitglied der Muslimischen Türkischen Union (MTU) und Vorsitzende des Duisburger Ausländerbeirats, der so lautstark



Toleranz und Akzeptanz für den Ezan einfordert, am 6.1.1997 in einer Report Sendung in einem vollen Versammlungsraum steht, an dessen Wand in Übergröße der heulende Wolf der MHP zu sehen ist.
Ganz platt stellt sich nun die Frage: Toleranz und Akzeptanz gegenüber Antidemokraten und Faschisten?
Für einige „Demokraten aus der Türkei in NRW" beantwortet sich dies Frage wie folgt. Sie sprechen Dieter Reuter von der evangelikaalen Gemeinde ihre *„vollste Unterstützung"* und *„Hochachtung für dessen Zivilcourage"* aus. Sie gehen davon aus *"Wenn in Duisburg der Ezan ungehindert über die Bevölkerung einbrechen darf, kann es nicht mehr weit sein zu Maras und Sivas. Es muß daher einer Verbreitung dieses Panislamismus unter dem Deckmantel der „Religionsfreiheit" ein Riegel vorgeschoben werden, bevor es wie in Frankreich fast zu spät ist."*
Festzuhalten ist, daß hier türkische Genossen aus ihrer Situation als Unterdrückte sich gegen den Ezan wenden. Nicht als Rassisten, die sich in der Tradition des Kolonialismus, Imperialismus und des Holocaust befinden, wie der Leserbriefmob von Duisburg.
Dennoch applaudieren die Genossen gerade den Falschen. Denn auch Pfarrer Reuter und Anhang sind Feinde der Toleranz, deren Zielscheibe nicht allein der Ezan, sondern die Akzeptanz des Anderen, und somit die Freiheit als solches ist. So gesehen erhalten die RassistInnen Schützenhilfe von Links und können diese verwenden, um den wahren Charakter ihres Anliegen zu vertuschen.

Was heißt das für uns?

Das Anliegen den Ezan auszurufen, wird nicht das letzte Mal zum Tagesthema werden. Nicht nur in Duisburg, wo beim Beginn des Ramadan am 10.1. der Ezan in einem Hinterhof der Bruckhauser Mevlana - Moschee ohne Lautsprecher ausgerufen wurde und dies mit Sicherheit nicht das Ende der Auseinandersetzung in Duisburg bedeutet. Erst in rund einem halben Dutzend Städte gehört der Ezan zur Normalität. Und es gibt über 2,5 Millionen Muslime in der BRD, mit über 1300 Gebetshäuser und Moscheen.
Sollten wir uns für den Ezan einsetzen?
Ich denke, ja, weil jede/r das gleiche Recht haben sollte. Und das bezieht die Ausübung der, wie auch immer ausgesuchten, Religion, samt Gebetsruf, mit ein.
Den RassistInnen gilt auch hier: Keinen Fußbreit!
Zur Frage der reaktionären Strömung innerhalb des Islam und der anwachsenden faschistischen Organisierung in der türkischen community der 3. und 4. Generation, kann ich nur sagen, daß das Ausrufen des Ezan wohl eher ein Symbol, denn ein reales Problem ist. Eine Auseinandersetzung anhand des Ezan zu suchen ist daher verfehlt. Andere Felder sind da viel wichtiger, richtiger und erfolgsversprechender.
Das heißt aber auch, daß eine intensive Auseinandersetzung mit dem türkischen Faschismus und reaktionären Islamströmungen in der deutschen antifaschistischen Bewegung stattfinden muß.
Nicht nur das türkische Faschisten für die Türkei und gegen ein freies Kurdistan in der BRD Lobbyarbeit machen. Sie bedrohen linke TürkInnen und KurdInnen und schüchtern sie ein. Sie schwächen den antirassistischen Widerstand der EmigrantInnen gegen den deutschen Staat und besorgen deutschen Konservativen und Rechten Mehrheiten in Parlamenten und Asten und sind deren willige Handlanger in den Ausländerbeiräten.



Aachen

Prümmer wird Publizist

Der frühere stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Michael Prümmer kann eine Zeitung machen. Dies bewies er kürzlich, indem er ein gefaltetes DIN A 3-Blatt mit der Überschrift "Grenzland Echo - Die 'Deutsche Stimme' für die Region Aachen" unaufgefordert an mutmaßliche InteressentInnen in eben diesem geographischen Gebiet versandt. Das Blatt enthält ganze sieben Artikel, von denen Prümmer sechs eigenhändig verfaßt hat. Es handelt sich größtenteils um Meldungen aus etablierten Tageszeitungen, die mühsam mit ein bißchen Lokalbezug und ausreichend brauner Soße angereichert wurden (etwa: "Seuchenherd Asylantenheim"). Der siebte Artikel wurde mit dem Kürzel E.D. gezeichnet. Vor allem aber wirbt Prümmer für seinen eigenen Buchdienst sowie die Pulheimer Erklärung, was wohl auf seine Zusammenarbeit mit Manfred Rouhs zurückzuführen ist. Ob weitere Ausgaben geplant und wie sie zu beziehen seien, erfährt der Leser übrigens nicht. Als Kontaktadresse dient ein NPD-Postfach in Düren. Immerhin beweist er damit, daß er gelernt hat, ein einfaches Layoutprogramm zu bedienen. Als er vor drei Jahre schon einmal recht erfolglos versucht hatte, unter der Bezeichnung "Neue Zeit" eine Werbeblättchen für die damals geplant Deutsche Liste Stolberg (DL-S) zu publizieren, war dies noch nicht der Fall.

Bochum

Konzert abgesagt

Ein Konzert der Band „The Crack" und „Pöbels & Gesocks", das am 31.10. stattfinden sollte, wurde durch die Zeche Bochum abgesetzt. Grund dafür waren verschiedenste Ankündigungen seitens Punks und Antifas, daß einer Band wie den „Pöbel und Gesocks", kein Raum zu bieten sei. Die Zeche befürchtete Auseinandersetzungen und entschloß sich daraufhin, daß Konzert abzusagen.(RN 31.10.)
Innerhalb der Punk/Skin Scene findet momentan eine Auseinandersetzung über die Rechtslastigkeit der Band „Pöbels und Gesocks" statt. Dabei geht es vor allem um den Sänger der Band, Wolfgang Schmitz, alias Willi Wucher. Er war Bassist der „Bodychecks" und Sänger der „Beck´s Pistols" und betreibt den „Scumfuck" Vertrieb in Dinslaken.
Das mittlerweile eingestellte Nazifanzine „Frontal" des Hattingers Andreas Zehnsdorf, mittlerweile „Chefredaktör" von „Rock Nord", machte fleißig Werbung für „Beck´s Pistols". So wurde Schmitz in der „Frontal" NR.1/1991 interviewt. Eine für ihn typische Antwort soll hier zitiert sein:"...Diese Hella von Sinnen ist übrigens ein Super-Rasse-Weib, was ihr lediglich noch fehlt, sind 20 Kilogramm mehr Körpergewicht, einige Pickel im Gesicht und ein amputiertes Bein. Sie dann zu ficken (am besten mit ´nem Lastkran), liegend in einem Schweiß-Blut-Pisse Gemisch, das wäre die Hölle!"

„Erinnern". Was ist das ?

Dies scheint die Devise der Verantwortlichen im Kaufhaus Kortum zu sein. Am 9.10. ließen sie das 75 jährige Bestehen des Kaufhauses feiern. Wohlweißlich verschwiegen sie die Enteignung und Arisierung, die einem der größten und ältesten Bochumer Kaufhäuser in den 30igern den Namen Kortum, anstelle von Alsberg, einbrachte. Ebenso typisch war das Negieren dieses Teils der Firmengeschichte durch die WAZ. Allein einige BürgerInnen erinnerten die WAZ durch Anrufe an den Nationalsozialismus.
Für Verantwortliche in Staat, Medien und Öffentlichkeit ist historische Verantwortung scheints nur ein Feiertagsgewand.

Rechtsradikales Undercover Stellenangebot

Auf eine Stellenanzeige hin bewarb sich ein Arbeitsloser im Ruhrgebiet. Anstelle eines Jobangebots erhielt er ein Schreiben der „Stiftung Deutsches Volk", die ihn für die „nationale Sache" gewinnen wollte. Für den "nationalen Widerstand" gegen die „Bonzokratie", „volks-

fremde Politik" und die „kriminellen Ausländer". Bundesvorsitzender dieser „Stiftung" ist Adolf Steiner aus Castrop-Rauxel. Der Recklinghäuser Polizeisprecher Volker Ernst-Peper stufte den ehemaligen Funktionär der „Deutschen Liga" und der „Deutschen Volksunion" als „Einzelkämpfer" ein, dessen, in mehreren Städten aufgetauchtes, Schreiben strafrechtlich wohl nicht relevant sei. (WAZ, 30.10.'96)
Ja, so sind sie, die Nazis. Einzelkämpfer und Parteifunktionäre in einem.
Ganz „einzeln" kämpfte Adolf Steiner schon in der ADI, den „Arbeitskreis Deutscher Interessen", in dem u.a. der Solinger Bernd Koch und der Berliner Oliver Kulik organisiert waren (NRW, Nr.4 & Nr.6). Völlig vereinzelt findet sich Steiner in der NF-Liste, die der Grünen Bundestagsabgeordneten Anneliese Buntenbach zugespielt wurde. Und ganz einsam muß Steiner sich wohl fühlen, wenn in seiner Heimatstadt die „Autonomen Nationalisten" seine Aufkleber anbringen.
Es stellt sich die Frage, ob der Herr Polizeisprecher die Verharmlosung von Faschismus als „Einzelkämpfer" oder in der Sprecherfunktion des Polizeiapparats betreibt.

NS-Massenmörderin darf sich bewähren

So sieht es der bundesdeutsche Staat und entließ letzten April Hermine Ryan aus der Haft. Die SZ machte sie daraufhin im Augusta - Seniorenheim in Bochum-Linden ausfindig, wo sie mit ihrem Mann Russel in einer 65qm - Wohnung lebt.



Hermine Ryan, vor ihrer Hochzeit Hermine Braunsteiner, war von 1939 bis 1944 als SS - Aufseherin in mehreren KZs tätig. Zuerst drei Jahre in Ravensbrück, dann in Majdanek und Genthin. Von Ehrgeiz getrieben, mordete sich Hermine Braunsteiner in Majdanek die Karriereleiter hoch und war keine fünf Monate nachdem sie in Majdanek ankam schon stellvertretende Schutzhaftleiterin unter Elsa Ehrlich und ausgezeichnet mit dem Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse. Schnell hatte sie einen eigenen Spitznamen von den Häftlingen verpaßt bekommen:"Kobyla" - die Stute, weil sie mit ihren eisenbeschlagenen Schuhen die Häftlinge nach Belieben trat und sie auspeitschte. Sie war neben Elsa Ehrlich und der „Blutigen Brygida" /Hildegard Lächert die gefürchtetste, brutalste und grausamste Aufseherin. Sie suchte höchstpersönlich Frauen zur Vergasung beim Appell heraus und trieb sie auch selbst mit der Peitsche zur Gaskammer. Sie war gut für „Spezialaufgaben". So z.B. für die sogenannten Kinderaktionen, als es darum ging jüdische Kinder und Kleinkinder zu vergasen. Sie entriß die Kinder den sich wehrenden Müttern. Wenn der Lkw zum Abtransport in die Gaskammern schon voll war, packte sie die Kinder an Ärmchen und Beinchen und schleuderte sie auf die Köpfe der anderen Kinder. Als ein jüdischer Junge einmal versuchte wegzurennen, schoß sie ihm in den Rücken.
Erst 1975 wurde sie zusammen mit 14 anderen im Majdanek - Prozess angeklagt. 15 SSler von über 1500 SSlern die in Majdanek tätig waren. Einem Lager, daß nach Himmlers Willen zum größten KZ in Osteuropa für 250 000 Häftlinge ausgebaut werden sollte. Bis Kriegsende waren aber nur 20 % der Pläne verwirklicht. Ca 500 000 Menschen durchliefen Majdanek. Und weit über 250 000 Menschen, vorwiegend JüdInnen, wurden dort ermordet. Durch Hunger, Krankheiten, Folter und Quälereien, Massenerschießungen und Vergasungen durch Zyklon B.

Für unsere Republik ist die SS ja keine kriminelle Vereinigung. So wurden auch nicht alle der über 1500 SS ler der Majdanekwachmannschaft angeklagt. Die, wie alle SS ler der Wachmannschaften, bewacht, getrieben, geschlagen, geschossen etc.p.p. haben und über die der Kommandant des KZ Dachau, Theodor Eicke, zu sagen wußte:"..Er könne nur harte, entschlossene Männer gebrauchen, die jeden Befehl rücksichtslos gehorchten. Nicht umsonst trügen sie den Totenkopf und die stets geladene Waffe! Sie stünden als einzige Soldaten auch in Friedenszeiten Tag und Nacht am Feind, am Feind hinter dem Draht!" Im Majdanekprozess versuchte die 17. Strafkammer des Düsseldorfer Gerichts lediglich 1 % der Wachmannschaft eine individuelle Tat nachzuweisen. 30 Jahre hatte der Staat sich dafür Zeit genommen. ZeugInnen waren längst verstorben. Oder konnten sich nicht mehr an jede Einzelheit erinnern, was von den teilweise rechtsradikalen Anwälten der Angeklagten gegen sie verwandt wurde.
So wurden 5 Angeklagte freigesprochen. Eine verstarb. Ein anderer wurde verhandlungsunfähig. Übrig blieben acht Angeklagte, von der nur Hermine Ryan lebenslänglich bekam. Die „Blutige Brygida", die in Majdanek ihren Hund auf eine schwangere Frau hetzte und ihr den Bauch von diesem aufreißen ließ, bis ihre Eingeweide und ihr Fötus herauskamen, erhielt 12 Jahre. Von über 1181 Morden, die Hermine Ryan zur Last gelegt wurden, blieben beweiskräftig eine Selektion von 80 jüdischen Frauen und eine Kinderaktion übrig. Das Gericht bewies dann am 30.6.1981, daß es das Herz auf dem rechten Fleck hat, und gab ihr, statt dreimal, nur einmal lebenslänglich.
So kommt es, daß Hermine Ryan sich nach 20 Jahren Knast bewähren darf. Und während tausende von ehemaligen KZ Häftlingen materiell, physisch und psychisch heute noch leiden. Während sich die Bundesregierung noch immer sperrt an einige Opfergruppen "Entschädigungen" zu zahlen, andere um ihre Ansprüche kämpfen und einige ehemalige KZ-Häftlinge mit z.B. 250,- DM pro Monat im KZ abgefunden werden, kann man davon ausgehen, daß Hermine Ryan eine Rente per „wertfreier Sozialversicherung" aus ihrer Zeit des Dienstes für „Volk und Vaterland" bezieht.
Über Betreuung braucht Hermine Ryan, die teilweise auf einen Rollstuhl angewiesen ist, nicht zu klagen. Während den 5 1/2 Jahren des Prozesses wurde sie von der NS-Organisation „Stille Hilfe" unterstützt und auch jetzt wird das Ehepaar Ryan betreut.
Im Falle, daß man den Ryans zu nahe trete, kündigt eine Betreuerin an: "Wir kriegen Sie, wenn wir wollen."

Rassistisches Mieturteil

Weigert sich ein Vermieter, Roma als Nachmieter zu akzeptieren, entspricht dies nach Auffassung des Bochumer Amtsgerichtes durchaus Recht und Gesetz. Denn „Zigeuner", so die wörtliche Begründung, seien „traditionsgemäß überwiegend nicht seßhaft" und gehörten von daher „offensichtlich nicht zu den durchschnittlich geeigneten Mietern mit zutreffender Zukunftsprognose". Des weiteren heißt es in dem Urteil, daß allein das an einen Vermieter gerichtete Ansinnen, Roma als Nachmieter zu akzeptieren, einer „weiteren fruchtbaren Vermittlungszusammenarbeit" zwischen Wohnungsinhaber und Vermieter entgegenstehe. (AZ: 38 C 157/96)
Als „Rassismus pur" kritisierte Volker Beck, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90 / Die Grünen, die im Oktober öffentlich gewordene Entscheidung. Der Mieterverein in Bochum dagegen sprach lediglich von einem „Lapsus" und „Fehltritt", zu dem sich der betreffende Richter habe „ hinreißen" lassen. „Er ist uns in der Vergangenheit mitnichten schon einmal als rassistisch aufgefallen", hieß es zur weiteren Verteidigung vom Amtsrichter Kimmerkamp, der selbst zu keiner Stellungsnahme bereit war. Zumal im Zusammenhang mit seinem umstrittenen Urteil mittlerweile eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen ihn anhängig ist.

Städtische Vertreibungspolitik

Wie in vielen anderen Städten auch findet in Bochum eine Vertreibungspolitik seitens der

Stadt gegen Obdachlose, Drogenkranke und Punks statt. Ausführendes Organ dabei ist die Polizei, die mit Platzverweisen, Stadtverboten, Ingewahrsamnahme und anderen Methoden für den nötigen Vertreibungsdruck sorgt. Wessen Interessen hier vertreten werden, machte im Oktober der Polizeisprecher Eckart Reister anläßlich eines Protestes gegen Bochumer Polizeibeamte deutlich.
Wieder einmal sollte eine Obdachlose aus der Stadt verschwinden. Das „Mach Dich weg. Ich will Dich hier nicht mehr sehen“ reichte nun der Frau, die die Obdachlosenzeitung „BODO“ verkaufte, nicht, um auf ihre Bürgerrechte zu verzichten. Sie verlangte vielmehr den Ausweis des Polizeibeamten zu sehen. Dies verweigerte dieser ihr. Worauf sie erwiderte, sein Verhalten würde noch ein Nachspiel haben. Darauf wurde sie äußerst unsanft verhaftet und bis 22.00 Uhr im Polizeigewahrsam gehalten. Um ihr Vorgehen zu rechtfertigen, reichte es der Polizei im Nachhinein die Behauptung aufzustellen, die Person gehöre der Drogenscene an und hätte eine Spritze mit sich geführt. Die Frau bestritt dies. Sie sei seit längerem im Methadonprogramm.

Polizeisprecher Herr Reister machte an Hand diesen Falles deutlich, wessen Interesse seine Behörde vertritt: *"Die Geschäftswelt tritt an uns heran, damit wir handeln. Wenn dann was passiert, ist es auch nicht jedem recht."*
(WAZ 21.10.`96)



Vertreibung ist die harte Realität aller Unerwünschten in den Städten. Nicht nur wie hier in Bochum.

Burschenschaftler feierten

Die „AV Silesia“, eine katholische Studentenverbindung im Dachverband des CV, feierte im Dezember ihr 115 jähriges Bestehen und hielt in ihrem Haus in der Dr. C-Otto-Str. 111 einen „Tag der Offenen Tür“ ab. Die Silesia ist eine der größten Verbindungen im Ruhrgebiet. Ihr gehören zur Zeit 40 Studierende und 250 Alte Herren an.
„Treue zur Kirche“ und „Liebe zum Vaterland“ halten die Silesianer für Tugenden.
Wir halten das für „Bullshit“ und meinen, 115 Jahre sind genug. Macht die Bude dicht.

Dortmund

Schönborn hinter Gittern

Der frühere Anführer der verbotenen Neonazi Organisation "Nationalistische Front", Meinolf Schönborn, befindet sich seit Montag dem 4.November 1996 in Strafhaft. Schönborn war im November 1995 wegen Fortführung der verfassungsfeindlichen rechtsextremistischen Gruppierung zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof hatte die Revision des Angeklagten als unbegründet verworfen.

Auschwitz-Leugner noch nicht hinter Gittern

Am 5. November des vergangenen Jahres wurde Udo Bruno Walendy vor dem Dortmunder Landgericht/Staatsschutzkammer wegen §§ 86 und 86a angeklagt (wörtlich: die Verwendung von Propagandamittel und Kennzeichen einer nationalsozialistischen Organisation). Walendy wurde von dem greisen Rechtsanwalt Hermann (geb. 1913) aus Düsseldorf verteidigt. Dieser vertrat ihn schon im Prozeß vor dem Bielefelder Landgericht, konnte aber das dort verhängte Urteil von einem Jahr und drei Monaten nicht verhindern (siehe Antifa NRW-Zeitung Nr.12). Hajo Hermann gehörte der berüchtigten Legion Condor an und war nach 1945 Bundesvorsitzender der "Deutschen Sozialen Union". Er verteidigte u.a. David Irving, Fred Leuchter und Ernst Otto Remer und gilt somit als "Rechts-Experte" der "Auschwitz-Leugner-Fraktion" innerhalb des bundesdeutschen Rechtsextremismus.
Walendy, der 1927 geborene Diplompolitologe und ehemalige Leiter der Volkshochschule im Kreis Herford, gründete 1963 seinen "Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung" mit Sitz in Vlotho. Er trat 1965 der NPD bei und wurde schon 1971 deren Landesvorsitzender in NRW. Er unterhält gute Kontakte zu den führenden Revisionisten weltweit und referiert bei allen wichtigen Organisationen des rechtsextremistischen Spektrums innerhalb der BRD.
Die zunehmenden Anzeigen und Prozesse zeigen insofern Wirkung, daß Walendy u.a. die Durchführung eines für Frühjahr 1996 geplanten Lesertreffens absagte.
Udo Walendy ist langjähriger Herausgeber der "Historischen Tatsachen". Die antisemitische Hetze in den Ausgaben Nr. 44, 62, 67 und 68 führte im Februar 1996 zu drei Hausdurchsuchungen, bei denen insgesamt 12 Exemplare des Buches "Mein Kampf" gefunden wurden. Die Hausdurchsuchungen fanden zum einen in der Hornerstraße 72 in Mönchengladbach statt, dort hat Walendy Wohnrecht (das Haus gehört aber seiner Tochter), zum anderen in Vlotho in der Winterbergstraße 37 und Hochstraße 6 (im Haus lebt seine Frau). In Mönchengladbach wurde zwei unausgepackte Exemplare des Machwerks sichergestellt, in Vlotho weigerte sich der anwesende Walendy, einen Tresor im Kellerraum zu öffnen. Eine gerichtlich angeordnete spätere Öffnung förderte dann 10 weitere Exemplare zu Tage, des weiteren wurden SS-Liederbücher gefunden.
Walendy's Schutzbehauptung und Prozeßstrategie führte zur Erheiterung des Publikums. "Er habe diese Exemplare unaufgefordert zugeschickt bekommen und wolle sie der Öffentlichkeit entziehen. Aber er hoffe doch, ein Exemplar (seines Lieblingsbuches) behalten zu dürfen, zumal es sich ja um die Jubiläumsausgabe handele und in diesem .... Land Erwachsene schließlich genau ein Exemplar besitzen dürfen". Die Staatsanwaltschaft fand diese Aussagen weniger lustig und forderte bis zu drei Jahren Haft oder eine Geldstrafe von 120 Tagessätzen a 80.-DM. Der Vorsitzende Richter Reichel (bekannt aus den Verfahren gegen Volkswille und die Nationalistische Front) verurteilte Walendy zu 200 Tagessätzen a 100.-DM.

Onkelz - Konzert

Ihrem Ruf wurden sie wieder einmal gerecht, die "Böhsen Onkelz", die am Samstag den 23. November 1996 in der Dortmunder Westfalenhalle aufspielten. Der Polizeibericht meldete Überfälle und Randale.
Das Konzert hatte bereits wie im Vorjahr zu Protesten gegenüber dem Veranstalter, der Michael Schmelich Konzertbüro GmbH, geführt. Dieser warf in einem offenen Brief an die Dortmunder Grünen alles, was er zu bieten hatte, in die Wagschale, um öffentliche, seinen Gewinn schmälernde Proteste, im Keim zu ersticken. So führte er seine Arbeit für den DGB an, des weiteren war er Abgeordneter der Grünen im Niedersächsischen Landtag und - welch Sensation und Argument- Zimmerkollege von Jürgen Trittin. Sein sechsseitiges Fax an den Kreisverband der Dortmunder Grünen kommt zu dem Schluß, daß er es ja wohl einschätzen kann, daß die Onkelz inzwischen geläutert, ein taugliches Mittel im Kampf gegen den Rechtsextremismus sind. Wen all dies aber nicht überzeugt, der bekommt es mit Voltaire zu tun, ihr wißt ja, die Akzeptanz der Andersdenkenden ...

Duisburg

RCDS ASTA dankte ab

Nicht ein Semester konnte sich der rechte ASTA an der Uni - GH Duisburg halten. Er wurde durch den RCDS, die Progressiven Ökonomen (PÖ) und die Internationale Liste (IL) gestellt.

Dieser ASTA zeichnete sich in seinem Rechtsdrall nicht nur durch die Beteiligung des RCDS, sondern obendrein durch einige Kandidaten der IL aus, die offen mit dem Parteiabzeichen der „Grauen Wölfe" herumliefen. RCDS und PÖ taten so, als wäre dies ein Zeichen des Tier- und Naturschutzes.
Aus der letzten ASTA - Wahl ist die PÖ wieder als stärkste Fraktion hervorgegangen. Diesmal ist sie eine Koalition mit den Jusos und der Alternativen Liste eingegangen. „Toleriert" durch das „Linke Bündnis." Die PÖ hat sich aber bisher von der IL nicht distanziert (Geschweige denn der RCDS). Auch sitzt die IL immer noch im Studentenparlament und im Autonomen AusländerInnenreferat.
Für den ASTA von Duisburg besteht in Sachen Antifaschismus wohl noch ein großer Diskussions- und Handlungsbedarf. (Zündstoff news)

Düsseldorf

"Ein böhser Onkel fügt sich nie"

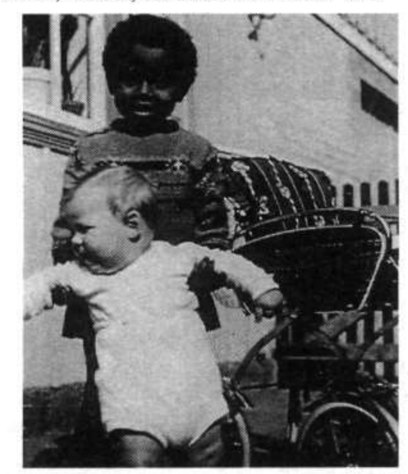
Für einigen Wirbel sorgte ein Aufruf diverser Konzert- und KulturveranstalterInnen in der Düsseldorfer politischen Landschaft. Eine große Anzahl von Gruppen, von KonzertveranstalterInnen über Stadtzeitungen bis hin zum ASTA der FH, hatte sich in Form eines offenen Briefes gegen das Konzert der "Böhsen Onkelz" in der städtischen Phillipshalle ausgesprochen. Diese hatte jedoch schon vorher bei der Stadt nachgefragt, ob nichts gegen ein solches Konzert vorläge, da ihnen dieses Konzert unangenehm war. Das Resultat der Ämterbefragung: Bisher keine besonderen Vorkommnisse, also auch kein Problem.
Daß ein solches Konzert der "Böhsen Onkelz" auch nach deren marketingträchtigen "Absagen" an die rechte Szene noch Tummelplatz für viele Neonazis ist, bewahrheitete sich wieder mal am 21.11.. Mehrere hundert z.T. altbekannte Nazi-Skins versammelten sich in der fast ausverkauften Konzerthalle. Damit das Image der Band nicht allzusehr aufgrund von Reichskriegsflaggen und Hitlergrüßen litt, wurden einige "Übeltäter" von der Band eigenen Security des Saales verwiesen, ebenso wie etwa stadtbekannte Rechtsextremisten wie Thorsten Lemmer oder Stefan Rasche.
Daß es nicht zu Übergriffen, auch nicht zu versuchten, z.B. auf das in Sichtweite liegende Café Rosa Mond mit ihrer an selbigem Abend stattfindenden Lesben- und Schwulen-Disco kam, war wohl eher glücklicher Zufall als alles andere. Bleibt zu hoffen, daß solch antifaschistisches Engagement in Zukunft mehr Erfolg haben wird. Die Anzahl und Breite der UnterzeichnerInnen jedenfalls läßt hoffen.

"Rock Nord" weiterhin auf Expansionskurs

Wie angekündigt, ist im Dezember 1996 die dritte Ausgabe (lfd. Nr. 24) der von der Firma "Creative Zeiten" (Gesellschafter: Torsten Lemmer, Christian Eitel, Andreas Zehnsdorf) herausgegebene "Musikzeitschrift Rock Nord" erschienen. 36 Seiten, Vierfarb-Druck und nobles Layout sollen das mehr als dürftige Vorläuferblatt "Moderne Zeiten" endgültig in Vergessenheit geraten lassen. Nun soll das "Jahr der Offensive" beginnen. "Mit geballter Kraft stehen wir vor einem noch nicht überschaubaren musikalischen Umbruch pro Deutschland und Nordeuropa", weiß die aus dem ehemaligem FAP`ler Andreas Zehnsdorf, dem "Rheinwacht"-Sänger Frank Krämer (Mitglied der REP), dem JN/NPD`ler und Herausgeber des "AMOK" Mike Beyer (1994 Kommunalwahlkandidat der NPD in Rheine) und "George Hell" bestehenden Redaktion mitzuteilen. Sechs Ausgaben sind für 1997 angekündigt. Als besonderer Leckerbissen winkt bei Zeichnung eines Abos bis zum 20.04.1997 (Anm.: Hitlers 108. Geburtstag) eine "Rock Nord Kollektions-CD". Selbst das weltweit führende Nazi-Skin-Blatt "Resistance" (USA) scheint beeindruckt. Jason Lewis (Resistance, USA) lobpreist "Rock Nord" in einem Leserbrief, stellt eine Zusammenarbeit in Aussicht und bietet an, das Blatt auch über den "Resistance"-Vertrieb zu vertreiben, wenn ein kleiner Teil in jeder Ausgabe in englischer Sprache abgefasst würde. Im neonazistischen, elektronischen "Thule-Netz" finden sich sowohl begeisterte, als auch kritische Stimmen. Die Kritik bezieht sich auf die Person Lemmer, der bei einem Teil der organisierten neonazistischen Szene nach wie vor als "Abzocker" und "Geschäftemacher" gilt. Bleibt zu wünschen, daß das "Jahr der Offensive" für Lemmer und Co. zum Alptraum wird.

Nazis werben im "Börsenblatt des Deutschen Buchhandels"

"Sänger für Deutschland. Die Biographie des Volkssängers Frank Rennicke"; so der Titel des kürzlich erschienenen zweiten "Werkes" von Torsten Lemmer aus Düsseldorf, Geschäftsführer des Nazi-Labels "Funny Sound" und geschäftsführender Gesellschafter der Firma "Creative Zeiten". Nach seinem Erstlingswerk "Skinhead Rock", das im rechten Glatzenlager und in der organisierten Nazi-Szene teilweise belächelt, teilweise gnadenlos verrissen wurde, versucht Lemmer nun, auf über 200 großzügig layouteten Seiten das Leben und die "Karriere" des "Nationalen Liedermachers" und Wiking-Jugend-Barden Frank Rennicke nachzuzeichnen. Rennicke (Baujahr 1965) ist bisher auf über zweihundert neonazistischen Veranstaltungen aufgetreten, die im Anhang des Buches detailliert aufgelistet werden. Erschienen ist das Buch im "Verlag Mehr Wissen Düsseldorf/Langenfeld" von Kurt Winter, ehemaliger Vorsitzender der Düsseldorfer REP-Abspaltung "Freie Wählergemeinschaft", den Lemmer einmal als seinen "politischen Ziehvater" bezeichnete. Der Inhalt des Buches: Ein junger "deutschfühlender", treuer und nationaler Liedermacher trotzt allem, was sich ihm an deutschfeindlichem in den Weg stellt. Trotz ständiger Anfeindungen, antifaschistischer Angriffe und staatlicher Repression geht er seinen Weg - aufrecht natürlich und immer klar das Ziel im Blick: Ein Deutschland, wie er es selber aufgrund des Elends der "späten Geburt" nicht erleben konnte. Das Buch besteht großteils aus wehleidigem Gejammere über das Böse, was Frank bisher erleben mußte. Einen hohen Unterhaltungswert haben allerdings die im Buch abgedruckten ca. 40 Farbfotos: "Frank im Alter von zwei Jahren mit Tante", Frank "in der Grundschule", "Frank, der Feuerwehrmann" etc..



Frank Rennicke; wurde scheints schon in frühen Jahren als unausstehliche Plärrsuse empfunden

Das wäre alles eigentlich nicht der Rede wert, hätten sich die Verantwortlichen für das renommierte "Börsenblatt des Deutschen Buchhandels" nicht entblödet, eine halbseitige Werbeanzeige für das Buch abzudrucken. Offensichtlich scheint man dort keine Probleme mit Nazis und deren Publikationen zu haben, erst recht nicht, wenn auch noch Geld dabei herausspringt. Die Anzeigen für neonazistische Werke dürften nur nicht gesetzes- bzw. wettbewerbswidrig sein oder gegen die "guten Sitten" verstoßen, wie Henrik Markgraf, Sprecher des "Börsenblattes" in einem Interview der Tageszeitung "Junge Welt" mitzuteilen wußte (vgl. jw 03.01.1997). Da auch Rennicke und Lemmer gegen den "Verfall guter Sitten" kämpfen, dürfte die weitere Unterstützung der Nazis durch das "Börsenblatt" zumindest nicht an diesem Punkt scheitern.

Neonazis im Offenen Kanal ?

Laut „junge Welt" vom 20.11. will die Landesanstalt für Rundfunk in Nordrhein-Westfalen (LfR) in den Offenen Kanälen des Landes keine Beiträge mit neonazistischem Inhalt dulden. Wolfgang Hahn-Cremer, Vorsitzender des Lokalfunkausschusses der LfR, betonte, daß jeder zu Worte kommen könne. Allerdings bei neonazistischen Inhalt „die Schmerzgrenze erreicht" sei. Er forderte Mitarbeiter der Bürgersender auf, entsprechende Beiträge abzulehnen. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg hatte im Fall des in Berlin aktiven rechtslastigen „Radio Germania" kürzlich festgestellt, daß die Produzenten mit ihren Sendungen die gesetzlichen Grenzen nicht überschreiten würden.

Dummheit schützt vor Strafe nicht ?

Betrunken gewesen und "Maulhelden" seien sie, die beiden rechten Glatzen, die sich von Ende September bis zum 7. Oktober 1996 vor der VII. großen Strafkammer des Landgerichtes Düsseldorf zu verantworten hatten. So die Worte des Vorsitzenden Richters bei der Urteilsverkündung im Prozeß gegen die Düsseldorfer Oliver Zervas (21) und Mark Harig (28).

Was war geschehen?

Am 14.8.95 machten sich die Zervas und Harig mit einem Molotow-Cocktail im Gepäck auf den Weg per Bus von Düsseldorf-Reisholz nach Düsseldorf-Rath. Ziel: Ein AsylbewerberInnenheim in der Borbecker Straße, das seit einiger Zeit als Übergangswohnheim genutzt wurde. Glücklicherweise stellten sich die beiden dermaßen dusselig an, daß ein Fahrgast mitbekam, was da in Planung war und die Polizei informierte, die Schlimmeres verhindern konnte. Zervas und Harig hatten im Bus faschistische Sprüche geklopft, eine türkische Familie mit Hitler-Gruß und verbaler Anmache bedroht und sich dann unvorsichtigerweise über den geplanten Anschlag unterhalten, was der Fahrgast teilweise mithören konnte. Vor Gericht sagte Zervas aus, er habe eine Freundin in Rath besuchen wollen. Harig wollte angeblich zu einem Skinhead-Treffen. Sie hätten sich im Bus nur wichtig machen wollen und seien zudem betrunken gewesen. Auch nicht annähernd in Einklang zu bringen sind diese Versionen mit dem Mitführen des Molotow-Cocktails, dem Spruch "heute werden noch welche sterben", der in ihrer Unterhaltung fiel, der im Bus geäußerten Absicht, das Spiritus noch an einer Tankstelle gegen besser brennendes Benzin auszutauschen und der Tatsache, daß sie sich beim Busfahrer nach der Borbecker Straße - Zervas Freundin wohnt in einer anderen Straße - erkundigt hatten. Daß Zervas zwar nicht der Hellste, aber durchaus bereit ist, Brandanschläge mit rassistischem Hintergrund zu verüben, hatte er bereits am 30.6.95 bewiesen, als er einen Molotow-Cocktail gegen ein Haus in Düsseldorf-Reisholz warf, um "Iwans anzuzünden", wie er sich kurz zuvor ausdrückte. Darüber hinaus war er schon des öfteren durch Aktionen mit neofaschistischen Hintergrund aufgefallen und trieb sich im Umfeld der FAP herum.



Mark Harig (li) und Oliver Zervas

Die Staatsanwaltschaft forderte 3 bzw. 3,5 Jahre Haft für Harig und Zervas. Für sie war ausreichend bewiesen, daß hier eine Verabredung zum Mord vorlag. Diese Position teilte das Gericht nicht. Ein planvolles Vorgehen sei nicht nachweisbar. Die Angeklagten hätten sich wahrscheinlich nur wichtig machen wollen. Positiv angerechnet wurde Zervas zudem, daß er nach seiner ca. zehnmonatigen U-Haft einen festen, gut bezahlten Job und eine Wohnung gefunden habe, keinen Alkohol mehr trinken und "keinen Kontakt mehr zu Skinheads" pflegen wolle. Verurteilt wurden beide lediglich wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz. Harig, der vom Gericht als "Mitläufer" eingestuft wurde, erhielt zehn Monate, wobei sich eine Aussetzung zur Bewährung erübrigte, da er diese Zeit bereits in U-Haft abgesessen hatte. Zervas kassierte zusätzlich 15 Monate auf Bewährung (Bewährungszeit: Zwei Jahre), wobei hierbei der Brandanschlag in Reisholz mitverrechnet wurde, und die Auflage, sich einer ambulanten Alkoholentwöhnungsmaßnahme zu unterziehen. Dieses Urteil fiel offensichtlich zur vollsten Zufriedenheit der Angeklagten aus. Den Ausgang des Prozesses feierten beide unmittelbar nach Sitzungsende erst einmal mit einigen Flaschen Bier.

Ein Redaktör hats schwör

Im April nannte der „Chefredakteur" der „Jungen Freiheit" den Verfassungsschutz noch ein “dummes, anmaßendes und im höchsten Maße verlogenes Instrument des israelischen Geheimdienst Mossad" und kündigte eine Klage „namhafter Juristen" gegen den NRW - Innenminister an. Gesagt, getan. Die Klage, die unterbinden sollte, daß der Verfassungsschutzbericht 1995 die „JF" weiterhin als rechtsextremistisch einstuft, wurde eingereicht. Durch die einstweilige Anordnung sollte verhindert werden, daß der VS-Bericht weiter verbreitet wird. Bis zur Klärung der Vorwürfe sollten die Passagen über die „JF" entfernt oder unleserlich gemacht werden. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf sah es anders und lehnte den Antrag ab.(Az.: 1 L 3150/96)

Mittlerweile erschien der „Zwischenbericht 1996" des NRW-Verfassungsschutzes, in dem die „JF" wiederrum als rechtsextremistisch bezeichnet wird.

Ob Herr Stein sich das von einem „Mossadableger" ein weiteres Mal gefallen lassen wird? Wir werden sehen.

Essen

Urteil wegen Mordversuchs

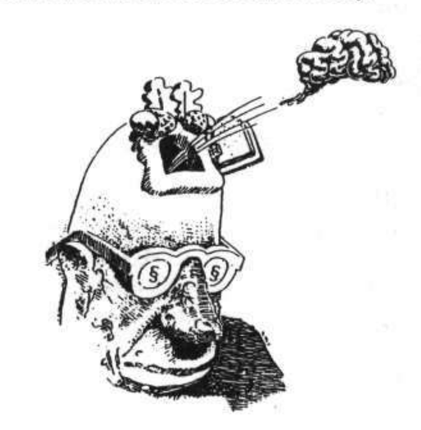
Der 16jährige Nazi der am 9. April letzten Jahres auf einer Rolltreppe am Viehofer Platz auf eine ihm völlig unbekannte 53jährige Türkin achtmal mit dem Messer eingestochen hatte, ist zu einer Jugendstrafe von fünf Jahren verurteilt worden. Im Urteil des Essener Landgerichts heißt es, daß er blind vor Ausländerhaß gewesen sein soll. (WAZ 17.1.`97)

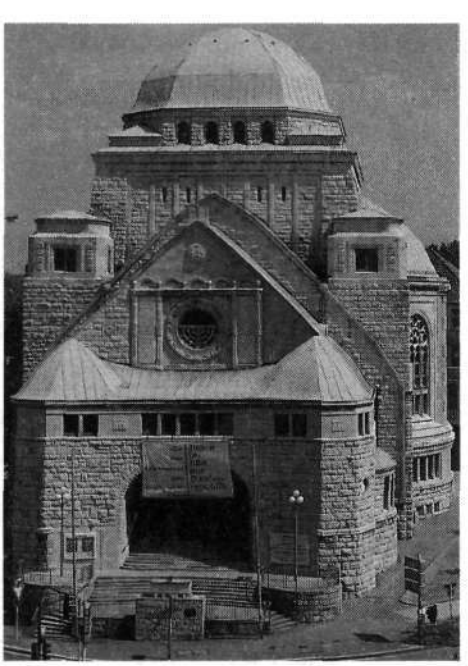
Akademiker üben die Große Koalition

Essens Jungakademiker und Nachwuchs-PolitikerInnen üben schon mal ganz offen das, was die Großen insgeheimschon praktizieren: Die Große Koalition

Dabei sind es die Genossen der Jusos, die dem RCDS die Hand reichen und die der Linken Listen ausschlagen. Zusammen mit ihren Abspaltungen der Lehramts-, Wohnheims-, Inginieurs- und Kommunikationsgestalterliste vollziehen die Jusos das Prinzip: Links blinken, rechts abbiegen.

Das der RCDS dabei das Finanzreferat bekommt, wundert unsereiner kaum. Aber das Schwulenreferat? Hält sich der RCDS etwa für sexy?





Alte Synagoge Essen, Steeler Straße

Synagoge auf rechten Pfaden ?

Seit dem EU Gipfel im Herbst 1994 veranstaltet die Alte Synagoge Essen an jedem ersten Donnerstag im Monat ihre „Donnerstagsgespräche" über Politik, Kultur, Gesellschaft. Unvoreingenommen könnte mensch von einem interessantem Veranstaltungsangebot ausgehen. Bei näherer Betrachtung erweisen sich einige der geladenen Diskutanten aber als Apologeten antikommunistischer, antidemokratischer und rechter Gesinnung.

Noch nicht in der Synagoge, aber in der Heinrich Heine Buchhandlung, und noch mit dem Bildungswerk der Humanistischen Union NRW und der Buchhandlung gemeinsam, organisierte die Alte Synagoge eine Veranstaltung mit Prof. Lutz Niethammer am 19.1.1995 zu dessen Buch"Der "gesäuberte" Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald". Diesem Buch wird von anderen WissenschaftlerInnen vorgehalten unsauber erstellt und tendenziös recheriert zu sein, um die Kommunisten, die im KZ einsaßen und von denen auch einige als Kapos aktiv waren, zu zwielichtigen Gestalten zu machen. Die „roten Kapos" würden wie die Mafia dar- und der SS gleichgestellt. Ziel sei es, die KommunistInnen und den linken antifaschistischen Widerstand zu diskreditieren.
(Über diese Auseinandersetzung siehe auch: jw 21.3.1995 und die Dokumentation des Anna Seghers Bildungswerk „Die Scheinaufklärung über die „roten Kapos" als Teil einer politischen Kampagne-...auch in Wiesbaden")
Am 1. Februar 1996 konnte dann der an der Münchner Bundeswehrhochschule arbeitende Professor Michael Wolfssohn in der Alten Synagoge referieren. Der in der „Jungen Freiheit" vom 25. Februar 1994 so wohlwollend porträtierte Wolfssohn, der schon in seinem Buch „Ewige Schuld? Vierzig Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen" zur Freude der Rechten die geleistete „Wiedergutmachung" *ausrechnete, stellte, laut Synagogeneinladung,* sein Buch „Deutschlandakte" vor. Wie in der Niethammerveranstaltung geht es im Einladungsflugblatt um die DDR Geschichte. Deren Antifaschismus sei ein „Mythos". Außerdem hätte die SED/Stasi durch Aktivitäten in der Bundesrepublik daran mitgewirkt, daß ein Bild der Kontinuität von Antisemitismus und Faschismus in Westdeutschland in der Weltöffentlichkeit entstehe. Das hier einmal mehr der maßgebliche Bedeutung der Linken im antifaschistischen Kampf geleugnet werden soll und der Faschismus der BRD nicht als systemimanentes Problem, sondern als Exportware der „Kommunisten" gelten soll, ist wohl an fünf Fingern abzulesen.
Hatte die Synagoge diese Veranstaltung noch mit der ESG und „die Brücke" gemeinsam gemacht, zeichnete sie sich für die Veranstaltung am 2. Mai 1996 alleine verantwortlich und schoß mit dem Referenten wahrlich den Vogel ab. Sie lud Prof. Dr. Günter Rohrmoser ein. Vorgestellt wurde der Herr Rohrmoser in der Einladung als Wissenschaftler und Autor. Wir erlauben uns hier die feinen Auslassungen der VeranstalterInnen nachzuholen: Prof.Dr.Günter Rohrmoser, geb. 1927, ehem. Berater von Filbinger und Franz Josef Strauss, Mitglied des Studienzentrum Weikersheim (taz 28,7,´89), 1987 stellvertretender Vorsitzender des Studienzentrums (AN 16/87), Mitglied der äußerst rechten"Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte"IGfM (AN 12/85), neben Löwenthal Mitglied im fünfköpfigen Gremium der VPM, Autor in „Epoche", „Ostpreußenblatt", „Mut", „Criticon" und „Junge Freiheit", sprach vor dem JF-Lesekreis in Karlsruhe 1993 und vor der „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland" in Coburg 1996, warb für die Republikaner und half bei deren „Intellektualisierung". Wir belassen es bei diesem kleinen Einblick in die Vita des Herrn Professors.
Thema dieses „Donnerstagsgesprächs" war laut Einladungsschreiben der Alten Synagoge: „Die Wiederkehr der Geschichte und die Krise der Bundesrepublik". Herr Rohrmoser wollte zum „libertär deformierten" Liberalismus und einer liberal-konserativen Erneuerung referieren.
Am 10. Oktober trat dann Wolfgang Templin in der Alten Synagoge auf.
Wolfgang Templin, Ex - Bürgerrechtler in der DDR, gehört zu jener illustren Gesellschaft, die meint der „Jungen Freiheit" Interviews geben zu müssen (9/94) oder in ihr gar zu schreiben (22 und 27 / 94). Dies erfreut natürlich die Junge Freiheit, erhöht doch die Teilnahme von Leuten, die als Demokraten gelten, den Akzeptanzsgrad ihrer Postille in der Öffentlichkeit.
Eingeladen wurde Templin, um zu den Thesen zu referieren, die er in dem Sammelband „Von der Wiederkehr des Sozialismus" äußerte. Diesen Sammelband gab er zusammen mit Christian Striefler heraus, mit dem er auch den rechten „Berliner Appell: Wehret den Anfängen" im Herbst 1994 unterschrieb. Bei diesem Aufruf durfte der oben schon erwähnte Michael Wolfssohn ebenso wenig fehlen, wie Heimo Schwilk, Ulrich Schacht oder Rainer Zitelmann. Natürlich ist Zitelmann auch Autor in diesem Buch. Ebenso, wie der Jurist Rudolf Wassermann, der ständiger Mitarbeiter der rechtsextremen Zeitschrift „Mut" ist. Und selbstverständlich ist das Werk bei dem rechten Ullstein Verlag erschien. (zu diesem Buch mehr in jw 17.9.`96)
Zurück zu Herr Templin. Sein Vortrag zur „Wiederkehr des Sozialismus" erwies sich als billig gestrickter Antikommunismus. Templin verkaufte sich als geläuterter Kommunist. Er hätte sich in der DDR vom Saulus zum Paulus gewandelt und auf Grund seiner Geschichte kenne er die Gefährlichkeit des Sozialismus und erkenne diesen auch sofort. Darum sähe er auch so klar die SED in der PDS und die Gefahr, die unserer Demokratie durch die PDS drohe.
Templin erdreistete sich, die These aufzustellen, wie falsch es doch vom Widerstand in der DDR gewesen wäre, nicht an die Erfahrung des Widerstands unter dem Nationalsozialismus anzuknüpfen. Dies setzt nicht nur die DDR mit dem NS-System gleich und verharmlost die Verbrechen der NS-Diktatur. Obendrein heroisiert es die Opposition der DDR (und natürlich ihn selbst) auf unerträgliche Weise. Von den ca 30 Anwesenden regte sich kein Widerspruch. Vielmehr versuchte die Zuhörerschar die wilden Thesen von Templin mit ein paar noch wilderen Konstrukten zu bereichern.
Der Vortrag war so armselig, daß ihn jeder BILD-Schreiberling hätte halten können. Wenn Templins Engagement nicht so mies wäre, müßte mensch ihn bedauern. Denn hier verkauft ein Rückgratlosgewordener seine Biographie und seinen Antikommunismus auf dem Markt der Möglichkeiten. Das er dabei die Nähe zu den Faschisten sucht wirft ein Schlaglicht auf seine Inhalte und seinen Charakter.

Es stellt sich nun die Frage, warum die Verantwortlichen der Alten Synagoge Essen solchen Leuten Geld und Raum bietet, ihre Inhalte zu verbreiten. Dies auch, weil diese Leute Auftrittsmöglichkeiten in solch einen Rahmen gut zur Verschleierung ihrer rechten Ambitionen nützen können.
Dies muß nicht immer so durchsichtig ausfallen, wie es z.B. bei dem Essener SS-Mann Dr. Griener der Fall war. Dieser gab in dem „Deutschen Manifest" - Prozeß vor der Dortmunder Staatschutzkammer an, an einer Diskussion in der Alten Synagoge Essen teilgenommen zu haben, was nach seiner Meinung doch belege, daß es sich bei ihm nicht um einen Antisemiten handeln könne.

Faschistische Aktivitäten in Essen

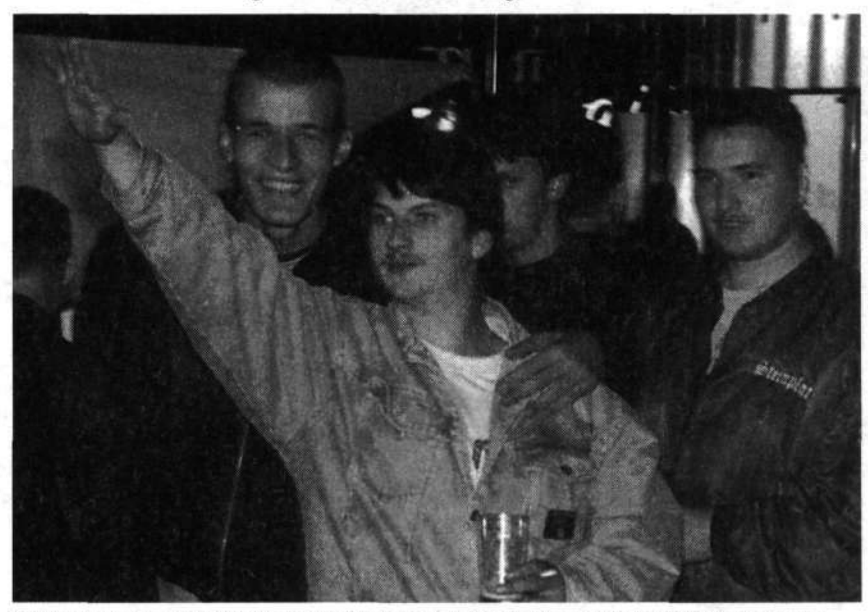
Essen hat sich in den letzten Jahren zu einer Hochburg faschistischer Straßengewalt entwickelt. Dies kommt nicht von ungefähr. Die organisierten Nazis konnten sich nicht nur ungestört von staatlichen Stellen entwickeln, sondern wurden durch diese geradezu gefördert. Hier sei die seit Jahren praktizierte Vergabe städtischer Räumlichkeiten für NPD-Parteiveranstaltungen und die MHP - Jahreskongresse erwähnt. Unbemerkt konnte die NF in ihrem Zentrum in der Wörthstr. Schulungen abhalten. Konnten Aufmärsche stattfinden.KKKler, FAPler und Alt-SSler sich organisieren.
Wird Zeit, daß sich das ändert.

Am 16.12.`96 fand eine Informationsveranstaltung der „Unabhängigen Antifa Aktiv" über die rechte Szene in Essen statt.
Im folgenden dokumentieren wir eine Übersicht, die die UAA über Essen und Mülheim veröffentlichte.
- Diese Übersicht ist bei weitem nicht vollständig und beinhaltet nur die Erkenntnisse der UAA. -

- Die „Ermittlungsgruppe fremdenfeindliche Straftaten" unter Leitung von Heribert Reick hat sich Ende 1995 aufgelöst. Der Essener Staatsschutz berichtet von 67 (ihnen bekannten und daher zu niedrig angesetzten) fremdenfeindlichen Straftaten mit 20 Verletzten. Die „Kameradschaft Essen" der (verbotenen) FAP tagt hingegen weiterhin unbehelligt und auch in Borbeck ist die Szene weiterhin aktiv (1). Erstmals wird sogar öffentlich in der Presse (2) von der Kneipe „Briefkasten" am Hauptbahnhof gegenüber der Post als Nazitreffpunkt berichtet. (1) WAZ 7.5.`96 (2) NRZ 24.4.`96
- Fr 02.02.`96: Ein 18 jähriger wird von einem 32 jährigen mit den Worten „Du Ausländer, ich schieß Dich tot!" bedroht. (WAZ 2.2.`96)
- Di 09.04.`96: (22.45 Uhr) Ein mit Bundeswehrtarnanzug gekleideter betrunkener 16jähriger sticht eine 53 jährige Türkin nieder. Auch nüchtern steht der Täter noch zu seinem Motiv: Fremdenhaß. Die Frau überlebt den Mordversuch schwer verletzt. (WAZ 11.04.`96)
- Sa 13.04.`96: (5.40 Uhr) Nachdem ein 17 jähriger Jugendlicher sich gegen die antisemitischen Sprüche von zwei jungen Männern (19 und 20 Jahre) zur Wehr setzt, wird er von einem festgehalten und von dem zweiten mit Cowboystiefeln 20 mal gegen den Kopf getreten.(NRZ 15.04.`96)
- So 28.04.`96: In der Gaststätte Istra (der Wirt ist Kroate) auf der Rüttenscheider Str. in Essen-Rüttenscheid fand wieder einmal ein NPD - Landesparteitreffen statt. Es war das siebte in Essen seit 1994.(NRZ 01.05.1996)
- Die 30.04.`96: Am vorhergehenden Freitag wurde am Viehofer Platz das Gartenlokal PIAZZA eröffnet. Eine Gruppe Jugendlicher aus der Fascho-Hooligan-Szene (evtl. Briefkastengänger) griff zunächst einige Gäste tätlich an und wurde dann von Rockern, die vom Betreiber (ebenfalls NORD und ROXY) angestellt sind, gewaltsam vertrieben.(Essener Antifas 05/96)
- April `96: Ein Punk wird an einem Freitag vor Horten am Essener Hauptbahnhof von Faschisten aus dem Briefkasten verprügelt.
- Die 07.05.`96: Der 69jährige ehemalige Offizier der 3.SS-Kavaleriedivision Dr. Dietrich Griener aus der Bocholder Str. 166 in Essen wird zu 2 Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung und 15000 Mark Buße verurteilt. Er hatte am 08.05.`96 ein 84 seitiges „Deutsches Manifest" bundesweit verbreitet. Darin wird beispielsweise der Massenmord an den JüdInnen als „gigantische Lüge" bezeichnet. Zu einer seiner „Heldentaten" im 3. Reich zählte unter anderem die Niederschlagung des Aufstands der polnischen WiderstandskämpferInnen in Warschau.(Antifa NRW Zeitung Juni/August`96)
- Sa 18.05`96 fand um 16.00 Uhr im Essener Saalbau eine Vortragsveranstaltung des „Bund für Gotterkenntnis(BFG)" unter dem Titel „Hier sind die Wurzeln deiner Kraft - Heimat, ihr Wesen, ihr Wert, ihr Verlust" statt. Nach Aussagen des Saalbau-Pächters Leo Imhoff tagt der BFG schon seit 15 Jahren dort. Er wurde im Vorfeld über den BFG informiert. Die Veranstaltung fand trotzdem statt. Teilgenommen haben etwa 15-20 Personen im Rentenalter. Saalschutz war nicht vorhanden. Der BFG zählt bundesweit rund 12000 Angehörige. Diese werden auch als „Ludendorffer" bezeichnet. Er vertritt eine rassistische und antisemitische ideologische Grundhaltung.(WAZ 20.05.`96)
- Eine Gruppe von 20-25 Personen wird von drei rechtsradikalen Männern und einer Frau an der Haltestelle Badeanstalt mit Naziparolen provoziert. Als die Gruppe in eine Straßenbahn einsteigt, wird ein 21 jähriger durch einen Bierflaschenwurf am Kopf verletzt.(WAZ 12.07.`96)
- Zwei 13jährige Jugendliche werden vor der Discothek FUN in Borbeck von White-Pitbulls (RWE Hools) angegriffen und verletzt. Ein Täter ist bereits 30zig Jahre alt.(Essener Antifas 08/96)
- Sa 06.07.`96: Elf Männer zwischen 17 und 31 Jahren, sowie 3 Frauen von 19 bis 20 Jahren aus Essen, Dortmund, Mülheim, Recklinghausen und Ennepetal sind die Reste einer Feier im Schloßpark in Borbeck, die von der Polizei kontrolliert wurden. Darunter ein 20zig jähriger aus Mülheim der mit Haftbefehl gesucht wurde.(WAZ 09.07.`96)
- Mo 08.07`96: 5 Faschisten demonstrieren unangemeldet mit einem Transparent"Arbeitsplätze für Deutsche - Hoch die nationale Solidarität" vor dem Arbeitsamt am Berliner Platz. Als Polizei und 30-40 Gegendemonstrantinnen (von der Uni) erscheinen, müssen sie verschwinden.(VW-Bus aus Steinfurt -N-2556)
- Zwei Rechtsradikale verprügeln vor einer Gaststätte an der Altenessener Str. einen 20 jährigen Mann.(WAZ 09.08.`96)
- So 01.09.`96: Auf dem Borbecker Marktfest spricht die Polizei nach Schlägereien und Schüssen mit einer Gaspistole am Samstag 75 und am Sonntag noch einmal 15 Platzverweise gegen die rechte Szene aus. (NRZ Sept.`96)
- Mo 02.09.96: Ein Türke wird von zwei Rechtsradikalen in der Gaststätte „Tini`s Eck" in Frohnhausen zusammengeschlagen. (Essener Antifas 09/96)
- "Keine Türken, keine Neger, nur weiße Deutsche". Mit diesen Worten wurde ein schwarzer Eishockeyspieler der Moskitos Essen von den Türstehern der Discothek FUN in Borbeck beschimpft und abgewiesen.(WAZ 02.09.`96)
- Beim Kettwiger Brunnenfest grölen neun angetrunkene Jugendliche fremdenfeindliche Parolen und beschädigen parkende Autos. (WAZ 24.09.`96)
- Fr 27.09.`96: Ein alternativ gekleideter Jugendlicher wird von 5-6 Faschisten mit Schäferhund unter „Dreckspunk"-Rufen vor McDonalds am Essener Hauptbahnhof schwer verletzt (Krankenhausaufenthalt).
- Sa 05.10.`96: (0.30 Uhr) Gleis 11/12 Essen Hbf. Acht rechtsradikale Skins überfallen vier Punks von denen einer einen „Nazi Raus" Aufnäher trägt. Bei einem 16jährigen Täter wird umfangreiches Nazipropagandamaterial sichergestellt. Die Täter sind ca. 16 jährige Jugendliche aus Essen Kettwig (10. Klasse Städtische Realschule Kettwig). (NRZ 08.10.`96)
- Sa 05.10.`96: In der Grugahalle findet eine Veranstaltung der rechtsradikalen „Türk Federacyon", besser bekannt unter dem Namen „Graue Wölfe", mit 400 eigenen Ordnern statt. Die Förderation erwägt, diesen Ort zu ihrem Stammtagungsort zu machen. (WAZ 09.10.`96)
- Im Oktober wird erneut ein Ausländer von den Türstehern der Discothek FUN abgewiesen. Der Betreiber Werner Müller beklagt sich in der Zeitung über Ausländer, die sich bei einer Abweisung direkt an die Presse wenden. (WAZ 06.11.`96)
- Mo 14.10.`96: (20.30 Uhr) Ein 31 jähriger Mann wird von 4-5 Faschos in Borbeck an der Ecke Germaniastr./Bergmühle schwer verletzt und droht auf einem Auge zu erblinden. (WAZ/NRZ 22.10.`96)
- Ende Oktober `96: In Frohnhausen, Rüttenscheid und Holsterhausen wird die „Deutsche Stimme-Nationaldemokratische Zeitung" der NPD per

Postwurfsendung verteilt. Neben rechter Sozialpolitik geht es um deutsches Liedgut im Radio, Heß-Aufmarsch, Asylpolitik und Propaganda (Bücher, Fahnen, CDs und T-Shirts).

- Do 21.10.`96: Durch einen Brand in der Heidhausener Jugendbildungsstätte die zur Hälfte der SJD-Die Falken gehört, entsteht ein Sachschaden von 500.000 DM. Zwei junge Männer waren gewaltsam in das Haus eingedrungen und hatten an sechs Stellen Feuer gelegt. Der Verwalter wurde von ihnen zusammengeschlagen und in dem bereits brennenden Haus zurückgelassen. Im Vorfeld wurde mehrmals ein weißer Kleinwagen mit Mülheimer Kennzeichen in der Gegend beobachtet. (WAZ 25.10.`96) Das Motiv ist noch unklar, der Tatverlauf und die PKW-Beschreibung passen jedoch zu den Brandstiftungen im Autonomen Zentrum (AZ) in Mülheim.
- Sa 31.11.96:Bei den "Werdener Rocktagen" im JuZ Werden wurden 2 BesucherInnen von Faschisten angepöbelt. Ca. 20 Rechte hatten sich zuvor am Markt und weitere am Werdener S-Bahnhof versammelt.
- So 15.12.: Ein 26 jähriger irakischer Student wurde auf dem Heimweg nachts von einem Skin überfallen. Dieser schlug ihn zu Boden undschoß auf ihn mit einer Gaspistole. Als ein zufällig vorbeikommender Kripobeamter dem Ausländer beistehen wollte, wurde auch er mit der Waffe bedroht. Dem ca. 25 jährigen Täter gelang die Flucht. (WAZ 17.12.`96)
- Mi 18.12.96: Ein 18jähriger Mann wurde von vier 18-20jähr. Nazi-Glatzen an der U-Bahn-Haltestelle Viehofer Platz beschimpft und angepöbelt. Als sich dieser zur Wehr setzte, wurde er mit einem Baseballschläger niedergeschlagen. Nach 2 Stunden Bewußtlosigkeit wachte er wieder auf. Im Krankenhaus wurde eine schwere Gehirnerschütterung und eine Platzwunde diagnostiziert.



FAPler der Kameradschaft „Steinplatz" können bei einer Rede von Helmut Kohl in Essen den Arm nicht unten halten.

Vorgänge um die Wagenburg und das AZ in Mülheim:

- Mi 29.05.`96: Nach vorherigen Drohanrufen einer „Anti-Antifa Mülheim" bei BewohnerInnen der Wagenburg, drohen die Faschisten das „Punkerdorf plattzumachen". Der Überfall wird durch eine große Anzahl von mobilisierten AntifaschistInnen verhindert. Ein im Vorfeld mehrfach beobachteter weißer Ford Fiesta wird abgeschreckt.
- So 16.06.`96: Gegen 2.30 Uhr bricht in der einige Monate zuvor besetzten alten Lederfabrik (AZ) an zwei Stellen Feuer aus. Die Eingangstür war aufgebrochen, ein gefundener leerer Benzinkanister wurde von einer sehr trägen Spurensicherung der Polizei konfisziert.
- So 16.06.`96: (abends) Der bekannte weiße Ford Fiesta hält am AZ, eine Person steigt aus, fotografiert den Eingangsbereich, sowie die überraschten Personen und verschwindet unter Sieg-Heil Gebrüll.
- Mo 17.06.`96: Zwei Fensterscheiben des AZ werden durch Steinwürfe zerstört.
- Di 18.06.`96: Ein weiteres mal wird fotografiert und „Rotfront verrecke" geschrien.
- Fr 21.06.`96: Ein Traktor, der für den Transport der Bauwagen aus der Wagenburg benötigt wird, wird von Unbekannten zerstört und fahruntüchtig gemacht.

Danach blieb es bis auf kleinere Einbruchsversuche und Sachbeschädigungen relativ ruhig. Die BewohnerInnen des AZ zogen in ein Alternativgebäude um. Ende Juli brachen einige Faschisten in die mittlerweile versiegelte und unbewohnte AZ-Halle ein und beschmierten die Wände mit faschistischen Parolen, Beschimpfungen und Drohungen.

Außerdem trifft sich jeden Freitag seit längerem in der Kneipe „Im Briefkasten" am Essener Hauptbahnhof die Neonaziscene des gesamten Ruhrgebiets. Der Briefkasten ist die ehemalige Geschäftsstelle der inzwischen verbotenen FAP-Kameradschaft Essen.. Die FAP wurde zwar verboten, die Treffpunkte existieren jedoch weiter. Dort wird nicht nur gefeiert, sondern finden auch Verabredungen und Vernetzungen statt. Jugendlicher Nachwuchs wird rekrutiert und geschult. Braunes Propagandamaterial wird verteilt.
Wie auch in der Auflistung erkennbar, kam es im letzten Jahr häufig zu Übergriffen gegen Punks und AusländerInnen gerade Freitags in der Nähe des Hauptbahnhofs und der City, denen die Polizei wenig Aufmerksamkeit schenkte. Sie spielt die von Faschisten ausgehende Gefahr gegen Andersdenkende als Streitereien unter „rivalisierenden Jugendbanden" herunter.

Kontakt: Unabhängige Antifa Aktiv, c/o Falkenheim Frohnhausen, Thiesbürgerweg 24, 45144 Essen

Gelsenkirchen



Am 9. Oktober demonstrierten rund 100 Flüchtlinge aus Guinea in der Innenstadt und vor dem Verwaltungsgericht von Gelsenkirchen. Anlaß war die Verhandlung einer Klage eines Oppositionellen aus dem westafrikanischen Land gegen die Ablehnung seines Asylantrags. Obwohl die Verhandlung abgesagt wurde, überreichten die DemonstrantInnen, im Beisein eines Vertreters von amnesty international, den zuständigen Asylrichtern einen Bericht, der die Unterdrückung und Menschenrechtsverletzung unter der Militärdiktatur von Guinea belegt.

Ob das die Asylrichter in irgendeiner Weise beeindruckt, ist fraglich. Seit Jahren werden von bundesdeutschen Asylgerichten Anträge auf Asyl von Menschen aus Guinea reihenweise als "offensichtlich unbegründet" zurückgewiesen. 1995 wurden von 243 gestellten Anträgen nur 3 anerkannt. Die den Richtern zugänglichen amnesty-Berichte, die von willkürlichen Verhaftungen, jahrelanger Haft ohne Prozess, Folter und Verschwindenlassen von KritikerInnen der zwölfjährigen Diktatur des Präsidenten Conté sprechen, scheinen die Würdenträger dabei nicht zu beeindrucken. Diese verlassen sich lieber auf die Berichte des Auswärtigen Amtes. Und das hat, wie die Bundesregierung, die Auffassung, daß es sich bei der Regierungsform in Guinea um eine Demokratie handelt. So erhält das Regime Wirtschaftshilfe aus der BRD und guineische Militärs eine Offiziersausbildung in Deutschland.

Währenddessen sterben rein an den hygienischen Zuständen in den Gefängnissen Guineas täglich rund ein Dutzend Menschen. Werden Frauen vor den Augen ihrer Kinder vergewaltigt. Weiß der amnesty-Vertreter, der letztes Jahr mit einer Menschenrechtsdelegation in Guinea war, von engen Zellen zu berichten, in denen rund zwanzig Gefangene monatelang in Brackwasser und eigenen Exkrementen stehen müssen, bis ihnen das Fleisch von den Knochen fault.

Und während die Herren Robenträger in der Gerichtskantine sich ihr Mittagessen munden ließen, demonstrierten am 9. Oktober die Menschen aus Guinea und einige wenige Deutsche durch die Innenstadt von Gelsenkirchen. Distanziert bis aggressiv reagierten die meisten der PassantInnen. Und so mußte sich ein Mann, dessen ganzer Rücken von Peitschenhieben und anschließendem Übergießen mit Säure vernarbt war, anhören, daß er nur hier sei, um sich „auf unsere Kosten" sattzufressen und daß er gefälligst in den Busch zurückgehen solle.

Hagen

„Henker von Ommen" hat keine Verurteilung zu befürchten

Der in den Niederlanden zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilte Nazikriegsverbrecher Hubertus Bikker aus Hagen, hat weiterhin keine Verfolgung durch die deutsche Justiz zu befürchten (siehe Antifa NRW Zeitung Nr. 10). Zwar bestätigte die Landesregierung NRW in einer Antwort auf die KLEINE Anfrage der Grünen Abgeordneten Schumann, daß die Zentralstelle zur Verfolgung von Naziverbrechen bei der Staatsanwaltschaft Dortmund die Ermittlungen gegen Bikker wieder aufgenommen habe, jedoch keine Anklageschrift zu erwarten sei, falls nicht neue Beweise gegen Bikker aufgetan würden. Auch wenn heute die Zentralstellen zur Verfolgung von NS-Verbrechen nicht mehr von Nazis geleitet werden - erst kürzlich mußte der NRW Justizminister zugeben das viele Jahre genau die Stellen, die mit der Verfolgung von NS Verbrechen betraut waren, von Nazis geführt wurden - ist bei der zuständigen Dortmunder Staatsanwaltschaft der Wille, gegen Bikker wieder zu ermitteln, nicht sehr groß. So aktivierte der zuständige Oberstaatsanwalt Schacht das Ermittlungsverfahren gegen Bikker erst wieder, als er eine, von einem breiten Bündnis getragene, Protestresolution überreicht bekam. Diese wurde von zahlreichen antifaschistischen Initiativen, zu denen u. a. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Bund der AntifaschistInnen in den Niederlanden gehören, unterschrieben. Die Ermittlungen gegen Bikker zeichnen sich durch die Untätigkeit der Strafverfolgungsbehörde aus. Ein einfaches Amtshilfeersuchen an die Niederländischen Behörden würde genügen, um die unzähligen, von Bikker begangenen Morde zu beweisen. Aber anstelle die Nazimörder für ihr Taten zur Rechenschaft zu ziehen, beschäftigen sich die bundesdeutschen Behörden lieber - in alter Tradition - mit der Verfolgung derjenigen, die auf die Nazimörder aufmerksam machen. Erst letzten Dezember kam es im Hagener Amtsgericht zu solch einem, für die bundesdeutschen Gerichte typischen Skandal. Unbeeindruckt von dem regen Medieninteresse und den anwesenden alten Widerstandskämpfern, wurde ein Antifaschist zu einer Geldstrafe von 750 DM verurteilt. Ihm wurde, mittels eines abenteuerlichen Konstrukts unterstellt, eine nicht angemeldete Demonstration vor dem Hause des NS Verbrechers Bikker angeführt zu haben. Dem Staatsanwalt erschien diese Geldstrafe allerdings zu gering zu sein, so daß er in Berufung ging.

„Deutsches Archiv"

In der soeben erschienenen Ausgabe der "Westdeutschen Volkszeitung" wird die Gründung eines "Deutschen Archivs - Lebenserinnerungen" angekündigt. In diesem sollen der "Erlebniss- und Erfahrungsschatz einer Generation, die vor, während und nach der Kriegszeit schier unglaubliches geleistet hat" bewahrt werden. Dem Archivgründer Kurt Siedler, Schlickmannstr.1 in 58089 Hagen geht es nicht um die "politische Wahrheit, sondern die historische Wahrheit", worunter dann wohl nicht seriöse Geschichtsschreibung sondern Geschichtsklitterung und Fälschung zu verstehen ist. Negativ fiel Herr Siedler schon durch einen im Rundbrief des "Bund für Gesamtdeutschland" veröffentlichten "Offenen Brief" auf, den er mit "Bürger Sammlung" und Kurt Siedler unterzeichnete.

Hilden

Veranstaltung der Grauen Wölfe

Am 28.12.1996 fand in der Stadthalle Hilden eine Veranstaltung der türkischen faschistischen "Grauen Wölfe" statt. Laut der Plakatwerbung,

die in verschiedenen Städten geklebt wurden, sollte es sich dabei um ein reines Konzert handeln.
Die auf dem Plakat aufgeführten Personen sind überwiegend solche, die fast ausschließlich auf Veranstaltungen der "Grauen Wölfe" auftreten. Des weiteren war auf den Plakaten ein großes Bild zu sehen, auf dem mehrere Personen die Hand mit dem Gruß der "Grauen Wölfe" erhoben. Die Veranstaltung entpuppte sich tatsächlich mehr als Propaganda-Veranstaltung, denn als Konzert. Dort wurden mehrere Propagandareden und Lobgesänge auf A.Türkes und seine Bewegung vor 600 TeilnehmerInnen gehalten. Ein Großteil der anwesenden Personen trat mit Symbolen der "Grauen Wölfe" auf, auch waren mehrere Funktionäre der faschistischen Organisation anwesend.
Angemeldet wurde die Veranstaltung von einer Privatperson aus Düsseldorf.
In der Halle wurden an den Seitenwänden mehrere Transparente aufgespannt, auf denen mehrere türkische Vereine aus verschiedenen Städten (Remscheid, Solingen, Velbert) ihre rechten Botschaften verkündeten.

Köln

Rechte Tierschützer gegen "Sittenverfall"

Andreas Wolff, bekannt als rassistischer und antisemitischer Hetzer der angeblichen Tierrechtsorganisation Animal Peace International, startete unter dem Namen "Aktionskreis gegen Kindesmißbrauch" eine neue Initiative. Am 13.10.1996 hielt er vor einem 20 Meter langen Transparent eine kurze Kundgebung auf der Kölner Domplatte ab. Unter dem Motto "Kindesmißbrauch, Satanismus, Sittenverfall, Schächten - und die Kirche schweigt" verlaß Wolff eine Rede, die an schwulen-/lesbenfeindlichen und antisemitischen Widerlichkeiten kaum zu überbieten war. Kleine Kostprobe: "Abnorme sexuelle Verhaltensweisen werden nur noch auf dem Papier bestraft, jede Sauerei wie SODOMIE und Arschbumsen, schwul und lesbensein wird zur schicken Mode erkoren..."



Andreas Wolff

Veranstaltungsreihe der Burschenschaft Germania verhindert

"Wir sind für alle(s) offen!" bekannte die Burschenschaft Germania in einem Flugblatt, mit dem Sie für eine Veranstaltungsreihe im Wintersemester 96/97 warb. Mit einer interessanten Aufzählung aller bisher bei ihnen aufgetretenen Redner bestätigen sie ihre Offenherzigkeit. Neben Heinrich Lummer, Klaus Rainer Röhl, Helmut Schmidt, u.v.a tauchen dort bekannte Rechtsextremisten auf wie "Dr. Norbert Burger, Südtirolexperte; David Irving, Historiker; Alfred Schickel, ZFI; Rainer Vogel, ehem. JN-Bundesvorsitzender,...".
Für ihre Veranstaltungsreihe hatten sie ebenfalls hochkarätige Namen angekündigt. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation; Hermann Lutz, Bundesvorsitzender d. Gewerkschaft der Polizei und Prof. Dr. Gerhard Fels, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, sollten die nächsten Redner sein. Doch schon die zweite Veranstaltung mit Hermann Lutz mußte abgeblasen werden (über die Veranstaltung mit W. Bötsch ist nichts bekannt). Nach Protesten gegen seinen Auftritt hatte Lutz einen Tag vorher abgesagt. Trotzdem blockierten 80 AntifaschistInnen das Germaniahaus und schickten 20 Burschenschaftler auf den Heimweg. Gerhard Fels hat seinen Auftritt im Januar ebenfalls bereits abgesagt.

Jüdische Friedhöfe geschändet

In der Nacht zum 3.10.96 warfen Unbekannte auf dem jüdischen Friedhof in Porz- Zündorf Grabsteine um und besprühten vier Ruhestätten mit Hakenkreuzen und SS Runen. Einige Tage später wurden auch auf dem jüdischen Friedhof in Köln-Mühlheim fünf Grabsteine mit weißer Lackfarbe beschmiert und umgeworfen. Die Täter besprühten weitere 15 Grabsteine mit "Judensternen" und Nazisymbolen. Die Nähe zum Tag der Deutschen Einheit läßt auch die Ermittler auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund schließen. Bereite Ende Januar wurden auf dem jüdischen Friedhof in Deutz 30 Grabsteine umgeworfen und beschädigt.

Schmerzensgeld nach Kopfgeldjagd

Am 22.1. wurde die Deutsche Liga (DL) vor der 28. Zivilkammer des Kölner Landgerichts zu einer Zahlung von 10 000 DM Schmerzensgeld an eine Romani verurteilt. Anlaß war die beispiellose Hetz- und Kopfgeldjagd, die die DL im Frühjahr 1993 gegen die Frau aus dem ehemaligen Jugoslawien betrieb und die europaweit für Aufsehen sorgte.
Die Romani war mit ihrem Mann und Kindern aus Makedonien vor den massiven rassistischen Verfolgungen geflohen, die Roma dort ausgesetzt sind. In das vermeintlich so sichere Deutschland. Sie stellte einen Antrag auf Asyl, der wie so viele andere Anträge von Verfolgten durch eins der reichsten Länder der Welt abgelehnt wurde. Und während das Asylverfahren ihres Mannes noch lief, wurde sie abgeschoben. Der Rom e.V., der sie unterstützte, holte sie nach Köln zurück, versteckte sie und setzte sich öffentlich für eine Aufenthaltsgenehmigung für sie und ihre Familie ein. Prominente aus Köln erklärten sich solidarisch und propagierten das Verstecken von Flüchtlingen, die durch Abschiebungen bedroht werden:"Auch ich würde einen Flüchtling verstecken."
Da die Frau nicht den Behörden auffiel und so nicht abgeschoben werden konnte, wollte sich die DL als bessere Vollstreckerin von Abschiebungen beweisen. Sie spekulierte auf den Rassismus, die Geldgier und das Denunziantentum der Deutschen und veröffentlichte auf tausenden Plakaten und Flugblättern das Konterfei der Frau und versprach einen Judaslohn von 10 000,- DM. Diese tradierte Menschenjägerpraxis brachte den Faschisten eine Anzeige ein. Da eine Krähe der anderen aber kein Auge aushackt, stellte das Gericht das Verfahren mit Berufung auf Meinungsfreiheit ein. - (Ja, ja. Dies ist ein freies Land.) Die Jagd auf die Romafamilie blieb erfolglos. Aber der Druck der Behörden und die Hatz der Faschisten zermürbten die Roma Familie, so daß sie schlußendlich doch die BRD verließ. Sie floh in die Niederlande. Aber auch hier ist durch die Vereinheitlichung der Flüchtlingspolitik unter deutschem Vorzeichen die Repression weit vorangeschritten. Und so wurde die Familie letzten Jahres abgeschoben.
Die Romafrau wollte in diesem von ihr angestrebten Prozeß persönlich anwesend sein und die namentlichen Verantwortlichen der Hatz, Markus Beisicht, Harald Neubauer und Bernd Schöppe, zur Rechenschaft für ihre erlittenen Ängste gezogen sehen. Die Stadt Köln verwehrte ihr aber eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung für diesen Prozeß. Und die Zivilkammer wollte ihr nicht mal zur Durchführung der Klage Armenrecht gewähren. Dies mußte erst über das OLG durchgesetzt werden.
Als einziger Recke der Deutschen Liga erschien der Rechtsanwalt Marcus Beisicht, der für sich und seine Partei dann eine Zahlungsaufforderung von 10 000,- DM mit nach Hause nehmen durfte.
Nach all dem bleibt zu hoffen, daß die Damen und Herren der DL wenigstens Bauchschmerzen über die Zahlungsanweisung bekommen.

(Junge Welt 22. u 23.1.`97)

Lüdenscheid

Demonstration gegen den "Donnerversand"

Ein unangenehmes Ende erlebten am 21. Dezember ca. 50 TeilnehmerInnen einer antifaschistischen Demonstration im sauerländischen Lüdenscheid. Gekommen waren sie zusammen mit ca. 350 weiteren DemonstrantInnen, um unter dem Motto "Faschistische Strukturen Angreifen" gegen den in rechten Kreisen bundesweit aktiven "Donnerversand" zu protestieren. Unbeeindruckt von den Einschüchterungsversuchen der in dem Rechten Versand versammelten Nazis zog die Demonstration, begleitet von einem starken Aufgebot an zivilen Polizeiermittlern, durch das winterliche Sauerlandstädtchen.
Nach Angaben der Polizei habe der plötzliche Abschuß einer Leuchtspurmunition zu einem zwingenden Eingreifen geführt. Am Ende der Demonstration zog eine Gruppe von über vierzig Personen Richtung Bahnhof, um die Heimreise anzutreten. Auf ihrem Weg wurden sie von zivilen Einsatzkräften begleitet, diese erkannten den angeblichen Schützen und versuchten ihn festzunehmen. Die zivilen Ermittler gaben sich jedoch nicht als Beamte zu erkennen, so daß die Antifas von einem Faschoangriff ausgingen und eine handfeste Auseinandersetzung begann. Die herbeigerufene Bereitschaftspolizei kesselte kurzerhand alle Anwesenden ein. Am nächsten Morgen wurden die 50 Festgenommenen mit einer Anzeige im Gepäck dann entlassen.
Bei dem "Donnerversand" handelt es sich um einen Naziversandhandel mit angeschlossener Druckerei. Dieser wird von den zwei Mitgliedern der verbotenen "Nationalistischen Front", Harald Theodor Mehr und Stephan Haase geleitet. Harald Th. Mehr ist auch presserechtlich Verantwortlicher für die im Donnerversand erscheinende faschistische Hetzschrift "Widerstand". Zu den Druckerzeugnissen des Donnerversandes zählen u.a. Zeitschriften wie die Unabhängigen Nachrichten (UN). Daß es einen großen Markt für rechtsextremistische Artikel aller Art gibt, zeigen die großen Bestellungen der GbR Mehr & Haase. So bestellten sie Ende letzten Jahres weit über tausend Anhänger und Anstecknadeln bei der in Bingen am Rhein ansässigen Firma "Emblemdesign Frank Rösch". Ob sie sich mit der Bestellung von Bundeswehr Einsatzverpflegung und anderen militärischen Ausrüstungsstücken beim "Sturm Großhandel" in Rottenburg, um die Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf oder aber um die Verwirklichung von Männerträumen handelt, ist bis jetzt noch nicht geklärt.
Eines ist aber sicher, wenn der "Donnerversand" nicht bald seine Zahlungsmoral ändert - im Dezember gab es beim seinem Vermieter Klaus Klapperich immer noch Außenstände aus dem Jahre 94 - dann ist er seine Räumlichkeiten bald los. Daß die zwei Inhaber des Versandes auch mit dieser Befürchtung leben zeigt, eine Anzeige in den "Lüdenscheider Nachrichten". Hier hatten die zwei in einer Anzeige nach einem Gewerbe und Wohnobjekt gesucht.
Neben dem "Donnerversand" sitzen in dem Haus Hasleystraße 2 - 6 auch der Versand des Holger Stenzel ("Deutscher Jugendbund Werdohl" / DJB) und der "Landwehrversand" des aus Schalksmühle stammenden Alexander Schloss.

Menden

Brand im Flüchtlingswohnheim

Bei einem Brand in einem Flüchtlingsheim im sauerländischen Menden kam am 22. September ein Ukrainer im Alter von 36 Jahren ums Leben. Weitere fünf Personen, darunter seine Ehefrau und ihre zwei Kinder, wurden verletzt und kamen in Krankenhäuser. Das Feuer im Doppelhaus, in dem 60 Personen, vor allem aus Ex-Jugoslawien und Afrika wohnen, ist vermutlich auf einen technischen Defekt zurückzuführen.
Typisch war das Verhalten von Presse und Administration auf den Brand. Außer „Junge Welt" JournalistInnen und einem Kamerateam, erschien niemand von der Presse am Brandort und sprach mit den entsetzten Flüchtlingen und einer anwesenden Flüchtlingsgruppe. Im Pressezimmer der Stadt hingegen drängelten sich die verschiedensten „Nuancieure der Wahrheit". Dort erfuhren sie von Stadtdirektor Lohmann, daß „das Interesse der Medien besorgniserregend" sei und daß der Feuerwehr und der Staatsanwaltschaft ein heißer Dank gebühre. Hätten diese doch die Stadt „aus einer sehr unangenehmen Situation gebracht".

Münster

Veranstaltung des JF-Leserkreises

Schon am 12.4.1996 veranstaltete der JF-Leserkreis Münsterland eine Vortragsveranstaltung mit Ellen Kositza und Claus Martin Wolfschlag. Unterstützt wurden der Leserkreis bei der Durchführung von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen. Die ReferentInnen, beide auch MitarbeiterInnen der rechten Wochenzeitung Jungen Freiheit, lasen aus ihren Beiträgen zu dem rechten Sammelband "Wir 89". Unter dem Publikum befanden sich auch Günther Stiff u. Felizitas Küble von der christlichen KOMM-MIT Zeitung aus Münster. Diesen scheint der Vortrag von Claus Martin Wolfschlag besonders gut gefallen zu haben, veröffentlichten sie doch in der Nr. 2/96 mit Erscheinungsdatum 30.4.96 unter der Überschrift "Linke Gewalt gegen KOMM MIT Freund" einen Artikel mit Manuel Ochsenreiter, ebenfalls Autor im "Wir 89er" Sammelband und in der Jungen Freiheit. In seinem Artikel, in dem es um die Verhinderung einer Jungen Freiheit Veranstaltung auf der Leipziger Buchmesse geht, wird das Verhalten von aktiven AntifaschistInnen als sie "marschier(t)en SA-ähnlich" bezeichnet.

Erhard Kemper angeklagt

Gegen den in Münster wohnhaften "Agraringenieur" und notorischen Auschwitzleugner Erhard Kemper, früher in der FAP beheimatet, heute Redaktionsmitglied des bundesweiten Zeitungsprojekt "Berlin/ Brandenburger Zeitung" und ihrer Regionalausgaben, ist Anklage wegen Volksverhetzung erhoben worden. Diese antisemitischen und volksverhetzenden Aussagen befanden sich in einem Brief an den in Berlin wegen "Bildung eines bewaffneten Haufens" inhaftierten Marcus Bischof.

Neuss

Sylvesterkundgebung vor dem Frauenabschiebeknast in Neuss

"Kampf dem rassistischen und sexistischen Normalzustand"

Selbst eisige Kälte und die Vorfreude auf die bevorstehende Sylvesterparty hielt ca. 150 DemonstrantInnen nicht davon ab, Sylvesternachmittag am Neusser Frauenabschiebeknast den inhaftierten Frauen solidarische Grüße durch die Mauern zu übermitteln. Das Neuss als Ort des Protestes gewählt wurde, geschah nicht ohne Grund. In dem einzigen Frauenabschiebeknast der BRD ist die Perversität der bundesdeutschen Abschiebemaschinerie bestens ersichtlich. Bevor die Frauen aber in den Abschiebeknast gesteckt werden, müssen sie sich einem rigiden rassistischen und heterosexistischen Ausländergesetz unterwerfen, das besonders Frauen in ihren Existenz- und Arbeitsmöglichkeiten hier in Deutschland einschränkt. So haben z.B. 2/3 der hier lebenden Migrantinnen kein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Grundlage hierfür ist der §19 des Ausländergesetzes. Nach diesem Paragraphen gilt, daß der Aufenthalt der Frau an ihre Ehe, mit einem deutschen Mann, gekoppelt ist. Um ein eigenständiges Aufenthaltsrecht in Deutschland zu bekommen, müssen Frauen mindestens 4 Jahre in der BRD in solch einer ehelichen

Gemeinschaft gelebt haben. Einer Frau droht schon dann die Ausweisung, wenn der Mann eine Trennung beim Ausländeramt anzeigt. Die Behörde reagiert sofort und die Frau muß sich rechtfertigen, denn der Zeitpunkt der Trennung ist entscheidend und nicht die rechtsgültige Scheidung. Dies hat zur Folge, daß die Frau der Willkür des Mannes ausgeliefert ist. Sollten Frauen in Frauenhäuser fliehen haben sie keine Recht auf einen Aufenthalt in der BRD, außer sie kehren zu ihren gewalttätigen Ehemännern zurück. Neben dem unsicheren Aufenthaltsstatus, und der Tatsache, daß kaum Frauen die Möglichkeit haben, aufgrund sexistischer Verfolgung Asyl zu bekommen, müssen sie hier unsichere und ungeschützte Arbeitsverhältnisse in Kauf nehmen. Sie kommen häufig durch organisierten Menschenhandel oder "Heiratsagenturen" und arbeiten hier illegal als Prostituierte, Putzfrauen, Hausangestellte und Babysitterinnen, teilweise ohne es vorher gewußt zu haben, oder leben als Ehefrauen von Männern mit deutschem Paß. Viele Frauen entscheiden sich allerdings auch ganz bewußt dafür, in die BRD zu kommen. Sie erhofften ihre finanzielle Situation oder die ihrer Angehörigen zu verbessern.

Regelungen im Ausländergesetz sehen vor, MigrantInnen, die bei Kontrollen der Behörden als illegale ArbeiterInnen entdeckt werden, sofort abzuschieben. Ihre Rechtlosigkeit, ihr Ausgeliefertsein und die permanent existierende Angst vor Abschiebung sind der Rahmen in dem Frauen zur Ware gemacht werden, um maximale Gewinne aus ihnen herauspressen zu können. So wird z.B. kaum eine hier "illegal" arbeitende Migrantin für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen oder höhere Löhne eintreten, da sie ständig Angst haben muß, aufzufliegen und abgeschoben zu werden.Die meisten Frauen, die heute im Neusser Abschiebeknast eingesperrt sind, wurden während ihrer Arbeit verhaftet. Etwa 80% der Frauen aus Osteuropa arbeiteten in der Prostitution, fast alle lateinamerikanischen Frauen als Putzfrauen, Hausangestellte oder Babysitterinnen, und waren auch dort sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Neben den menschenverachtenden Arbeitsbedingungen, zu den sie als Migrantinnen gezwungen wurden, sind sie jetzt vor ihrer drohenden Abschiebung, dem erniedrigenden Haftalltag im Neusser Abschiebeknast ausgesetzt. Sie sind in enge, feuchte und dunkle Zweier- bis Sechserzellen eingesperrt. Durch das Milchglas der Zellenfenster dringt kaum Licht, und der Blick nach draußen wird ganz unterbunden. Der Hofgang, die einzige Abwechslung im tristen Knastleben, ist auf eine Stunde pro Tag beschränkt, im Winter wird er meist ganz gestrichen. Zur medizinischen Versorgung der Frauen steht ausschließlich ein männlicher Krankenpfleger zur Verfügung.

Eine zentrale Forderung der Demonstration war die sofortige Abschaffung aller Abschiebeknäste und ein eigenständiges Bleiberecht für Frauen und Lesben.

Oberhausen

In der Nacht vom 16/17 November letzten Jahres wurde ein Mann auf dem Oberhausener Hauptbahnhof zusammengeschlagen, als er zwei Rechtsradikale beschwichtigen wollte, die einen Ausländer bedrohten Daraufkin wurde er von den Rechten niedergeschlagen und mit gezielten Tritten ins Gesicht traktiert. Neben Prellungen am ganzen Körper trug er Platzwunden am Auge, Kinn, Unterlippe und einen Splitterbruch des Jochbeins davon. Was ihn bis zur Unkenntlichkeit entstellte. Niemand im Hauptbahnhof kam ihm zu Hilfe und der NRZ war dies auch erst dann ein Bericht wert, als der Mann bei ihr persönlich vorstellig wurde. (zündstoff news)

Ostwestfalen - Lippe

Bad Pyrmont

SS'ler trafen sich

Auf Einladung von Werner von der Heide aus Bad Pyrmont trafen sich vom 13.-15 September einige dutzend Kameraden und Ehefrauen des Kameradenkreis des ehemaligen III. Bataillons Germania der SS. Neben einer Besichtigung des Hermansdenkmal stand auch eine Busfahrt zu den Externsteinen auf dem Programm. Das Treffen fand in den Räumlichkeiten des Hotels "Zur Post" in Kleinenberg statt, welches Werner von der Heide gehört oder zumindest leitet. Als Schutz der Veranstaltung waren Skins aus der Region anwesend.

Brilon

Piebrock jetzt Mitglied im Witikobund

Schon seit längerem ist Dr. Heinrich Piebrock, Buchenring 21 aus Brilon bekannt. Er ist regelmäßiger Referent der rechten Hetendorfer Tagungswoche der Artgemeinschaft, einer germanengläubigen neofaschistischen Gruppierung. In letzter Zeit fiel Piebrock durch seine Mitarbeit an der Braunschweiger Zeitung "Recht und Wahrheit" des verurteilten Auschwitzleugners Albert Bosse auf. Seit neuestem ist er auch Mitglied des "Witikobundes", einer völkischer Gesinnungsgemeinschaft ehemaliger sudetendeutscher NS-Funktionäre. Diese Gruppierung ist heute eine der einflußreichsten elitären Zirkel des Vertriebenenspektrums. (Zu Piebrock s.a. Artikel "Den Vertriebenen heimleuchten" in dieser Ausgabe der NRW- Zeitung)

Gütersloh

Junge Freiheit Autor lud zu Ehrung für einen Euthanasie Arzt ein

Um des "segensreichen Wirkens" von Hans Heinze zu gedenken lud Werner Pfeiffer aus Gütersloh im September 96 zu einer Gedenkfeier ein. Allerdings war der "große Arzt", dem man gedenken wollte, genausowenig Demokrat wie der Einlader. Hans Heinze half nämlich nicht nur seinen arischen Mitgefangenen im sowjetischen Internierungslager, sondern er war Vordenker, Planer und als Gutachter auch Vollstrecker des NS-Euthanasieprogramms, durch welches tausende von Menschen umgebracht wurden. Aber nicht Kriegsverbrecher sondern Opfer stalinistischer Verfolgung soll er gewesen sein. Eine Geschichtsfälschung, wie sie vom Einlader Werner Pfeiffer planmäßig betrieben wird. Pfeiffer zeichnet in seinem Buch "Mit 15 in der Hölle" das Bild des sowjetischen Untermenschen, raubend, mordend und vergewaltigend und dagegen das des deutschen Edelmenschen. Selbst wenn ihm sein Erlebnis zu gute gehalten werden kann, ist eine solche Darstellung ohne die geschichtlichen Hintergründe und Tatsachen Geschichtsfälschung. Weiter ist Pfeiffer nicht nur als Wortführer der "Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V." tätig, sondern auch als gelegentlicher Autor der rechtsradikalen Jungen Freiheit. Vor Ort war er schon mehrfach durch Agitation gegen antifaschistische Aktivitäten aufgefallen.

Lippstadt

Scheinbar nicht nur im Sauerland war am "Volkstrauertag" eine " Heldengedenkfeier" geplant, sondern auch in Lippstadt. 150 Polizisten waren in Lippstadt im Einsatz um diese zu verhindern. Die Polizei rechnete nach Hinweisen mit überregionaler Beteiligung. Allerdings kam es nicht zu dem befürchteten Aufmarsch. AntifaschistInnen beobachteten jedoch reges Treiben bei stadtbekannten Rechtsextremisten.

Vlotho

Unter dem Motto "Mit Kothen, Wind und wilden Drachen" kündigte Jörn Jacob vom Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) das Herbstzeltlager seines Bundes an. Dieses fand vom 20.9.96 bis zum 22.9.96 im Weserbergland statt. Als Kontaktadresse und für Rückfragen war

Jörn Jacob unter der Telefonnummer der Rechtsradikalen Bildungsstätte Collegium Humanum (CH) in Vlotho zu erreichen. Der BHJ hatte jahrelang einen Großteil seiner Seminare im Collegium durchgeführt. Der Einzug des BHJ'lers Jörn Jacob ins Collegium könnte mit dem Wegzug des Ausschwitzleugners Udo Walendy aus Vlotho zusammenhängen, da der ehemalige "Hausmeister" des CH Ralf Steinke jetzt Walendy's Verlag weiterführt.

Detmold

"Neue Rechte"?

Dieser Tage erschien beim in Horn-Bad Meinberg ansässigen Verlag Burkhart Weecke das Buch "Im Kampf um das Wesen" von Pierre Krebs. Burkhard Weecke fungierte früher als Chefredakteur der Zeitung "Elemente", einem Theorieorgan der sog. "Neuen Rechten". Von "Neuer Rechter" ist in dem in Zusammenarbeit mit dem "Thule Seminar" in Kassel veröffentlichten Buch keine Spur zu finden. "Rassenmischungen sind naturwidrig" heißt es da eindeutig rechtsradikal auf S.18. Inhaltlich beschwört Pierre Krebs den (arischen) Indoeuropäer, welcher zu sein eigenen Identität und seinem arteigenen heidnischem Glauben zurückfinden müsse. Das Buch, welches das erste in der neuen Reihe "Thule Polemos" ist, wurde beim ehemaligen Drucker des Bauernschaft Kölle in Preußisch-Oldendorf gedruckt, das Logo für die neue Reihe entwarf Jirka Buder, ex. Wikingjugendfunktionär, welcher von der verbotenen NF auf der vermutlichen Liste für Wehrsport geführt wurde.

Schaumburg

Dichtende Rechtsterroristen

Zum 21.09.96 hatte die "Schaumburger Gesellschaft für Dichtung und Frühgeschichtsforschung" zur jährlichen Herbsttagung und Mitgliederversammlung geladen. Neben Vorträgen zu nordischen "Thiedrekssaga" und zu den "Leitbegriffen der deutschen Jugendbewegung der 20er Jahre". Bei der darauffolgenden Vernisage verteilten AntifaschistInnen Flugblätter und machten auf die Mitgliedschaft mehrerer Personen des rechtsradikalen bis neofaschistischen Lagers in der Gesellschaft aufmerksam. Im Mitglieds-Adressverzeichniss der Gesellschaft, welche auf Heinz Ritter-Schaumburg zurückgeht, einen germanentümelnden Nibelungenforscher, welcher schon zu Lebzeiten politisch "umstritten" war, finden sich die Namen des Rechtsterroristen Manfred Röder und seiner Frau, welche auch anwesend war. Ebenfalls anwesend waren der NPD Mann Wolfgang Gaewert aus Hannover und Siegfried Raabe aus Rotenburg (Wümme), welcher Mitglied im Schattenparlament der "Vereinigten Länder des deutschen Ostens (VLDO)" ist. Gastgeber und Gesellschaftsmitglied Dietrich von Blomberg, CDU-Ratsherr, gab sich ahnungslos und verwies auf den "kulturellen Charakter der Veranstaltung". Jetzt will das Landesamt für Verfassungsschutz prüfen, ob es sich bei der Gesellschaft um eine neonazistische Tarnorganisation handelt. Man darf gespannt sein.

Recklinghausen

Berichtete die NRW-Zeitung schon in ihrer letzten Ausgabe über eine Hausdurchsuchung beim in Recklinghausen beheimateten Vertriebenenblattes "Der Schlesier", kam dieses auch jetzt wieder ins Gerede. In der Ausgabe vom 29.November befindet sich eine Werbe- und Vertriebsanzeige für das Buch "Dokumente polnischer Grausamkeit - Im Auftrag des Auswärtigen Amtes auf grund urkundlichen Beweismaterials herausgegeben". Es handelt sich dabei um einen im rechtsradikalen Arndt Verlag erschienenen Nachdruck von NS-Propaganda aus dem Jahre 1940. Das heutige Auswärtige Amt protestierte inzwischen gegen den fälschlich entstehenden Eindruck, es handele sich bei dem Buch um eine Auftragsarbeit des heutigen Amtes. Der Schlesier bewies mit der Veröffentlichung nur einmal mehr seine Zughörigkeit zum rechten Lager.

Sauerland

"Heldengedenktag" der Sauerländer Aktionsfront

Wie schon in den Vorjahren versuchten Mitglieder der Sauerländer Aktionsfront (SAF), den 17. November 1996 auf Ihre Art zu begehen. Ziel ihrer Fahrt war ein Soldatenfriedhof in der Nähe von Meschede gewesen. Dort sollte eine "Gedenkfeier" abgehalten werden.
Schon an den Treffpunkten wurden die Rechtsextremisten von Polizeikräften in Empfang genommen und erhielten Platzverweise. Ein Versammlungsverbot wurde ausgesprochen.
Trotz dieser Auflagen trafen sich die SAF'ler, nach einer Rundfahrt durch das Sauerland, zum Teil bis in den Raum Olpe, in einer Gaststätte im Mescheder Ortsteil Wennemen. Nach kurzer Zeit wurde die Gaststätte von der Polizei gestürmt und 15 Personen in Gewahrsam genommen. Unter diesen befanden sich u.a. Thomas Kubiak, Andree Zimmermann und Michael Krick.
Gegen die Festgenommen wurden Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet. Im Raum Oedingen wurden ebenfalls fünf Neonazis festgenommen.

Prozess gegen Kubiak

Im Dezember fand vor dem Amtsgericht in Medebach ein Verfahren gegen das SAF-Mitglied Thomas Kubiak aus Winterberg-Zueschen statt. Der Vorwurf: an der Verbreitung der Zeitschrift "Freie Stimme" mitgewirkt zu haben. Deren Ausgabe 6 im Jahr 1995 hatte die Staatsanwaltschaft als volksverhetzend gewertet. Das Konto der "Freien Stimme" gehörte Thomas Kubiak.
In der Verhandlung bestritt Kubiak, daß er Herausgeber der "Freien Stimme" sei. Auf die Frage nach einer Überweisung an eine Druckerei gab er an, daß dies Druckkosten für die Herstellung der Westdeutschen Volkszeitung, die er gemeinsam mit anderen herausgebe, gewesen seien. Herausgeber der "Freien Stimme" sei der Ende 1995 verstorbene SS- Veteran und Altnazi Et Wolsink gewesen - eine Aussage, die wohl eher als Schutzbehauptung zu werten ist.
Thomas Kubiak wurde wegen Beihilfe zur Volksverhetzung und unter Einbeziehung eines alten Urteil aus Arnsberg - bei ihm zu Hause war eine Sprenggranate gefunden worden -, zu einem Jahr und sechs Monaten verurteilt.

Prozesse gegen "Sauerländer Aktionsfront"

Seit dem Herbst 1996 findet eine Reihe von Prozessen gegen Mitglieder der "Sauerländer Aktionsfront" statt. Ermittelt wurde zuerst von der Dortmunder Staatsanwaltschaft unter dem Vorwurf, eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben. Nachdem dieser Vorwurf fallen gelassen wurde, wurden die Akten an die Staatsanwaltschaft in Arnsberg weitergeleitet. Diese wiederum klagte die SAF'ler vor dem Amtsgericht in Meschede an.
Dort standen / stehen jetzt mindestens sieben einzelne Verfahren an. Die Vorwürfe, die sich alle auf Vorgänge in den Jahren 1992/93 beziehen, lauten u.a.: Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Volksverhetzung, Diebstahl, Hehlerei, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisation...

Das erste Verfahren fand gegen Thomas Kubiak statt. Ihm wurde u.a. die Beteiligung an einer unangemeldeten Demonstration gegen das Jugendzentrum in Aurich vorgeworfen. Im Dezember 1993 soll er vor einem Asylbewerberheim in Hamm ausländerfeindliche Sprüche gerufen und mehrere Scheiben eingeschlagen haben.
Vom Gericht wurden keine Zeugen geladen. Als sich im Laufe der Verhandlung herausstellte, daß das Verfahren ohne Zeugen nicht weiter geführt werden konnte, wurde die Verhandlung vertagt.
Noch am gleichen Tag stand Angelique F., ehemalige Freundin von Michael Janz, vor dem Amtsgericht. Sie hatte Natriumpatronen, die von Michael Janz bei seinem damaligen Arbeitgeber gestohlen wurden, aufbewahrt. Das Urteil: 40 Tagessätze a 30 DM.

Michael Janz brauchte ebenfalls nicht lange auf sein Verfahren zu warten. Eine Woche später war es soweit. Die Anklage: Diebstahl von Natriumpatronen, Angriff auf ein Asylbewerberheim in Hamm und Volksverhetzung. Auch hier verlief die Verhandlung ähnlich wie bei Thomas Kubiak. Den Diebstahl der Natriumpatronen gab Michael Janz zu, zu den anderen Vorwürfen gab es so viele ungeklärte Punkte und Widersprüche zu den vorherigen Aussagen, daß die Richterin das Verfahren vertagte, um Zeugen zu laden.
Der erste Termin im Januar war für Michael Scheele und Carsten Schweizer reserviert. Scheele, der in Siegen lebt, wurde vorgeworfen, gemeinsam mit Thomas Kubiak und Michael Krick Plakate geklebt und Parolen an das Gebäude der Bezirksregierung in Arnsberg gesprüht zu haben. Außerdem soll er bei dem Angriff auf das Asylbewerberheim in Hamm dabeigewesen sein. Scheele gab zu, daß er in Hamm und Arnsberg dabeigewesen war. An mehr konnte er sich aber nicht erinnern, da er Unmengen von Alkohol zu sich genommen habe. Das Verfahren wurde, vor allem wegen des Geständnisses zu dem Hammer Teil, gegen Zahlung von sechs Monatssätzen zu 200 DM vorläufig eingestellt.
Noch deutlich kürzer war das Verfahren gegen Carsten Schweizer. Anklage: Kleben von Plakaten und Beteiligung am Angriff auf das Asylbewerberheim in Hamm. Da Schweizer sich an nichts mehr erinnern konnte, vertagte die Richterin das Verfahren.
Weitere Verfahren, u.a. gegen Andree Zimmermann und Michael Krick folgen in den nächsten Wochen.

Naziaufmarsch in den Niederlanden und seine Folgen

Mitte Januar endete vor dem Rotterdamer Kantonsgericht ein zwei Tage dauernder Naziprozeß. Angeklagt waren ca. 50 Rechtsextremisten aus den Niederlanden und der BRD. Unter ihnen auch der Rotterdamer Stadtparlamentsabgeordnete Martijn Freling. Ihm, sowie den deutschen Angeklagten, warf die Staatsanwaltschaft vor, am 3. Juni 1995 vor dem Rotterdamer Rathaus eine verbotene Demonstration durchgeführt zu haben. Anlaß war eine vom Bundeskriminalamt in Wiesbaden angestrengte Hausdurchsuchung bei Freling. Er wurde verdächtigt, zu dem Autorenkreis zu gehören, der die Bombenbauanleitung "Eine Bewegung in Waffen" publiziert hat. (Siehe Antifa NRW Zeitung Nr.9)Für die gelassene Stimmung der Angeklagten sorgte das zu erwartende Strafmaß. So wurde Martijn Freling, der als Initiator dieser Demonstration anzusehen ist, zu einer Geldstrafe von 151 Gulden verurteilt. Zu den deutschen Angeklagten gehörten die Mitglieder der "Sauerländer Aktionsfront" (SAF) Michael Krick , Andre Zimmermann und Thomas Kubiak, sowie Michael Petri und Melanie Dittmer, die den "Deutschen Nationalisten" nahestehen. Neben dem 21 jährigen Michael Krick war nur der 23 jährige Andre Zimmermann, der sich im "Thule-Netz" den Namen "Lutscher" gegeben hat, erschienen. Michael Krick, der die ganze Anklage als eine Frechheit ansieht, gab zu seiner Verteidigung an, er habe sich nur zum Gruppenfoto auf den Rathaustreppen aufstellen wollen. Da ihm die Strafe von 100 Gulden, zu der er verurteilt wurde, ungerecht erschien, kündigte er an, gegen das Urteil in Berufung zu gehen. Andre Zimmermann, der seinen Lebensunterhalt als Journalist bestreitet, wird erneut nach Rotterdam reisen. Nachdem Zimmermann erklärte, das er die Ladung nicht verstanden habe, kündigte der Richter an, ihm eine Deutsche zu schicken. Dieser erneute Ausflug in die Niederlande wird den Sauerländer Nazis keine großen Umstände bereiten, gab Zimmermann doch selbst an, sich häufig in den Niederlanden aufzuhalten. Das zeigt auch die rege Teilnahme von Aktivisten der SAF an den letzten Aufmärschen in den Niederlanden.



3.3.1996, Leerdam: ??? ??? Thomas Kubiak Michael Krick

Velbert

Rechtsverwirrt

Am 16.12.1996 wurde in einem Bus der Linie 649 (Velbert-Neviges-Wuppertal) eine Frau türkischer Nationalität von einem 38 jährigem Mann aus Velbert mit einem Gummiknüppel verletzt. Der Mann stieg in Velbert in den Bus ein, rief ausländerfeindliche Parolen und bedrohte mehrere Fahrgäste. Er konnte sogar noch den Bus unbehelligt verlassen und in einen anderen Bus umsteigen. Erst dann wurde er von der Polizei festgenommen.
Laut Zeitungsmeldung und Polizei soll der Mann "geistig verwirrt" und betrunken gewesen sein. Er wurde in eine Klinik eingewiesen.
Der Düsseldorfer Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen.

Obdachlose zählen nicht

Der Mord an dem Obdachlosen Horst Pulter durch Rechtsradikale (vgl. Antifa-NRW Zeitung Nr.11, S.23) fällt aus der Statistik für fremdenfeindliche Straftaten der Bundesregierung heraus. Das ergab eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der PDS.
"Die ermittlungsführende Dienststelle des Landes Nordrhein-Westfalen teilte dem Bundeskriminalamt am 7.April 1995 mit, daß die weiteren Ermittlungen bezüglich des Tötungsdeliktes an einem Obdachlosen am 5.Februar 1995 in Velbert/NW keine Anhaltspunkte für eine politische Organisation oder Motivation der Tat ergeben haben. Aufgrund dieser Mitteilung wurde das Delikt aus der Statistik herausgenommen" (BT-Drucksache 13/5251).
Weiter heißt es jedoch, daß die Täter aus einer gegenüber Obdachlosen feindseligen Handlung gehandelt hätten.

Witten

Hausdurchsuchungen bei linken Journalisten

In den Morgenstunden des 11. Dezember 1996 bekamen zwei Journalisten aus Köln und Witten unerwarteten Besuch. Aber weder der Weihnachtsmann noch das Christkind standen vor der Tür, es waren mehrere Herren des polizeilichen Staatsschutzes die in Köln und Witten Einlaß begehrten. Sie waren auf der Suche nach Aufnahmen, die die zwei Journalisten auf einer Demo gegen den ehemaligen Bundesminister für Vertriebenen, Theodor Oberländer am 29. Juni 1996 vor dessen Haus gemacht haben sollen.
Den 29. Juni hatten die AntifaschistInnen nicht unüberlegt gewählt, wollten sie doch auch auf den 29. Juni 1941 aufmerksam machen. Damals auf den Tag genau vor 55 Jahren zog Oberländer an der Spitze der deutsch - ukrainischen Sondereinheit "Nachtigall" in Lwow (Lemberg) ein. Mehrere Tausend Juden und Polen überlebten die Verbrechen Oberländers Spezialeinheit nicht. In einem Flugblatt der AntifaschistInnen heißt es dazu: " Oberländer ist kein einfacher Mörder, da täte man ihm unrecht. Nein, seine Helfer verscharrten Tausende in den Gräbern in Westgalizien und im Kaukasus. Er ist ein 'theoretisch und praktisch ausgewiesener Experte des arbeitsteiligen Völkermords' (Götz Aly)".
Ältere Menschen dürften sich noch gut an den Skandal im Jahre 1960 erinnern, damals wurde Prof. Oberländer in der DDR in Abwesenheit wegen Fortgesetzten Mord, fortgesetzte Anstiftung zum Mord in Lemberg, Santanow, Tarnopol und im Kaukasus zu lebenslanger Zuchthaushaft verurteilt. Zur gleichen Zeit stand der damalige Funktionär der Vertriebenen Partei BHE noch unter Adenauer als Vertriebenenminister in Amt und Würden, mußte dann aber wenig später aufgrund Internationaler Proteste seine Tätigkeit aufgeben.
Oberländers Weg durch die Naziinstitutionen begann schon 1923 als Teilnehmer am Hitlerputsch und führte ihn 1933 als Professor an die Königsberger Universität, an der er federführend im Institut für osteuropäische Wirtschaft die nazistische Bevölkerungspolitik vordachte und vorplante. In der SS-Zeitschrift "Neues Bauerntum" schrieb er 1940: "Die Eindeutschung der Ostgebiete muß in jedem Falle eine Restlose sein. Solche Maßnahmen vollständiger Aus- und Umsiedlung mögen für die Betroffenen hart erscheinen . (...) aber eine einmalige Härte ist besser als ein durch Generationen währender Kleinkampf." In der heißen Phase der Kriegsvorbereitung wechselte er von der Theorie in die Praxis und wurde Offizier der "Abwehr", dem Geheimdienst der Wehrmacht.
Als am 29 Juni 1941 die deutsche Wehrmacht in Lwow (Lemberg) einmarschierte, war der Abwehroffizier Oberländer als politischer Kommissar ganz vorne mit dabei. Im Vorfeld hatte er ganze Arbeit geleistet. Seine Aufgabe war es, unter ukrainischen Nationalisten die Sondereinheit "Nachtigall" aufzustellen. Oberländers Aufgabe bestand darin, Kollaboration und Pogrome zu organisieren. Die ukrainischen und polnischen Bürger der Stadt sollten gezielt auf die Juden gehetzt werden. Damals war Lemberg nach dem Hitler - Stalin Pakt von den Russen besetzt und Tausende von mutmaßlichen "Staatsfeinden" waren von Stalin verschleppt worden. Oberländer und seine Schergen nutzten diese Situation aus und verbreiteten das Gerücht, daß an allem nur die jüdisch bolschewistische Unterdrücker Schuld seien. Daraufhin entfachten die antisemitischen Pogrome offen und für Oberländer und seien Einheit "Nachtigall" war es ein einfaches über 5000 Menschen zu ermorden.
Aufgrund dieser Erfahrungen wurde Oberländer 1942 mit der Führung des Bataillon "Bergmann" im kaukasischen Raum beauftragt. Auch dort gelang es dem heutigen Bundesminister a.D. mit Hilfe "fremdvölkischer Truppen", die zum Dienste in der Wehrmacht gezwungen wurden, ein effizienter Ausrottungsfeldzug gegen PartisanInnen und die dortige Bevölkerung zu organisieren.
Zu einer Verurteilung kam es aber in der "antifaschistischen" Bundesrepublik nie, so stellte die Staatsanwaltschaft Bonn 1960 alle Ermittlungen gegen Oberländer ein.. Im Jahre 1993 setzte Oberländer dann in Berlin durch, daß das damalige DDR- Urteil als Unrechtsurteil kassiert wird. Seit diesem Tage überzieht er alle, die ihn Mörder nennen, mit Strafverfahren. Dies erklärt auch das jetzt anhängige Ermittlungsverfahren. Es wird derzeit wegen Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Beleidigung gegen Unbekannt ermittelt. Da bei den zwei Journalisten keine Beweise gefunden wurden und die Herren Staatsschützer mir lehren Händen nach Hause gingen, kann nur gehofft werden, daß das Ermittlungsverfahren im Sande verläuft.
Das es auch im 51. Jahr nach der Befreiung vom Nationalsozialismus nicht schwierig ist einen ausgewiesenen Nazikriegsverbrecher zu finden, zeigten die AntifaschistInnen bereits letzten November. Damals zogen sie zusammen mit niederländischen Antifas vor das Haus des in den Niederlanden wegen Mordes verurteilten und in die BRD geflohenen SS- Kriegsverbrecher Hubertus Bikker (Siehe Antifa NRW Zeitung NRW 10).

Wülfrath

Im Oktober 1996 wurde in Wülfrath ein 35 jähriger Mann türkischer Nationalität und sein deutscher Bekannter von fünf, höchstwahrscheinlich dem rechten Spektrum zugehörigen Männern angegriffen. Dabei erlitt der 35 jährige erhebliche Verletzungen, die im Krankenhaus behandelt werden mußten.
Der Haupttäter soll laut Zeugenaussagen ca. 25 Jahre alt sein, dunkelblondes Haar (Igelschnitt) haben und Brillenträger sein. Bei der Tat trug er Militärkleidung. Über die anderen Beteiligten ist nichts bekannt.

Lotta Dura - Zeitung für Antifaschismus und mehr

Seit dem Dezember 1994 erscheint die ca. 40zig seitige Lotta Dura vier mal im Jahr und berichtet aus der Alpenrepublik. Die behandelten Themen sind eng ausgerichtet am historischen und aktuellen Faschismus. D.h. es finden sich Artikel zur NS-Krankenpflege, Deutsche Turner, Nationalrevolutionäre und jüdischen Widerstand ebenso wieder, wie Artikel zu Burschenschaften, Briefbombenkampagne, Gladio und Haiders „Freiheitlichen". Revisionismus, „Frauen und Rechtsextremismus" und der staatliche Rassismus des österreichischen Staats kommen ebenfalls nicht zu kurz. Was das „mehr" sein soll bleibt hingegen fraglich. Die Artikel sind gut recheriert und geben einen Einblick in die rasante Rechtskurve, in die die österreichische Gesellschaft hineinschießt.

Lotta Dura kostet für 4 Ausgaben im Abo 25 DM (inklusive einer Broschüre über Gladio)
Die Bezahlung erfolgt gegen Vorkasse in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag:
- Im ersten Umschlag der mit **H.Mader** beschriftet ist, werden Banknoten oder Briefmarken, Eure Adresse und Begehr verwahrt.
- Dieser wird dann in ein zweites, ausreichend frankiertes Kuvert mit Empfänger **ÖH-Gruwi, PF 101, A - 1096 Wien** gesteckt und abgeschickt.

Antifaschistische Zeitung

Diese Zeitung unserer eidgenössischen GenossInnen ist mittlerweile zum dritten mal erschienen. Sie umfaßt ca. 24 Seiten im Zeitungsformat. Das „mehr", daß bei der Lotta etwas unangebracht ist, müßte bei den EidgeossInnen mit einem „viel" versehen werden. Denn ob Verhörmethoden der Polizei, Medienpolitik, Balkankrieg, Militarismus, Chiapas und Kurdistan. All diese Themen wurden in ihr schon äußerst qualifiziert angesprochen. Alle Achtung. Der Artikel über „Verhörmethoden" schlägt dabei alle bundesrepublikanischen Ergüsse um Längen. Im Bereich Antifaschismus geht es dabei eher theoretisch zu. Herrenmenschentümelei in der Anthroposophie, Goldhagendebatte, Physiognomie und Rassismus, Biologismus/ Sozialdarwinismus/ Rassismus werden thematisiert. Faschistische Strukturen in der Schweiz und Aktionen gegen diese kommen leider etwas kurz.
Alles in allem gelungen. Und obendrein hat die Zeitung was Besonderes: Witz.

Die Antifaschistische Zeitung kostet 20,- Schweizer Franken.
Geldnoten oder Internationale Antwortscheine (gibt´s bei jeder Post) in den inneren Umschlag
Innerer Umschlag beschriften mit: **Antifaschistische Zeitung**
Äußerer Umschlag beschriften mit: **WoZ / Postfach / 8031 Zürich**

Neuerscheinung:

»Zwangsarbeit bei Ford«



Inhalt u.a.:
- Dokumentation einer Ausstellung
- Interviews mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und Fritz Theilen, damals Lehrling bei Ford, Edelweiß-pirat und auch heute Antifaschist;
- Beiträge von:

Karola Fings- Zwangsarbeit bei Ford;
Hans G. Helms- Ford und die Nazis;
Günter Saathoff- Entschädigung;
136 Seiten, 40 Abbildungen
ISBN 3-932248-01-5
für 12.- DM im Buchhandel
oder zu beziehen bei:
Anares-Medien Köln, Buchhandlung »Schwarz auf Weiß«
Venloer Str. 220, 50823 Köln;
Fax 0221/5107024



Es muß nicht immer *GLADIO* sein.



*Geheime **CIA Waffenlager** in Österreich • Verdrängte Geschichte der österreichischen **Remilitarisierung** • Europäische **NATO**-Putschtruppen • Gladio-Agenten und deutsch-österreichische **Naziterroristen***

120 Seiten geb. • öS 85/DM 12/SFr 11 + Versand • Rabatt für WiederverkäuferInnen

BESTELLUNGEN AN: ZOOM, Schottengasse 3a/I/59, A-1010 Wien
Tel.: ++43-1-535 11 06, Fax: ++43-1-532 74 16, e-mail: ZOOM@thing.or.at

Repression gegen italienische AnarchistInnen

Europaweit neuartig wird die Kronzeugenregelung in den letzten zwei Jahren in Italien angewandt. Es bedarf keiner revolutionären Organisation mehr, die mit Namen; politischen Thesen; Anschlägen, samt Anschlagserklärungen, etc.p.p. an die Öffentlichkeit tritt. Mittlerweile reicht lediglich die Behauptungen einer 19 jährigen Kronzeugin aus, daß der Staat eine Organisation, samt Struktur und Namen kreiert und anschließend Oppositionellen zuschreibt. Diesmal ist es die anarchistische Szene Italiens, deren Zentren, Treffs und Zeitungen seit Monaten durchsucht und deren Mitglieder verhaftet werden. Die Repression hat starke Ausmaße angenommen und die GenossInnen brauchen unsere Soldarität.

Wer sich mehr dafür interessiert, wende sich an:
Die Lunte, Haus 33, Domagkstr. 33, 80807 München
(Sie hat bisher zwei lesenswerte Broschüren: „Hands up" und „Ausbruch" dazu erstellt.)
oder an:
Solidaritätskomitee „Italien", c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 81677 München


Kein schöner Land in dieser Zeit
?
Damits
nicht
bodenlos
wird,
Antifaschistischer
Widerstand!